



Integriertes
Stadtentwicklungskonzept

Bericht 2003



Inhalt

Teil A	Gesamtstädtische Konzepte und Schwerpunkte der Stadtentwicklung	3
	Einladung	3
1	Gesamtstädtische Konzepte	4
1.1	Bevölkerung	4
1.2	Wohnen	5
1.3	Arbeiten – Gewerbe und Wissenschaft	9
1.4	Zentren	13
1.5	Soziale und kulturelle Infrastruktur	15
1.6	Verkehr	18
1.7	Stadttechnik	21
1.8	Umwelt und Natur	23
1.9	Regionale Bezüge	26
2	Schwerpunkte der Stadtentwicklung	28
2.1	Teilräume	28
2.2	Stadterneuerungsgebiete	30
3	Zusammenfassung und gesamtstädtische Ziele	33
	Quellennachweise und erläuternde Hinweise für Teil A	36
Teil B	Stadtentwicklung und Indikatoren	37
1	Einführung	37
2	Übersicht zum Indikatorensystem	38
3	Berichterstattung zu den Indikatoren	40
3.1	Bereich Wohnen/Flächennutzung	40
3.2	Bereich Soziales/Kultur	42
3.3	Bereich Gesellschaft/Bevölkerung	43
3.4	Bereich Mobilität/Verkehr	45
3.5	Bereich Wirtschaft	46
3.6	Bereich Umwelt/Natur	49
Anlagen		51
	Impressum	62



Teil A

Gesamtstädtische Konzepte und Schwerpunkte der Stadtentwicklung

Einleitung

Die Stadtentwicklungsplanung in der Stadt Dresden wurde 1992 unter neuen Rahmenbedingungen mit der Erarbeitung des „Rahmenkonzeptes Stadtentwicklung“ begonnen und ist seit dem ein kontinuierlicher Prozess der Fortschreibung und Überarbeitung gesamtstädtischer Zielstellungen.

Im Sommer 2000 begann eine grundlegend neue Phase der Stadtentwicklungsplanung, welche die Landeshauptstadt des Freistaates Sachsen in einen größeren Betrachtungsraum stellte: „Dresden – Stadt in Europa“. In einem vielbeachteten, hochrangigen Startsymposium wurde das Leitbild der Stadt in Europa thematisiert, welches von einer Ausstellung im Rückblick auf 10 Jahre Stadtentwicklung begleitet wurde. Workshops mit der Teilnahme von Fachexperten, Kommunalpolitikern und wissenschaftlichen Institutionen sowie ein weiteres internationales Symposium, in welchem die Rolle der Stadt in Europa bestimmt wurde, gaben den Auftakt für eine neue Ebene der Stadtentwicklungsplanung. Im Februar 2002 wurde mit einem Stadtratsbeschluss die Erarbeitung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes der Landeshauptstadt Dresden erfolgreich abgeschlossen. Dieses Konzept kennzeichnet eine qualitativ höhere Stufe der Stadtentwicklungsplanung unter den aktuellen Bedingungen und durch eine Konzentration auf Schwerpunktbereiche.

Qualitativ neuer Aspekt ist der integrative Ansatz, das heißt der Grad der Abstimmung und Verknüpfung der Fachplanungen untereinander, und die zunehmende Orientierung auf die Steigerung der Wirksamkeit durch das Aufzeigen von Handlungserfordernissen und die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen. Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept verknüpft in seiner Komplexität gesamtstädtische wie teilträumliche Ebenen, sektorale wie funktionelle Entwicklungen, legt Prioritäten fest und stellt in dieser Form ein zentrales Steuer-

instrument der Verwaltungsführung dar.

Der konsequenten Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes ist eine hohe Bedeutung beizumessen. Aus diesem Grund ist der Stadtratsbeschluss mit der Auflage verbunden, den Arbeitsstand der Stadtentwicklungsplanung mit einer jährlichen Berichterstattung zu begleiten und so zu kontrollieren. Hinzu kamen die aktuellen Ereignisse des Hochwassers im August 2002, welche zusätzlicher Anlass der Überprüfung von Zielvorstellungen und Maßnahmen sind.

Dieser nun erstmalig vorgelegte Bericht greift die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept gestellten Entwicklungsziele aus allen Bereichen auf. In prägnanter und übersichtlicher Form werden für den Berichtszeitraum 1999 bis 2002 die Ist-Stände dargelegt und eine Wertung bezüglich des Grades der Zielerreichung (symbolisch und verbal) vorgenommen. Als Symbole zur Darstellung des Trends in Richtung Entwicklungsziel werden verwendet:

- - positive Entwicklung
- ➡ - keine Entwicklung, Stillstand
- - Entwicklungsziel gefährdet

Mit dieser Präsentation soll die Möglichkeit der Information und Diskussion zu den Fragen der Stadtentwicklungsplanung gegeben werden und eine Einschätzung darüber möglich sein, ob sich die gewünschte Entwicklung vollzieht, welche Chancen oder Risiken bestehen, oder ob ein Entwicklungsziel gefährdet ist. Somit ist der Bericht zur Stadtentwicklung als neues Instrument der Stadtentwicklungsplanung der Stadt Dresden zu verstehen und kann als Grundlage für gesamtstädtische Entscheidungen herangezogen werden.

Neu in die Berichterstattung wurde ein Indikatorensystem integriert. Es hat zum Ziel, in kurzer standardisierter Form die Erfüllung der Entwicklungsziele darzustellen. Noch wird diese Art der Berichterstattung aufgrund der Neuheit und des ungewohn-

ten Umgangs separat vom Bericht Stadtentwicklung behandelt. Schrittweise wird ein effektives System der schnellen Berichterstattung angestrebt.

Der vorliegende Stadtentwicklungsbericht 2003 stellt einen ersten Schritt im Gesamtprozess des Stadtentwicklungsmanagements in der Stadt Dresden dar (siehe Anlage 2). In Fortführung des erarbeiteten Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK), welches als ganzheitliches strategisches Konzept den Zeitraum 2001 bis 2015 betrachtet, erfolgt die Berichterstattung (INTEB) nunmehr im zweijährlichen Zeitraum als ganzheitliche Ergebnisdarstellung und Zielerfüllungskontrolle anhand von Indikatoren.

Daneben wird im fünfjährigen Zeitraum das Stadtentwicklungsprogramm (INPROG) erarbeitet, erstmalig 2004 bis 2008. Dieses auf mittelfristige Umsetzungsmaßnahmen realisierbarer Aufgaben gerichtete Programm entspricht dem dringenden Erfordernis einer prozessorientierten Stadtentwicklungsplanung, mit welchem die Gesamtheit der Zielstellungen der Stadt entsprechend benannter Hauptthemen, Schwerpunkträume und Schlüsselprojekte priorisiert, koordiniert und umgesetzt werden sollen.

Ein wesentliches neues Instrument des Stadtentwicklungsprogrammes wird das Fördermittelmanagement sein, welches von einer geschäftsbereichsübergreifenden zielgerichteten Akquisition und dem entsprechenden Einsatz von Fördermitteln ausgeht.

Zur Evaluierung des Stadtentwicklungsprozesses wird eine weitere zukünftige Aufgabe in der Qualifizierung des Indikatorensystems liegen. Die Indikatoren als Gradmesser der Zielerfüllung der Stadtentwicklung sind dahingehend zu qualifizieren, dass der tatsächliche Stand der Erfüllung der Entwicklungsziele ablesbar ist. Das setzt voraus, dass sich die Stadt zu Soll-Zielen verständigt und diese für den Planungszeitraum definiert.

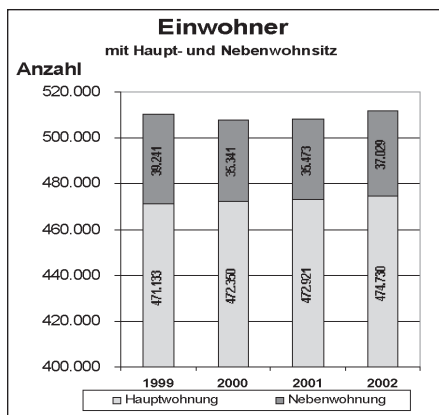
1 Gesamtstädtische Konzepte

1.1 Bevölkerung

Gesamtstädtische Stabilisierung der Einwohnerzahl mit positiver Tendenz bis 2015

Die Stadt Dresden zählte am 31.12.2002 474 730 Einwohner mit Hauptwohnsitz, darunter 16 200 Ausländer (3,4 Prozent), und 37 030 Einwohner mit Nebenwohnsitz. Seit dem Jahr 2000 ist der Trend der Einwohnerverluste nicht nur gestoppt worden, es ist im Gegenteil jedes Jahr ein Zuwachs zu verzeichnen. 2002 wurde ein Geburtenüberschuss von 832 durch einen positiven Wanderungssaldo von 2 641 Personen ausgeglichen. Der seit 1995 anhaltende Geburtenanstieg hat 2001 aufgehört, ohne das Niveau der Jahre vor 1989 wieder erreicht zu haben. Dennoch steht Dresden mit 8,8 Neugeborenen (bis Unter-Einjährige) je 1000 Einwohner an erster Stelle der ostdeutschen Großstädte.

Die Altersstruktur hat sich bis auf die Altersgruppe der Einwohner ab 60 Jahre seit

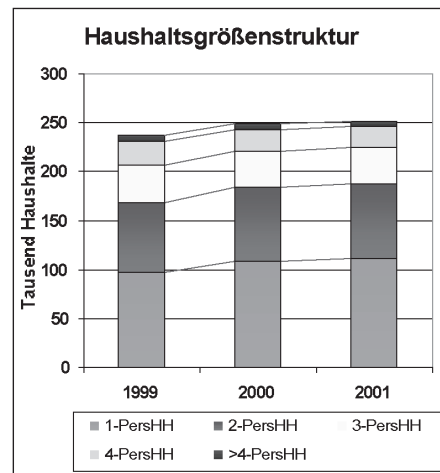


1999 nicht wesentlich geändert. Der Anteil der Gruppe ab 60 Jahre ist in dieser Zeit von 25 auf 27 Prozent gewachsen. Das sind fast 11 000 Senioren mehr. Der höchste Anteil findet sich im Ortsamt Altstadt mit durchschnittlich 43 Prozent, eine Ausnahme bildet die Friedrichstadt mit 22 Prozent Altenanteil.

Um mehr als 1 Prozentpunkt sank der Anteil der 0- bis 15-Jährigen, eine Folge der geburtenschwachen Jahrgänge seit 1990.

Die Zahl der Haushalte ist durch den anhaltenden Trend zur Verkleinerung (steigende Zahl Senioren-1-Personen-Haushalte) und durch den Bevölkerungszuwachs von 1999 bis 2001 um 7 000 Haushalte gestiegen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße veränderte sich von 1,99 Pers./Haushalte 1999 auf 1,95 Pers./Haushalte 2001. Die Zahl der Haushalte Ende 2002 ist noch nicht ermittelt.

Seit 2000 übersteigt die Zahl der nach Dresden Zugezogenen die Anzahl der aus Dresden Fortgezogenen. Der Negativsaldo zu den alten Bundesländern, der sich auf hohem Niveau stabilisiert hat, wird durch Überschüsse aus Sachsen, den anderen neuen Bundesländern und dem Ausland mehr als ausgeglichen. Ebenso hat die Abwanderung ins Umland aufgehört. Die Wanderungsbilanz gegenüber dem Umland ist seit Jahresbeginn 2001 in etwa ausgeglichen.



Bewertung

Das Ziel, die Einwohnerzahl zu stabilisieren, ist in den letzten drei Jahren insbesondere 2002 mit einem leichten Plus durch einen positiven Wanderungssaldo erreicht worden. Im Jahr 2002 können von den ostdeutschen Großstädten nur Dresden, Leipzig und Potsdam eine positive Bevölkerungsentwicklung aufweisen. Einen wesentlichen Anteil daran haben der verstärkte Zuzug von Ausländern und das

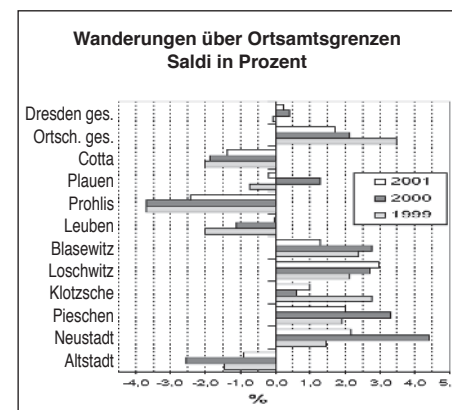
„Bevölkerungsprogramm“ mit Umzugshilfen für Studenten, die nach Dresden gezogen sind. Die Programmbestandteile Bildungsprogramm, Kinderfreundlichkeitsprüfung und spezielle Wohnangebote für Einpendler sind noch nicht begonnen worden.

Handlungsansatz

Fortführung und Erweiterung des „Bevölkerungsprogramms“ zur Gewinnung neuer Einwohner in Verbindung mit der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

Stabilisierung der Wohnbevölkerung in den Stadtteilen

Die starke Umzugsmobilität der Einwohner innerhalb der Stadtgrenzen hatte mit 41 000 und 41 100 Personen in den Jahren 1999 und 2000 ihren Höhepunkt erreicht. 2001 sind immer noch 37 600 Personen umgezogen. Das entspricht ca. 19 200 Haushalten. Fast 40 Prozent davon haben 2001 die Wohnung innerhalb ihrer Stadtteile getauscht.



Die Außen- und Binnenwanderungen der letzten Jahre haben sich auf die Stadtteile sehr unterschiedlich ausgewirkt: Von 1999 bis 2002 verloren die Stadtteile Innere Altstadt, Reick, Prohlis-Nord und -Süd, Gorbitz-Süd, -Ost und -Nord mehr als 10 Prozent ihrer Einwohner. In den Stadtteilen Äußere Neustadt, Leipziger Vorstadt, Kaditz, Blasewitz, Striesen-Ost, Lockwitz, Plauen und Altfranken/Gompitz stieg die Einwohnerzahl im gleichen Zeitraum um mehr als



Anteil der vom Hochwasser betroffenen EW	Stadtteile
70 - 100 %	Friedrichstadt, Wilsdruffer Vorst., Pirnaische Vorstadt, Kaditz, Mickten, Laubegast, Kleinzschachwitz und Gohlis,
40 - 70 %	Meußnitz, Zschieren und Löbtau-Nord,
< 40 %	Leipziger Vorstadt, Trachau, Loschwitz, Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Blasewitz, Tolkewitz, Leuben, Stetzsch und Cossebaude.

10 Prozent. (vgl. Anlage 3: Einwohnerentwicklung in den Dresdner Stadtteilen 1999 bis 2002)

Das Hochwasser 2002 hat die Bewohner einer Reihe Stadtteile in unterschiedlichem Maße betroffen. Die Hochwasserwelle hat jedoch dank schneller Hilfe keine entsprechend große Umzugswelle ausgelöst. Nur 983 der 33 339 betroffenen Einwohner haben im 2. Halbjahr 2002 den Stadtteil verlassen.

Auch in den von der Jahrhundertflut besonders betroffenen Stadtteilen Kaditz/Mickten, Hosterwitz, Laubegast und Kleinzschachwitz gab es wie bei den bereits genannten Stadtteilen Bevölkerungsverluste zwischen drei und zehn Prozent. Entgegen der Entwicklung in den Vorjahren sind im elbnahen Cossebaude einschließlich Gohlis die Bevölkerungszahlen zurückgegangen. Gegenwärtig sind aufgrund der kurzen Beobachtungsphase lediglich die Abwanderungen nachweisbar. Diese bewegen sich in keiner gesamtstädtisch problematischen Größenordnung, so dass davon ausgegangen wird, dass sich die Einwohnerstruktur dieser Stadtteile langfristig wieder stabilisieren wird. Grundlage für diese Annahme sind Analysen aus Vergleichsregionen (z. B. Oderhochwasser 1997), der hohe Anteil von Wohneigentum in den betroffenen Gebieten sowie Beobachtungen zum Sanierungsgeschehen in Dresden. Der tatsächlich nicht nachnutzbare Wohnraum liegt in einer zu vernachlässigenden Größenordnung.

Bewertung ↗

Die meisten Stadtteile weisen seit Jahren eine weitgehend konstante Bevölkerung auf. Die Fluktuation bewegt sich in normaler Größenordnung. Wesentliche Einwohnergewinne erreichten Stadtteile mit fortschreitender Altbausanierung, darunter alle Sanierungsgebiete, und Stadtteile mit starkem Eigenheimbau. Das sind positive Wirkungen von Stadtentwicklungsmaßnahmen. Deutliche Einwohnerverluste entstanden fast ausschließlich in Stadtteilen mit hohem oder überwiegendem Plattenbauanteil. Sie sind bis auf Teile der Altstadt in den Stadtumbaugebieten erfasst.

Handlungsansatz

Monitoring zum Wanderungs- und Umzugsverhalten der Bevölkerung (Indikatoren für Stadtteile) als Kontrolle der Wirkung von Maßnahmen der Stadtentwicklung.

Einflussnahme auf die soziale Segregation in den Stadtteilen

Die Umzüge der Einwohner zwischen den Stadtteilen verändern die sozialen Strukturen der Gebiete. Die negative Änderung der sozialen Zusammensetzung in einigen Stadtteilen ist am vergleichsweise geringeren Zuwachs des durchschnittlichen Haushalts-Netto-Einkommens nachweisbar. Von 1998 bis 2002 ist dieser Indikator im Stadtdurchschnitt um 15 Prozent von 1 608 auf 1 857 Euro gestiegen. Während aber Stadtteile mit überwiegend Wohnbauten von 1945 bis 1990 in einfacher bzw. mittlerer Wohnlage einen Einkommenszuwachs von vier bzw. fünf Prozent erreichten, verzeichneten Stadtteile mit guter Wohnlage bis 26 Prozent, die Äußere Neustadt 25 Prozent und selbst Altbauggebiete in mittlerer Wohnlage noch 13 Prozent Zuwachs. In Altbauten mit guter Wohnlage haben die Haushalte mit Einkommen im unteren Drittel der Skala (bis 1 100 Euro) um elf Prozent abgenommen. In Wohnungen der Jahre 1945 bis 1990 ist dieser Anteil gleich geblieben. Die Haushalte im oberen Drittel (mehr als 2 000 Euro) haben in Altbauten mit guter Wohnlage um 19 Prozent, im Plattenbau um neun Prozent zugenommen. Auch die Stadtteile mit hohem Anteil an Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe) belegen Tendenzen der Segregation. Zu den problematischen Stadtteilen mit fünf Prozent und mehr gehören: Friedrichstadt, Johannstadt-Nord, Pieschen-Süd, -Nord, Tolkewitz/Seidnitz, Prohlis-Süd, Cotta, Löbtau-Nord, Gorbitz-Nord.

Bewertung ↗

Die Segregation ist ein Prozess, der in einigen Fördergebieten mit großem städtischen Einsatz beeinflusst aber nicht grundsätzlich aufgehoben werden kann. Die Wegziehenden aus den Gebieten mit hohen Verlusten sind meistens die wirtschaft-

lich stärkeren Haushalte, die sich Wohnungen in Stadtteilen mit „besserer Adresse“, d. h. in guter Wohnlage leisten können.

Handlungsansatz

Durch Rückbau nicht mehr benötigter Wohnungen und durch Aufwertung des Wohnumfelds insbesondere in den Stadtumbaugebieten ist weiter zu versuchen, sozial besser gestellte Haushalte in diesen Gebieten zum Bleiben zu veranlassen.

■ 1.2 Wohnen

Profilierung des Wohnstandortes Dresden

Neben ihrer Ausstrahlung nach außen erfreut sich die Stadt Dresden auch nach innen als Wohnstandort großer Beliebtheit. Ausschlaggebend dafür ist das Profil einer Stadt. Es wird vor allem durch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verhältnisse geprägt. Auch das Bild der Stadt, ihr landschaftliches Profil, ihre nähere und weitere Umgebung beeinflussen sehr den Wunsch in Dresden zu bleiben oder nach Dresden zu kommen.

Alle diese Faktoren spiegeln sich in den Umfragewerten der Kommunalen Bürgerumfrage (KBU 2002) in einer hohen Wohnzufriedenheit¹ der Dresdner Bürger wider. Bei dem komplexesten aller Entwicklungsziele sind gute Ergebnisse erreicht worden. In der Skala von sehr zufrieden (=1) bis sehr unzufrieden (=5) bewerten die Dresdner Einwohner ihre Stadt mit 2,2, die Wohngegend mit 2,0 und ihre Wohnung mit 1,9. Das bedeutet, dass mit der Stadt als Wohnort 71 Prozent der Bewohner sehr zufrieden/zufrieden und nur fünf Prozent nicht zufrieden/sehr unzufrieden sind. Mit der Wohngegend sind das 76 Prozent bzw. sechs Prozent und mit der Wohnung 79 Prozent bzw. vier Prozent. Die meisten mit ihrer Wohngegend Unzufriedenen wohnen mit Anteilen von 21 bis 12 Prozent in Prohlis/Reick, Innenstadt/Friedrichstadt, Leipziger Vorstadt/Pieschen und Gorbitz (Angaben aus KBU 2002).

Bewertung ↗

Im Vergleich mit anderen Städten liegt Dresden in der Bewertung dieser drei Komponenten der Wohnzufriedenheit mit Stuttgart und Hannover etwa auf gleichem Niveau, besser bewertet als Frankfurt, Leipzig und Halle.

Ein Bewertungsmaßstab ist auch der Indikator Außenwanderungsrate: Von den 32 Prozent der Umzugswilligen, die laut KBU 2002 in naher Zukunft Dresden verlassen wollen, geben 65 Prozent berufliche und 19 Prozent familiäre Gründe an, immerhin 16 Prozent bemängeln Faktoren wie Um-

weltbelastung, Lärm, fehlende Naturnähe, Verkehrssituation oder zögerliche städtebauliche Entwicklung.

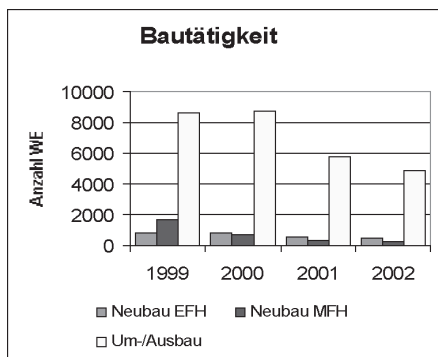
Handlungsansatz

Konzentration der Stadtentwicklung und des Stadtumbaus auf die Gebiete mit der überdurchschnittlichen Unzufriedenheit. In den anderen Gebieten ist die Wohnqualität zu halten.

Bedarfsgerechte Weiterentwicklung und Aufwertung des Wohnungsbestandes, der Stadt- und Quartiersstrukturen. Erfüllung der qualitativen Wohnansprüche in ihrer ganzen individuellen Breite möglichst im Bestand.

Die Stadt hatte Ende 2002 einen Wohnungsbestand von 293 898 WE, 4 627 WE mehr als 1999. Von dem Gesamtbestand befinden sich 32 996 Wohnungen in 26 589 Eigenheimen (elf Prozent).

Der Schwerpunkt der Wohnungsbau-tätigkeit liegt seit 1999 eindeutig auf der Qualitätsverbesserung durch Um- und Ausbau. Der Neubau von Mietwohnungen hat auf Grund der Marktlage nur noch marginale Bedeutung. Auch der Eigenheimbau (Neu-, Um- und Ausbau) sank jährlich mit Fertigstellungszahlen von 1999 862 auf 2002 633.



Vom Hochwasser waren 23 500 Wohnungen in 3 750 Gebäuden betroffen. Die Beseitigung der Schäden erfolgt überwiegend mit Fördermitteln und sonstigen Finanzierungsmöglichkeiten zur Hochwasser-schadenbeseitigung. Auswirkungen auf Handlungsschwerpunkte der Stadtentwicklung (z. B. Stadtumbau), die sich auf den Wohnungsbestand beziehen, wurden geprüft und vorerst aufgrund der geringen Betroffenheit von kommunalem und genossenschaftlichen Wohneigentum ausgeschlossen. Mit der Bestätigung einer rechtsverbindlichen Hochwasserlinie (Ende 2003) ergibt sich ein neuer Prüfungsbedarf. Der Abriss von Wohnungen hat bisher nur eine geringe Rolle gespielt. Von 1999 bis 2002 wurden 1019 Wohnungen abgerissen.

Das entspricht einer Bauabgangsquote von durchschnittlich 0,08 Prozent pro Jahr (Land Sachsen 2001: 0,32 Prozent). Auch 2002 war der Wohnungszuwachs noch mehr als doppelt so hoch wie der Abgang von Wohnungen.

Haushaltsgröße	Raumanzahl der Wohnung		Wohnfläche in m²	
	1998	2002	1998	2002
1 Pers.	2,0	2,1	50,3	53,1
2 Pers.	2,8	3,0	66,3	72,1
3 Pers.	3,3	3,5	77,9	86,8
4 Pers.	3,9	4,2	89,5	97,9
5 Pers. und mehr	4,6	4,9	103,7	124,3

Die quantitative Wohnungsversorgung der Haushalte zeigt laut KBU 1998 und 2002 raum- und flächenmäßige Verbesserungen. Die Dresdner Einwohner verfügen im Durchschnitt über 36 m² Wohnfläche in einer 68,6 m² großen Wohnung.

Ein qualitativer Bewertungsmaßstab einer Wohnung auf dem Wohnungsmarkt ist die Wohnlage. Die Wohnlageermittlung für den dritten Mietspiegel 2002 stufte 18 Prozent der Wohnungen in gute, 51 Prozent in mittlere und 31 Prozent in einfache Wohnlage ein. Die Wohnlageanteile sind sehr stabil und haben sich seit dem zweiten Mietspiegel 1999 kaum verändert.

Ein weiterer Qualitätsmaßstab ist die Wohnungsausstattung. Sie hat sich im bewohnten Bestand 2002 im Vergleich zu 1998 weiter verbessert. In den mit Ofen-, Etagen- oder Gebäudeheizung beheizten Wohnungen verringerte sich der Einsatz von Kohle als Energieträger von 19 auf vier Prozent. Der umweltfreundliche Einsatz von Gas stieg von 61 auf 76 Prozent und der Öleinsatz von zehn auf 14 Prozent. Die Ausstattung mit Balkon/Loggia/Terrasse stieg von 64 auf 68 Prozent. Bei den anderen Ausstattungsmerkmalen wurden keine gravierenden Veränderungen festgestellt.

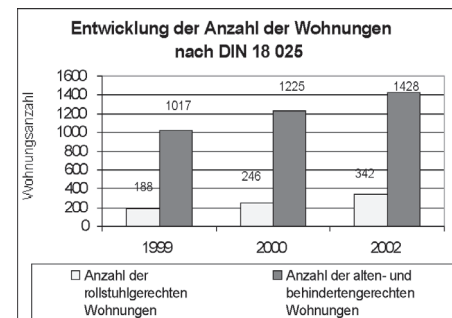
Trotz guter Versorgung und hoher Zufriedenheit hegen laut KBU 2002 immer noch 34 Prozent der Haushalte Umzugsabsichten, 15 Prozent davon sogar innerhalb der nächsten zwei Jahre, das entspricht fast 40 000 Haushalten². Offensichtlich haben noch nicht alle Haushalte die für sie ideale Wohnung gefunden. In Altbauten der einfachen Wohnlage ist der Umzugswunsch mit 47 Prozent am stärksten ausgeprägt. Zwölf Prozent der Umzugsabsichten (ca. 5 000) betreffen nur einzelne Familienmitglieder. Das bedeutet Haushaltsneugründungen oder Abwanderung. Von den 5 000 wollen 80 Prozent in Dresden bleiben. Von den lt. KBU umzugswilligen Haushalten wünschen sich unter

anderem zwei Prozent (1 700) eine behindertengerechte, acht Prozent (6 700) eine altengerechte und vier Prozent (3 400) eine Wohnung mit Betreuung. Die Umzugsziele nach mehr Ruhe (23 Prozent), grünem Wohnumfeld (20 Prozent), mehr Ordnung und Sicherheit (13 Prozent) oder einem besseren sozialen Umfeld (17 Prozent) sind Anforderungen an die Stadtentwicklung.

Bei der Entwicklung des Wohnungsbestandes wurden auch qualitative Ansprüche von Personengruppen mit besonderen Bedarfsmerkmalen beachtet.

Auf der Basis des aktuellen Wohnungsmarktes können sich **einkommensschwache Haushalte** zur Zeit größtenteils selbst mit angemessenem Wohnraum versorgen. Zur Unterstützung besonderer Fälle gibt es bei den städtischen Wohnungsgesellschaften ca. 6 500 belegungsgebundene Wohnungen und weitere 1 500 geförderte Wohnungen in Sanierungsgebieten.

Die Anzahl der vorhandenen Wohnungen mit einer Ausstattung nach DIN 18025, Teil 1 (rollstuhlgerecht) und Teil 2 (alten- und behindertengerecht) ist in den letzten Jahren gestiegen. Ein Teil dieser Wohnungen konnte bis 1999 mit Landesfördermitteln gefördert werden. Mit Hilfe von städtischen Mitteln konnten nach der im Jahr 2000 beschlossenen Wohnungsanpassungsrichtlinie 76 Wohnungen an die Bedürfnisse ihrer Bewohner angepasst werden. Diese Anpassung entspricht den Wohnwünschen älterer Haushalte bzw. Haushalten mit behinderten Menschen, von denen 86 bzw. 80 Prozent in absehbarer Zeit keinen Umzug wollen, sondern lieber im vertrauten Umfeld und bestehenden Nachbarschaftsbeziehungen bleiben wollen. Der Anteil der **alten- und behindertengerechten Wohnungen** hat sich nach Einschätzung ihrer Bewohner laut KBU 1998 und 2002 von sechs auf zwölf Prozent und der Anteil der rollstuhlgerechten Wohnungen von zwei auf drei Prozent erhöht.



Die Verteilung der barrierefreien rollstuhlgerechten und alten- und behindertengerechten Wohnungen im Stadtgebiet ist in Anlage 4 (Anzahl der alten-/behindertengerechten, rollstuhlgerechten und seniorengerechten Wohnungen je Stadtteil) dargestellt. Ca. 65 Prozent dieser Wohnungen



befinden sich in Objekten des Betreuten Wohnens. Die Karte enthält auch seniorengerechte Wohnungen in Objekten des Betreuten Wohnens. Als seniorengerecht sind Wohnungen bezeichnet, die barrierefrei sind, aber nicht alle in der DIN 18025 genannten Forderungen erfüllen.

Der Anteil der **ausländischen Mitbürger** ist in den letzten beiden Jahren überproportional gestiegen und liegt jetzt bei 3,41 Prozent. Bevorzugte Wohnstandorte dieser Bevölkerungsgruppe sind preisgünstige Wohnungen in den Stadtteilen Friedrichstadt, Pieschen, Leipziger Vorstadt (unsanierte Altbauten), in Johannstadt, Innere Altstadt, Seevorstadt Ost (Plattenbauten), in multikulturellen Stadtteilen (Innere und Äußere Neustadt) und in der Nähe der TU. Ein Teil der preisgünstigen Wohnungen ist durch das Sozialamt vermittelt worden. Punktuelle Konzentrationen ausländischer Mitbürger sind in Ansätzen z. B. in Prohlis und Reick erkennbar.

Bewertung

Das qualitative und quantitative Angebot an Mietwohnungen in Dresden ist so reichhaltig, dass prinzipiell jeder Bedarf gedeckt werden kann. Grundsätzlich kann von einer bedarfsgerechten Wohnungsversorgung der Dresdner Einwohner gesprochen werden.

Eine Ausnahme bildet das Angebot an alten- und behindertengerechten Wohnungen, besonders an Rollstuhlfahrerwohnungen. Nach Richtwerten des Sächsischen Ministeriums für Gesundheit, Soziales und Familie wären, abgeleitet von der Bevölkerungszahl, 1 400 rollstuhlgerechte und 19 000 alten- und behindertengerechte Wohnungen notwendig. Von denen sind bisher nur ca. acht bzw. 25 Prozent vorhanden. Der tatsächliche Bedarf ist aber nicht nachweisbar, da nur ein Teil der behinderten Menschen eine komplett nach DIN 18025 behindertengerecht ausgestattete Wohnung benötigt. Das „amtliche“ Defizit bei alten- und behindertengerechten Wohnungen kann größtenteils durch Wohnungen mit moderner Ausstattung in Wohngebäuden mit Aufzug ausgeglichen werden. Auch Rollstuhlfahrer versuchen, in solchen Wohnungen mit zusätzlichen an die Situation angepassten Einbauten zurechtzukommen, um in ihrem vertrauten Umfeld mit funktionierenden Nachbarschaften bleiben zu können.

Der Ausländeranteil liegt in Dresden mit 3,41 Prozent wesentlich niedriger als in Großstädten mit ähnlichen Einwohnerzahlen in den alten Bundesländern. Integrationsprobleme sind noch nicht aufgetreten.

Handlungsansätze

Die Entwicklung des Wohnungsbestands und des Bedarfs ist regelmäßig gemeinsam mit der kommunalen Statistikstelle und der Abteilung Wohnen des Sozialamtes zu analysieren.

Die Erweiterung des Wohnungsangebotes für Senioren ist in für diesen Bedarf geeigneten Wohnformen weiter mit allen Möglichkeiten zu befördern. Auf eine entsprechende Gestaltung des Wohnumfeldes ist dabei zu achten, denn sie gewinnt für die selbstbestimmte Teilhabe der älteren Bürger am gesellschaftlichen Leben mehr und mehr an Bedeutung.

An der Verbesserung des Angebotes an Rollstuhlfahrerwohnungen muss gemeinsam mit den Wohnungsunternehmen im Rahmen von Stadtumbau- und Aufwertungsmaßnahmen weiter gearbeitet werden. Dabei ist der Zusammenhang zwischen Wohnung und einem barrierefreien Wohnumfeld als Voraussetzung für die Vermietbarkeit der Wohnung unbedingt zu beachten.

In vielen Fällen sind die Wohnprobleme behinderter Menschen mit einer Anpassung der bewohnten Wohnung an die speziellen Anforderungen des Bewohners lösbar. Da die städtischen Mittel zur Wohnungsanpassung fast aufgebraucht sind, müssen neue Möglichkeiten zur Bereitstellung weiterer Mittel für die kommenden Jahre gefunden werden.

Im Rahmen der bedarfsgerechten Weiterentwicklung und Aufwertung des Wohnungsbestandes sind auch Besonderheiten beim Wohnungsbedarf einkommensschwacher Haushalte (Geringverdiener, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger) und Haushalten aus anderen Kulturkreisen zu berücksichtigen. Im Rahmen der Vertiefung des INSEK sind diese Fragen im Fachkonzept Wohnen für besondere Personengruppen zu bearbeiten.

Die Entwicklung des Ausländeranteils ist bezüglich Steigerungsrate und Wohnkonzentrationen mit einem Monitoring zu begleiten, um eventuelle Integrationsprobleme rechtzeitig zu erkennen und zu beeinflussen.

Unterstützung bei der Bildung von Wohneigentum, stärkere Förderung selbstgenutzten Wohneigentums im Bestand.

Die Eigentumsverhältnisse im Wohnbereich haben sich seit 1998 weiter zu Gunsten eigener Wohnungen entwickelt.

Mit Hilfe der jährlich aufgelegten Eigentumsprogramme des Freistaates Sachsen wurden in den Jahren 1999 bis 2002 der Neubau oder Erwerb von 865 Einfamilienhäusern und 304 Eigentumswohnungen (davon 141 EFH und 125 ETW im Altbau)

	Es wohnten ³		
	zur Miete	im eigenen Haus	in ihrer Eigentums- wohnung
1998	91 %	7 %	2 %
2002	87 %	10 %	3 %

gefördert. Damit ist etwa ein Drittel des in Dresden neu gebauten Wohneigentums mit Unterstützung des Freistaates geschaffen worden. Diese Hilfe wurde förderfähigen Haushalten unabhängig von der Eigenheimzulage des Bundes gewährt.

Bewertung

Der realistische Bedarf ist weitgehend gedeckt. Aus der KBU 2002 lässt sich ein kurz- und mittelfristiger Bedarf von etwa 4 000 Eigentumswünschen ableiten. Der Eigentumserwerb im Bestand steht immer noch hinter dem Neubau zurück. Die Dresdner Eigentumsquote von 13 Prozent nähert sich denen westdeutscher Großstädte (zwischen 13 Prozent in Frankfurt/M. und 26 Prozent in Stuttgart), wobei die Besonderheiten der Städte (ländlicher Anteil) zu beachten sind.

Handlungsansätze

Die Eigentumsprogramme der Wohnungsbauförderung sind zeitnah zu bearbeiten. Eigentumserwerb im Bestand ist besonders zu unterstützen.

Entsprechend dem zu erwartenden Bedarf sind weiterhin Bauflächen für Eigenheime vorzuhalten.

Die Wohnungsmarktbeobachtung mit Bedarfseinschätzung ist regelmäßig durchzuführen.

Reduzierung des Leerstands vorrangig zur Aufwertung von Wohngebieten durch Umbau

Begründet durch den hohen Wohnungsleerstand Ende der 90er Jahre ist der Neubau von Geschosswohnungen bis 2002 auf ein Minimum zurückgegangen. Neue größere Vorhaben sind nicht begonnen worden. Gleichzeitig ist die Zahl der Haushalte gewachsen. Im Ergebnis sank die Zahl der leeren Wohnungen. Ende 2001 waren von den 293 282 Wohnungen 245 813 von Haushalten belegt. Der Leerstand betrug 47 469 Wohnungen, sind 16,2 Prozent des Bestands. Das sind rund 2 700 WE weniger als 1999 (-1,1 Prozent). Wohnungen in Mehrfamilienhäusern stehen zu 18 Prozent, in Eigenheimen zu fünf Prozent leer.⁴

Der marktfähige Anteil der leeren Wohnungen wird mit 23 000 bis 25 000 WE

eingeschätzt, das sind ca. acht Prozent des Gesamtbestands. Die übrigen Anteile sind die Mobilitätsreserve (7 500 WE), in der Sanierung befindliche (4 000 bis 6 000 WE) oder unvermietbare/ruinöse Wohnungen (5 500 WE).

Die Verteilung des Leerstands in den Stadtteilen hat sich seit 1999 stark verändert (vgl. Anlage 5, Wohnungsleerstands-entwicklung in den Dresdner Stadtteilen 1999-2001). Parallel mit den Bevölkerungsverlusten hatten die großen Plattenbaugelände Prohlis und Gorbitz sowie die innere Altstadt den höchsten Zuwachs an leeren Wohnungen. Dagegen konnte in fast allen Sanierungsgebieten der bisher hohe Leerstand wesentlich verringert werden.

Der anhaltende, im Landesmaßstab weiter sinkende Wohnungsbedarf hat seit 2000 zu einer Förderung für Wohnungsrückbau-Maßnahmen durch ein Programm des Landes und seit 2002 durch das Bundesprogramm „Stadtumbau Ost“ geführt. Am dazu ausgeschriebenen Bundeswettbewerb 2002 „Stadtumbau Ost“ hat die Stadt Dresden mit den Gebieten Prohlis, Kräutersiedlung Gorbitz und Jägerpark teilgenommen.

In aufwändigen Bewertungsverfahren wurden 2002 zwölf potenzielle Stadtumbaugelände und weitere zehn Beobachtungsgebiete ausgewählt. Für diese entstanden in Abstimmung zwischen Stadtplanung, Eigentümern und beteiligten Ämtern Entwicklungskonzepte. Die Stadtumbau- und Beobachtungsgebiete wurden vom Stadtrat am 7.11.2002 als wichtige Voraussetzung für die Förderung von Stadtumbau-Maßnahmen beschlossen.

Konkrete Umbaumaßnahmen haben 2002 in der „Kräutersiedlung“ Gorbitz begonnen, die in Etappen zum Rückbau von ca. 500 Wohnungen führen werden. Für den Rückbau weiterer 3 900 WE haben die Wohnungsunternehmen Förderanträge eingereicht. Sie wurden im November 2002 gebietsweise zusammengefasst bei der Sächsischen Aufbaubank vorgelegt. Eine Förderzusage steht noch aus.

Bewertung

Das Ziel, den Leerstand gesamtstädtisch zu reduzieren, wurde den Möglichkeiten entsprechend mit guten Ergebnissen verfolgt. Der Prozess der weiteren Leerstandsverteilung zwischen den sanierten Altbaugebieten der Gründerzeit und den ehemals stark ausgelasteten Plattenbaugeländen hat sich über die einfache Nivellierung hinaus fortgesetzt. Besonders in Teilen der großen Plattenbaugelände Gorbitz und Prohlis ist eine alarmierende Entwicklung eingetreten, die für die betroffenen Wohnungsunternehmen zu starken wirtschaftlichen Belastungen führt.

Die bisher von den Eigentümern beantragten Rückbaumaßnahmen genügen nicht für eine langfristige Konsolidierung des kommunalen und genossenschaftlichen Sektors des Dresdner Wohnungsmarktes.

Handlungsansatz

Kontinuierliche Fortschreibung der Entwicklungskonzepte für die Stadtumbaugelände entsprechend der aktuellen und prognostischen teils räumlichen Entwicklungen in enger Zusammenarbeit mit den Wohnungsunternehmen. Bei Bedarf Änderung oder Neuausweisung von Stadtumbaugeländen.

Wohnungsneubau bei vorrangiger Orientierung auf Innenentwicklung, Konzentration des Eigenheimbaus auf integrierte Standorte, Geschosswohnungsneubau nur in Einzelfällen

2 375 der 5 577 seit 1999 neu gebauten Wohnungen waren Eigenheime. Davon wurden 699 in den Ortschaften (besonders in Schönfeld-Weißig, Weixdorf, Altfranken) und 1 506 in den Randzonen des alten Stadtgebiets (besonders in Lockwitz, Leubnitz-Neuostra, Niedersiedlitz, Kleinzschachwitz, Laubegast, Klotzsche, Briesnitz) errichtet. Ca. 170 fanden einen näher zur Innenstadt gelegenen Standort.

Im Stadtgebiet sind erste Ansätze vorhanden, alternative Wohn- und Bauformen zum klassischen Einfamilienhaus „auf der grünen Wiese“ anzubieten. Nennenswerte Beispiele für innerstädtisches eigentumsorientiertes Wohnen in der Stadt Dresden sind kleinere Reihen- oder Doppelhausstandorte mit ca. 8 bis 40 Wohneinheiten in den Ortsämtern Blasewitz (Striesener Winkel; Am Fetscherplatz), Plauen (Lukasareal) und in der Neustadt (Stadthausprojekt am Bischofsweg). Geplant ist z. Z. ein weiteres Projekt im Ortsamt Altstadt (Am Schießhaus).

Die Stadt weist weiterhin Bauflächen für 13 000 Eigenheime aus, davon 4 500 in

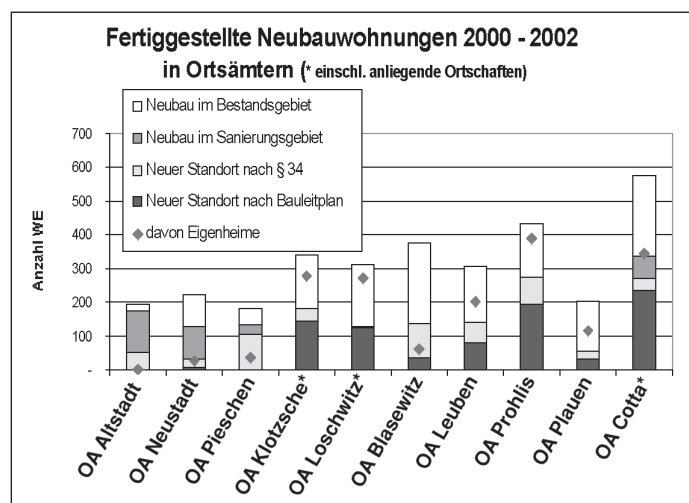
Baulücken und 8 500 auf neuen z. T. nur langfristig zu mobilisierenden Standorten.

Im Zeitraum seit 1999 wurden keine größeren neuen Vorhaben des Geschosswohnungsbaus im Außenbereich auf Stadterweiterungsflächen begonnen.

Der Neubau von 2 780 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (davon 1999 allein 1 655 WE) fand überwiegend in den Bestandsgebieten der Ortsamtsbereiche Altstadt, Neustadt, Pieschen, Blasewitz und Cotta statt. Ein großer Teil davon waren Lückenschließungen oder Ersatzbauten für abgerissene Wohngebäude vor allem in den Sanierungsgebieten. Beispiel: Seniorenwohnanlage an der Yenidze, Magdeburger Straße, 104 WE.

Für mögliche Neubauten steht ein Flächenpotenzial von 22 000 Wohnungen zur Verfügung, davon 14 500 in Baulücken.

Vom Hochwasser 2002 wurden 21 Wohnungsbaustandorte mit einem Potenzial von 3 790 WE in Geschossbauten und 2 080 Eigenheimen voll oder teilweise überflutet. Alle Wohnbauflächenpotenziale unterliegen einer Priorisierung hinsichtlich ihrer stadtstrukturell integrierten Lage unter Berücksichtigung von standortbezogenen Mobilisierungshemmnissen und Bindungswirkungen⁵. Vorbehaltlich einer rechtlich verbindlichen Hochwasserlinie (voraussichtlich Ende 2003) wurden alle vom Hochwasser betroffenen Wohnbaustandorte auf ihren Fortbestand geprüft. Grundlage bildete das vorläufig festgesetzte Überschwemmungsgebiet (Pegel 9,00 m). Dabei wurde der Grad der Betroffenheit, Möglichkeiten des Hochwasserschutzes, Planungsstände, städtebauliche Kriterien und rechtliche Konsequenzen für die Stadt bzw. Projektentwickler berücksichtigt. Wohnungsbaustandorte der Priorität IV (Standorte ohne Entwicklungsansatz mit Konfliktpotenzial) sollen durch Flächennutzungsplanänderung vollständig zurückgenommen werden (22 Standorte/ 2 040 WE). Weitere Flächenpotenziale im Überschwemmungsgebiet sollen reduziert wer-





den (zwei Standorte/ 240 WE). Bei sechs Standorten mit ca. 2 170 WE wurde aufgrund städtebaulicher und rechtlicher Gründe (Schadensersatzpflicht) eine Weiterentwicklung vorgeschlagen. Für elf vom Hochwasser betroffene Standorte (3 320 WE) besteht noch Untersuchungsbedarf. Gegenwärtig erfolgt bis Ende 2003 eine Standortüberprüfung auf Grundlage der aktuellen Vorgaben des Staatlichen Umweltfachamtes mit Pegel 9,24 m. Abschließende Aussagen bzw. die Umsetzung entsprechender Maßnahmen mit den rechtlichen Planungs Konsequenzen können erst nach dem Vorliegen der rechtlich verbindlichen Hochwasserlinie erfolgen.

Bewertung ↗

Der Wohnungsneubau hat sich entsprechend der Marktlage und der reduzierten Förderprogramme stark rückläufig entwickelt. Beim Geschosswohnungsbau wurde das Entwicklungsziel im Wesentlichen erreicht. Er sank 2002 im Verhältnis zu 1999 auf 14 Prozent. Größere Baufelder wie noch 1999 in Klotzsche, Albertstadt, Mickten oder Leubnitz-Neuostra haben an Bedeutung verloren zu Gunsten von Baulückenschließungen, Siedlungsarrondierungen und Nachverdichtungen. Beim Eigenheimbau überwiegt trotz guter Ansätze auf Innenorientierung nach wie vor die Bebauung im Außenbereich.

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Chancen zur Steuerung der Standortentwicklung sehr gering sind bzw. sich in der überwiegenden Anzahl der Fälle als unrealistisch erwiesen haben. Die zeitliche Inanspruchnahme von Flächen hängt nach wie vor von Eigentümern und Investoren ab. Die Kommune hat kaum Möglichkeiten und Mittel die Standortentwicklung in die Hand zu nehmen.

Vom Hochwasser betroffene potenzielle Wohnbaustandorte könnten in erheblichem Umfang reduziert werden, da das verbleibende Potenzial den gegenwärtig einschätzbaren Bedarf abdecken kann.

Handlungsansätze

Mit der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes ist eine bedarfsgerechte Reduzierung der Wohnbauflächen angezeigt. Dies betrifft in erster Linie Flächenpotenziale im Überschwemmungsgebiet, aber auch weitere nicht integrierte Standorte der Prioritätsstufe IV.

Ansätze zu alternativen Bau- und Wohnformen auf integrierten Standorten sind zu unterstützen.

Unterstützung einkommensschwacher Haushalte bei der Wohnraumversorgung, Sicherung preiswerter Wohnungen im Rahmen der städtischen Möglichkeiten

Das Sozialamt der Stadt verfügte Anfang 2003 bei den drei städtischen Wohnungsgesellschaften Wohnbau NordWest, SÜD-OST WOBA und STESAD zusammen über 8 116 belegungsgebundene Wohnungen, von denen 6 357 WE belegt, 607 WE von der Bindung freigestellt und 1 152 WE nicht vergeben sind. Letztere befinden sich zum Teil in sehr schlechtem Zustand. Im Jahr 2000 standen der Stadt noch 22 000 belegungsgebundene Wohnungen zur Verfügung. Die Verringerung wurde dem Bedarf entsprechend im Jahr 2000 vom Stadtrat beschlossen.

Die Netto-Kalt-Mieten der gebundenen Wohnungen notieren zwischen 3,07 Euro/m² (unsanierter Plattenbau) und 4,09 Euro/m² (sanierter Plattenbau). Bis zu dieser Höhe kann die Miete für Sozialhilfeempfänger durch pauschales Wohngeld abgedeckt werden.

Die mieterfreundliche Lage auf dem Wohnungsmarkt ermöglicht es auch vielen einkommensschwachen Haushalten, sich ohne Hilfe durch die Stadt mit angemessenem Wohnraum zu versorgen. Dementsprechend ist die Vergabe von Wohnberechtigungsscheinen von 4 231 im Jahr 1999 auf 2 321 im Jahr 2002 zurück gegangen. Dass es nicht ganz ohne die Hilfe der Stadt geht, belegen die durchschnittlich 1 000 Wohnungsvermittlungen pro Jahr. 2002 waren es 821 WE. Die Hilfe suchenden Haushalte haben fast alle ein extrem niedriges Einkommen. 87 Prozent der Antragsteller 2002 verfügten über weniger als die Hälfte dessen, was die Einkommensgrenzen nach § 9 Wohnraumförderungsgesetz für eine Förderung zulassen. Im Jahr 2000 lag ihr Anteil (bei doppelt so vielen Antragstellern) noch bei 75 Prozent.

Bewertung ↗

Unter den gegenwärtigen Bedingungen des Wohnungsmarktes hat die Stadt nur wenig Probleme mit der Wohnraumversorgung hilfsbedürftiger einkommensschwacher Haushalte. Die Hauptschwierigkeit besteht darin, die hohen Ansprüche der Wohnungssuchenden an die Qualität der Wohnung und des Wohnumfeldes mit ihrer Zahlungs- bzw. Fördermöglichkeit in Übereinstimmung zu bringen.

Handlungsansatz

Bei der Reduzierung des Wohnungsbestandes sind soziale Belange ausreichend zu berücksichtigen.

1.3 Arbeiten – Gewerbe und Wissenschaft

Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe

Dieses Entwicklungsziel richtet sich auf eine langfristige Stabilisierung der Dresdner Wirtschaftsstruktur durch eine Stärkung der inneren Potenziale.

Gegenwärtig werden in den Branchen, Strukturformen und den arbeitsmarktypischen Kennziffern unterschiedliche Entwicklungstendenzen beobachtet, welche einerseits positive Signale setzen (z. B. stagnierende Arbeitslosenquote), andererseits aber auch Probleme erkennen lassen (z. B. Wanderungsverluste aufgrund des Wirtschaftsstandortes), die langfristig gesehen zum Gefährdungspotenzial für die Stadt werden können.

Die Mittelstandsförderung spielt bei der Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe eine herausragende Rolle. Als wesentliches Instrument zur Stärkung des Mittelstandes konnte 2002 das Gewerbehofkonzept der Landeshauptstadt verabschiedet werden. Der Gewerbehof Großenhainer Straße ist ein aktuelles Projekt der Wirtschaftsförderung. Der erste Abschnitt befindet sich im Bau und soll noch 2003 fertiggestellt werden. Die Realisierung des 2. Bauabschnittes ist bis 2006 vorgesehen.

Die Gewerbesteuererinnahmen der Stadt haben sich 2002 gegenüber 2001 verringert⁵. Auch die Investitionsquote und die Beschäftigtenquote⁶ verzeichnen eher eine fallende Tendenz. Im Berichtszeitraum zeigt sich, dass gegenwärtig nicht von einer Steigerung der städtischen Wirtschaftskraft ausgegangen werden kann. Ebenfalls beachtet werden sollte in diesem Zusammenhang der Indikator Zufriedenheit der Unternehmen am Standort Dresden. Lediglich 19 Prozent der Unternehmen⁷ geben an, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen am Standort Dresden in den letzten drei Jahren verbessert haben.

Die allgemeinen Tendenzen der Beschäftigtenentwicklung halten an: Während der Kreis der Erwerbsfähigen bzw. der Erwerbspersonen insgesamt relativ konstant bleibt, ist innerhalb der Gruppen eine tendenzielle Erhöhung des Anteiles der über 60-Jährigen und ein sinkender Anteil der jungen Bevölkerungsgruppen bis 30 Jahre zu verzeichnen.

Bei der Wanderungsentwicklung, die direkte Auswirkungen auf die Beschäftigtenstruktur hat, sind Probleme erkennbar. Während insgesamt ein positiver Wanderungssaldo mit steigenden Tendenzen verzeichnet wird, zeigt vor allem ein zunehmender negativer Wanderungssaldo in die alten Bundesländer, dass immer mehr Dresdner die Stadt verbindlich verlassen.

Die Auswertung der Sächsischen Wanderungsanalyse⁸ ergab, dass über ein Drittel aller Wanderungsverluste in Sachsen die Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen betrifft, rund 53 Prozent waren jünger als 30 Jahre. Von den fortgezogenen 21 bis 35-Jährigen verfügten fast 44 Prozent über die Fachschul- und Hochschulreife. Seit 1998 war die Fortzugsbereitschaft dominant und nahm weiter zu. Der Hauptgrund des Fortzuges (40 Prozent) war Arbeitsaufnahme oder Fortsetzung einer Tätigkeit am Zielort. Insgesamt waren bei 52 Prozent der Fortgezogenen Arbeitsmarktgründe ausschlaggebend. Wenn auch nicht in den Größenordnungen, so treffen diese Entwicklungen/Aussagen tendenziell auch für die Stadt Dresden selbst zu. Damit steht die Wanderungsentwicklung in direktem Zusammenhang mit dem Wirtschaftsstandort Dresden, ein Einflussfaktor, der die Einwohnerentwicklung der Stadt wesentlich mitbestimmt.

Die Entwicklung der Pendler zeigt weiter eine steigende Tendenz mit einem positiven Einpendlerüberschuss. Dabei wird deutlich, dass die Verflechtung der Stadt mit ihrem Umland zunimmt.

Die Arbeitslosenquote verringerte sich zum Ende des Jahres 2002 (15,5 Prozent) geringfügig gegenüber dem Vorjahr, was jedoch nicht als Trendaussage zu werten ist. Absolut gesehen waren im Dezember 2002 insgesamt 36 081 Arbeitslose gemeldet (1 045 Personen weniger als im Vorjahreszeitraum). Von 1996 bis 2001 nahm die Quote um 3,9 Prozentpunkte zu.

Mit der Stagnation der Arbeitslosenquote in der Stadt Dresden gegenüber steigenden Arbeitslosenzahlen in Deutschland insgesamt zeigt sich, dass sich die weltweite konjunkturelle Abkühlung aufgrund einer aktiven Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung sowie erfolgreicher Ansiedlungen und Unternehmenserweiterungen weniger stark auf den Dresdner Arbeitsmarkt niedergeschlagen hat.

Steigender Gewerbebestand (Ist 2002: 39 379) kennzeichnet eine relative Stabilisierung des Wirtschaftsstandortes insgesamt. Problematischer ist die Entwicklung

in einzelnen Wirtschaftszweigen. Negativ entwickelte sich der Gewerbebesatz 2002 gegenüber 2001 im Gastgewerbe und im Kredit- und Versicherungsgewerbe.

Vom Hochwasser 2002 waren in Dresden insgesamt 3 529 Unternehmen, vor allem kleinere Unternehmen wie Gaststätten, Handwerker- und Handelsbetriebe, betroffen⁹. Der Gesamtschaden belief sich auf ca. 300 Mio. Euro. 22 000 Arbeitsplätze waren betroffen. Dank vielfältiger Unterstützungsleistungen konnten die Schäden größtenteils beseitigt werden. Unternehmensaufgaben bzw. Insolvenzen aufgrund des Hochwassers sind bisher nicht bekannt.

Bewertung →

Die insgesamt sehr unterschiedlichen Entwicklungsansätze machen eine eindeutige Bewertung zur Zielerfüllung nicht möglich. Unter diesen Bedingungen kann nicht von einer generellen Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe ausgegangen werden. Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt ist trotz vieler positiver Ansätze noch extrem störanfällig.

Handlungsansätze

Kontinuierliche Fortführung der profilbestimmenden Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung (u. a. Ankauf von Flächen, Flächenmobilisierung, Flächenmanagement)

Aktive Gewerbeflächenpolitik aller Geschäftsbereiche zur Ansiedlung und zur Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen

Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Dresdens im internationalen Vergleich

Dieses allgemeine Entwicklungsziel hat eine übergeordnete Funktion. Die Zielerreichung lässt sich schwer quantifizieren, da die Umsetzung in allen sektoralen und teilsräumlichen Bereichen ihren Niederschlag findet, beispielsweise bei der Infrastrukturentwicklung (technische und soziale), der Arbeitsplatzentwicklung, bei der weiteren wirtschaftlichen Profilierung

der Stadt und dem Ansiedlungsgeschehen, im Tourismus, aber auch mit der Erhöhung der Wohnattraktivität, etc.

Im Städtevergleich zeigt sich, dass sich die Stadt Dresden im Positiven bei verschiedenen Kategorien von den ostdeutschen Städten abhebt: Bevölkerungswachstum, Arbeitslosenquote, Gewerbebestand, Bautätigkeit, etc. Bezüglich westdeutscher Großstädte zeigen sich jedoch strukturelle Unterschiede/Defizite, welche vor allem im Bereich Wirtschaft und Arbeitsmarkt deutlich werden: u. a. Anzahl Arbeitslose, Umsätze in den Wirtschaftsabteilungen, Exportquote.

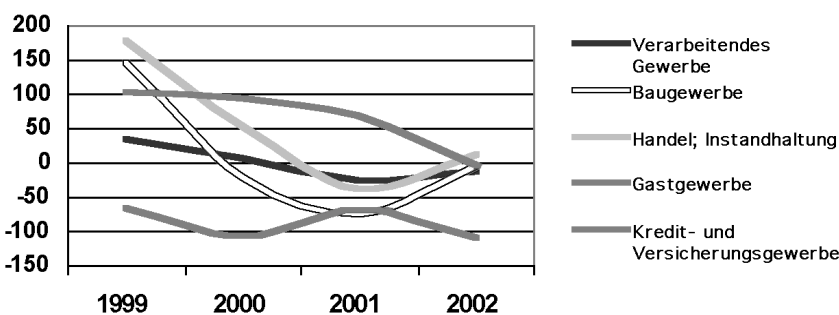
Die Infrastrukturentwicklung ist eine wichtige tragende Säule der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit. Flughafen-, Autobahn- und Bahnanbindung wurden und werden weiter ausgebaut, womit eine bessere Erreichbarkeit der Stadt im deutschen und internationalen Städteverbund gegeben ist. Auch im stadtinternen Infrastrukturnetz wurden in den vergangenen Jahren wesentliche Investitionen getätigt (z. B. Bramschunnel, vgl. Teil A, Verkehr), weitere sind planerisch vorbereitet. Das Hochwasser 2002 hat vor allem im Infrastrukturnetz erhebliche Schäden verursacht. Kurzfristig steht die Aufgabe der Beseitigung dieser Schäden an erster Stelle.

Für die Wettbewerbsfähigkeit ist die Außenwirksamkeit der Stadt von Bedeutung, wozu Werbekampagnen und auch die Teilnahme an Messen etc. zählen. Eine Aktivität der Stadt war beispielsweise die Teilnahme an der EXPO REAL in München 2002. Auch der Ausbau der Städtepartnerschaften spielt bei der Wettbewerbsfähigkeit eine aktive Rolle. Enge Kontakte gab und gibt es in die osteuropäischen Städte, wie Breslau, Ostrava, St. Petersburg. Mit diesen Städten hat ein intensiver Austausch stattgefunden. Im Rahmen der Euroregion Elbe/Labe soll außerdem die Zusammenarbeit mit der Stadt Aussig ausgeweitet werden. Diese Kontakte sind gerade auch unter dem Blickwinkel der Chancen der Osterweiterung für die Stadt Dresden von Bedeutung.

Die Zusammenarbeit mit ausländischen Kommunen/Partnerstädten erfolgt entsprechend bestimmten Schwerpunktaufgaben der Wirtschaftsförderung, beispielsweise mit Karlsruhe und Straßbourg anlässlich der jährlichen Veranstaltung der „Nanofair“, die abwechselnd in einer der Partnerstädte durchgeführt wird oder mit der Eröffnung des gemeinsamen „Dresdner Büros der Sächsischen Wirtschaft“ in St. Petersburg zur Zusammenarbeit mit Russland.

Die Erschließung, Nutzung und Integration der in Dresden vorhandenen und sich entwickelnden Potenziale von Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur bieten neuartige Möglichkeiten für einen Wachstums-

Entwicklung des Gewerbebesatzes in ausgewählten Wirtschaftszweigen (Saldo aus An- und Abmeldungen)





markt, auch in der internationalen Reise- und Tourismusbranche (Wachstumsmärkte Amerika, China, Japan u. a.).

Die Beteiligung Dresdens an der Werbegemeinschaft „Seven Stars of Central Europe“ mit Prag, Salzburg, Budapest, Berlin, Wien und München soll mehr amerikanische Investoren nach Dresden holen.

Das Hochwasser 2002 hatte für die Wettbewerbssituation Dresdens Probleme mitgebracht. Zum Berichtszeitraum kann jedoch davon ausgegangen werden, dass langfristig in diesem Zusammenhang keine Verschlechterung eingetreten ist.

Bewertung

Das Entwicklungsziel der Verbesserung der Wettbewerbssituation wird weiterhin eine große Rolle spielen. Die durchgeführten Maßnahmen stellen positive Ansätze dar.

Handlungsansatz

Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit muss in vielen Bereichen Niederschlag finden. Die ausreichende Bereitstellung von gewerblichen Bauflächen ist genauso wichtig wie z. B. die bedarfsgerechte Sicherung von Einrichtungen für die Kinderbetreuung. Wettbewerbsvorteile sind rechtzeitig zu erkennen und entsprechend auszubauen. Einen aktiven Beitrag kann die Stadt auf vielen Gebieten leisten (u. a. Teilnahme an Messen/ Kongressen, aktive Wirtschaftsförderung, Beratungsleistungen für Unternehmen, Förderung Unternehmensnetzwerke über die regionalen Grenzen hinaus).

Entwicklung der Wirtschaftsregion Dresden

Eines der grundlegenden übergeordneten Ziele der Stadt ist die Etablierung des Wirtschaftsraumes Dresden. Im Zeitalter der Globalisierung und unter neuen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen spielen administrative Grenzen bei der Wirtschaftsförderung und Profilierung der Standorte keine Rolle mehr, können sich im Gegenteil als Entwicklungshemmnisse herausstellen.

Mit dem Ziel der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des gemeinsamen Wirtschaftsstandortes Dresden beschlossen im Januar 2003 die Stadt Dresden und weitere 14 Gemeinden die Bildung der „Region Dresden“. Sprecher ist der Oberbürgermeister der Stadt Pirna, sein Vertreter der Oberbürgermeister der Stadt Dresden. Als nächste Aufgabenfelder stehen unter anderem:

- Erarbeitung eines gemeinsamen Regionalen Entwicklungskonzeptes (Beginn 2003)
- Wanderwegekonzeption (Bestandserfassung abgeschlossen; Defizitanalyse in Arbeit)

- Gemeinsame Vermarktungsaktivitäten (z. B. Internetauftritt, in Vorbereitung).

Durch die Etablierung der Region ist es gelungen, eine kooperative Arbeitsplattform zu schaffen. Wesentliche Zielstellung wird die gemeinsame Vermarktung der Region nach außen sein, wodurch positive Auswirkungen auf die wirtschaftliche und touristische Entwicklung erwartet werden. Aber auch interne Themen der Region, wie zum Beispiel gemeinsame Infrastrukturplanungen, werden unter dem Blickwinkel der Kostenoptimierung und einer maximalen Gewinnabschöpfung im Interesse der Einwohner eine Rolle spielen.

Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung erfolgt außerdem schwerpunktmäßig in den für Dresden definierten Kompetenzfeldern mit verschiedenen regionalen Partnern/Kommunen, z. B. auf den Gebieten der Mikroelektronik/ Neue Werkstoffe mit der Region Freiberg; Nanotechnologie/Neue Werkstoffe mit den Partnerstädten Karlsruhe und Straßbourg.

Die Bereitstellung gewerblicher Flächenpotenziale an geeigneten Standorten stellte sich aufgrund zusammenhängender Nutzungsbeschränkungen in der Vergangenheit als Problem heraus. Mit dem Ziel des Erhalts landschaftlicher Potenziale wurde nach weiteren Lösungsansätzen gesucht, die der bestehenden Flächennachfrage gerecht werden.

Bei einer umfangreichen Untersuchung von zusätzlichen geeigneten gewerblichen Bauflächen wurden Flächenpotenziale im Stadtrandgebiet Dresden gefunden, die aber aufgrund des Flächenumfangs und der erforderlichen Entwicklungsmaßnahmen nicht die Kriterien der Wirtschaftlichkeit erfüllt hätten. Bei Mitbetrachtung angrenzender Flächen über die Stadtgrenze hinaus bot sich die Entwicklung von interkommunalen Gewerbegebieten an den Standorten Sporitz/Heidenau (Beschlussfassung für gemeinsame Interessenerklärung in Vorbereitung, verwaltungsinterne Arbeitsgruppe gegründet), Wilschdorf/Boxdorf (Voruntersuchung zur Verkehrerschließung, Niederschlagswasserentsorgung) und Weixdorf/Hermsdorf (Sondierungsgespräche) an. Das grundsätzliche Interesse an der gemeinsamen Entwicklung der Standorte wurde bekundet.

Bewertung

Mit den aufgezeigten Aktivitäten sind wesentliche Schritte zur Entwicklung der Wirtschaftsregion begonnen worden, die es gilt fortzuführen und erfolgreich abzuschließen.

Nutzung und Ausbau der Potenziale der Wirtschaftsstruktur

Produzierendes Gewerbe und produktionsnahe Dienstleistungen prägen das Profil des Wirtschaftsstandortes Dresden. Als Wirtschaftszweig verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe im Zeitraum 1999 bis 2001 die größten relativen Wachstumsraten. Die Anzahl der Beschäftigten konnte um zwölf Prozent gesteigert werden. Die Umsatzsteigerung betrug 32 Prozent¹⁰. Eine positive Beschäftigtenentwicklung vollzog sich ebenfalls bei den Dienstleistungen. Demgegenüber gab es weitere Beschäftigtenverluste im Baugewerbe, der Land- und Forstwirtschaft, der Öffentlichen Verwaltung und im Wirtschaftszweig Handel.

Die Strategie der Wirtschaftsförderung ist nach Kompetenzfeldern ausgerichtet:

- Mikroelektronik, Informations-, und Kommunikationstechnik (ME, IuK),
- Neue Werkstoffe (und Technologien-Nanotechnologie u. a. für ME)
- Biotechnologie,
- Maschinen- Anlagenbau, Fahrzeugtechnik (Wertschöpfungskette ME),
- Tourismus.

Die in Dresden bereits existierenden Potenziale von Wirtschaft und Wissenschaft werden an den Schnittstellen der Kompetenzfelder über bisherige Disziplinengrenzen hinaus entwickelt und fördern die zu erwartenden Synergien.

Dresden wird als ME-Cluster (MEC) dieser Zukunftstechnologie wahrgenommen und soll bis 2015 zum größten MEC Europas entwickelt werden.

Bei der Profilierung des Wirtschaftsstandortes auf innovative und Zukunftstechnologien, wie beispielsweise die „Mikroelektronik/Informations- und Kommunikationstechniken“, wurden im Berichtszeitraum weitere richtungsweisende Akzente gesetzt.

- Im März 2002 wurde das neue Gebäude des Max-Planck-Instituts für Molekulare Zellbiologie und Genetik als Kristallisationskern für Biopolis Dresden am Standort Pfotenhauer Straße in Dresden Johannstadt eingeweiht.
- Der Bau des Bioinnovationszentrums Dresden (BioZ) begann im August 2002 und soll bis Ende 2003 fertiggestellt werden. Am Standort Dresden Johannstadt werden somit unter einem Dach Bioinnovationsfirmen und Lehrstühle der TU Dresden untergebracht.
- In Dresden Klotzsche befindet sich das Maskenzentrum, das neue Forschungs- und Fertigungszentrum für Mikroelektronik-Masken, im Bau. Bereits in der zweiten Jahreshälfte 2003 soll die Pilotproduktion aufgenommen werden.

Eine Studie zum Status Quo und den Potenzialen des Mikroelektronikstandortes

Dresden 2002¹¹, welche im Auftrag der Landeshauptstadt erarbeitet wurde, belegt unter anderem die kontinuierliche Durchdringung aller Produktionsbereiche mit Mikroelektronik. Gegenüber 1999 stieg allein die Zahl der im Mikroelektronik- und IuK-Bereich erfassten Unternehmen von 476 auf insgesamt 765.

Im Vergleich zu anderen Biotechnologie-Clustern in Deutschland ist die Zahl der Biotechnologieunternehmen im Freistaat Sachsen noch relativ gering. Durch eine Vielzahl von Unternehmensgründungen seit Beginn der Biotechnologie-Offensive Sachsen ist die Region im bundesweiten Vergleich von Platz 11 auf Platz 8 aufgerückt¹².

Bewertung ➤

Sehr gute Entwicklungsansätze sind vorhanden. Die Position im Städtewettbewerb konnte verbessert werden.

Handlungsansatz

Profilierungsgerechte Flächenmobilisierung

Dienstleistungsmetropole Dresden

Gemessen an der sektoralen Zugehörigkeit der Erwerbstätigen ist der überwiegende Teil der Erwerbstätigen (79 Prozent) mit steigender Tendenz im Dienstleistungssektor beschäftigt.

Wichtige dienstleistungsbezogene Wirtschaftszweige sind der Tourismus, Tagungen und Kongresse. Die Stadt Dresden konnte in den vergangenen Jahren mit Ausnahme des vergangenen Jahres 2002 Steigerungen in fast allen tourismusrelevanten Kategorien erzielen. Im vergangenen Jahr waren aufgrund der Hochwasserkatastrophe erhebliche Einbußen zu verzeichnen. Ca. 3 000 Hotelbetten waren vorübergehend nicht nutzbar. Folgeschäden an den touristischen Einrichtungen und ausgefallene Veranstaltungen (z. B. Stadtfest) wirkten sich negativ auf die Einnahmen der Branche aus.

Im Bau befindet sich gegenwärtig das neue Kongresszentrum der LHD an der Neuen Terrasse. Die Fertigstellung ist im April 2004 vorgesehen. Im Sommer 2004 soll auch die Rekonstruktion des Erlweinspeichers als Kongresshotel abgeschlossen sein. Mit der Fertigstellung des Komplexes wird die Stadt einen wesentlichen Baustein für ihre Profilierung als Dienstleistungsmetropole geschaffen haben.

Bewertung ➤

Entwicklungsansätze sind vorhanden, jedoch kann sich die Stadt noch nicht mit wirklichen Dienstleistungsmetropolen auf deutschem oder internationalem Raum vergleichen. Ein Vergleich der jährlichen

Bürovermietungsvolumen¹³ zwischen den Städten macht die Unterschiede deutlich, die insgesamt in stärkeren Wirtschaftsstrukturen begründet sind. Vermietungsvolumen 2001¹⁴:

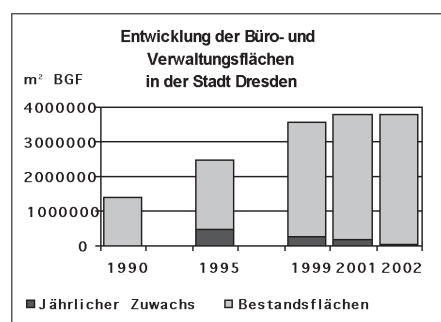
■ Dresden	57 000 m ²
■ Düsseldorf	321 000 m ²
■ Berlin	430 000 m ²
■ Hamburg	410 000 m ²
■ Stuttgart	179 000 m ²
■ München	638 000 m ²

Auch in der Bürobeschäftigtenstruktur¹⁵ sind wesentliche Unterschiede erkennbar: Während der Anteil der Bürobeschäftigten in den Verwaltungsberufen zwischen den ost- und westdeutschen Städten etwa gleich ist (zwischen 40 und 45 Prozent), hat Dresden einen wesentlich geringeren Anteil in den Finanzierungs- und Beratungsberufen. Hier werden beispielsweise wirtschaftsstrukturelle Defizite bei den Finanzdienstleistungen deutlich, welche ursächlich auch vom stattfindenden Globalisierungsprozess im Bank-, Kredit- und Versicherungsgewerbe beeinflusst werden.

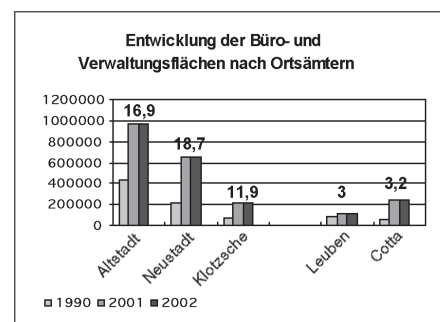
Handlungsansatz

Die Entwicklung der Dienstleistungen korreliert mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt insgesamt. Maßnahmen der Profilierung der Wirtschaftsstruktur, der Sicherung von Arbeitsplätzen etc. tragen auch zu einer Stärkung der Dienstleistungsstruktur bei. Die Förderung der Dienstleistungen sollte aber auch als eigenständiger Beitrag der Wirtschaftsförderung mehr Beachtung finden.

Qualitative Aufwertung des Büroflächenmarktes



Seit 1990 ist ein kontinuierlicher Anstieg der Büroflächen in der Stadt zu verzeichnen. Während bis Mitte der 90er Jahre Spitzenwerte von ca. 400 000 m² BGF bei den jährlich neu geschaffenen Büro- und Verwaltungsflächen erreicht wurden, ist seit 1997 aufgrund des großen Büroflächenüberhangs ein Rückgang des jährlichen Zuwachses zu beobachten. 2002 wurde mit einem Wert von ca. 15 000 m² BGF ein Tiefpunkt im Neubaugeschehen erreicht. Die Gesamtgröße des Büroflächen-



bestandes in der Stadt Dresden beträgt Ende 2002 ca. 3,8 Mio. m² BGF.

Die Innenstadt als Teil der Ortsämter Altstadt und Neustadt weist die höchste Konzentration an Büroflächen auf. Auch die eher zurückhaltende Bautätigkeit der vergangenen drei Jahre bezog sich überwiegend auf diesen Bereich.

In Ortsämtern wie Leuben und Cotta kam die reine Flächenentwicklung in den zurückliegenden Jahren zum Stillstand.

Bei einer Leerstandsquote von ca. zehn Prozent steht nicht die flächenseitige, sondern die qualitative Entwicklung des Büromarktes weiter im Vordergrund. Die generell sehr verhaltene Bautätigkeit in den Jahren 1999 bis 2002 korrespondiert mit dieser Zielstellung. Den qualitativen Aspekten wird diese Entwicklung unter anderem dahingehend gerecht, dass bei der Standortwahl die Innenstadt eine große Rolle spielt. So wurden fast die Hälfte der im Jahr 2002 fertiggestellten Büroflächen (40 Prozent) in der Innenstadt realisiert.

Der Büroflächenumsatz¹⁶ verringert sich seit Mitte der 90er Jahre kontinuierlich: 95 000 (1996), 65 000 (1998), 78 000 (2000), 57 000 (2001)¹⁷. Im Jahr 2002 wurde ein Stand von 56 200 m² erreicht¹⁸, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Hochwasserkatastrophe Mitte des Jahres einen eher stagnierenden Einfluss auf Neuvermietungen hatte. Die Mehrheit der Neuvermietungen wurde durch bereits ansässige Unternehmen getätigt.

Bewertung ➤

Eine sichtbare qualitative Veränderung auf dem Büroflächenmarkt bzw. ein grundsätzlicher Wandel ist insgesamt nicht zu verzeichnen. Vor allem in der Innenstadt als attraktivster Bürostandort brachten die Bauvorhaben der letzten Jahre kaum qualitative Veränderungen bezüglich der Büroflächen. Noch immer gibt es Büroflächenüberhang. Weitere Bauvorhaben in der Innenstadt verzögern sich, darunter solche für den Büroflächenmarkt und die Attraktivität der Stadt wichtigen Standorte wie der Wiener und der Georgplatz, der Altmarkt und der Postplatz. Ein positiver Entwicklungsschub, der in hohem Maße auch durch die Stadt befördert wird, ist gegenwärtig nur auf dem Neumarkt sichtbar.

Umsetzung einer aktiven Gewerbeflächenpolitik Ansiedlung vorrangig an stadträumlich integrierten Standorten

Zentrales Thema ist die Sicherung ausreichender und der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechender Gewerbeflächen. Die kommunale Umsetzung dieser Zielstellung erfolgt direkt mit der Entwicklung kommunaler Gewerbegebiete. Der erste Teil des größten kommunalen Gewerbegebietes Coschütz/Gittersee ist fast vollständig vermarktet. Der zweite Teil geht jetzt in die Umsetzung.

Die zukünftige Flächenvorsorge ist Bestandteil der Stadtentwicklungsplanung. Nachdem die Grundlagenanalyse (Defizitanalyse, Flächenprognose, Brachflächenanalyse) 2001 abgeschlossen wurde, konnten Entwicklungspotenziale und deren Prioritäten der Aktivierung im Rahmen des INSEK aufgezeigt werden. Bis zur Vorlage des Feinkonzeptes Gewerbe Ende 2003 wird das Thema der Flächenbereitstellung weiterhin aktiv bearbeitet. Bausteine sind dabei die Entwicklung interkommunaler Gewerbegebiete zwischen der Stadt Dresden und verschiedenen Nachbarkommunen, eine weitere Vertiefung der Gewerbeflächenuntersuchung in der Region (Großraum) und die Untersuchung von zusätzlichen Flächenpotenzialen (u. a. im Nordraum) auf ihre Eignung und wirtschaftliche Tragfähigkeit.

Die Ergebnisse werden in die Erarbeitung des neuen Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt (Aufstellungsbeschluss Stadtrat Nr. 3877-90-1999) einfließen und umgesetzt. Im Jahr 2001 hatte der Stadtrat den Oberbürgermeister zusätzlich beauftragt, den Flächennutzungsplan mit dem Ziel der Darstellung zusätzlicher Gewerbeflächen zu überarbeiten. Aus diesem Grund wurden 2002 in einem ersten Schritt 11 Standorte mit insgesamt 57 ha für eine Darstellung als gewerbliche Baufläche vorgeschlagen.

Das Ziel, innerstädtische Brachen einer sinnvollen Nutzung zuzuführen und gleichzeitig eine Neuinanspruchnahme nicht integrierter Flächen zu minimieren, wird durch die Stadt vorrangig verfolgt. Mit dem Gewerbehofkonzept werden Industriebrachen reaktiviert (Großenhainer Straße, Spenerstraße). Das Bahnflächenkonzept ist ein weiteres Beispiel für die Nutzbarmachung innerstädtischer Brachen, wobei es dabei neben der Schaffung gewerblicher Bauflächen auch um andere attraktive Nutzungen in Abhängigkeit vom Standort und den städtebaulichen Zielen geht. Bis Juli 2003 wird die Bestandsanalyse abgeschlossen werden. Die weitere Bearbeitung/Aktivierung der wichtigsten ausgewählten Standorte erfolgt in enger Zusam-

menarbeit mit den Eigentümern und weiteren Partnern der Wirtschaftsförderung.

Bewertung

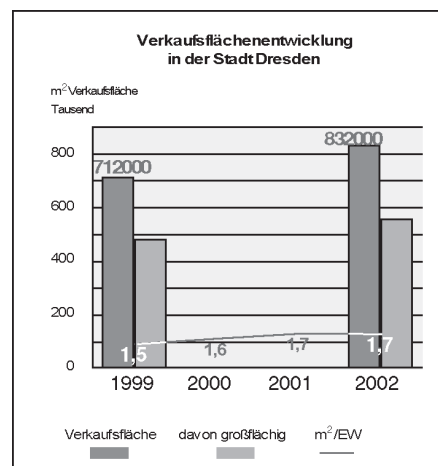
Die bedarfs- und angebotsbezogene Gewerbeflächenbereitstellung ist eine grundlegende Voraussetzung für eine prosperierende Wirtschaftsentwicklung. Während für einen Großteil der Nachfrage Flächen angeboten werden, bestehen Defizite vor allem im Segment der Großansiedlungen, die es gilt auszugleichen. Die Schaffung des entsprechenden Planungsvorlaufs ist erforderlich.

Handlungsansatz

Fertigstellung des Feinkonzeptes Gewerbe

1.4 Zentren

Ausbau der zentralörtlichen Funktion als Oberzentrum und Landeshauptstadt



Das Einkaufsangebot ist neben weiteren überörtlichen Einrichtungen (Kultur, Freizeit, etc.) ein wesentlicher Gradmesser für die zentralörtliche Entwicklung einer Stadt. Mit Blick auf den Berichtszeitraum ist festzustellen, dass sich die Verkaufsflächenausstattung von 1,5 m²/EW in 1999 auf 1,7 m²/EW Ende 2002 weiter erhöhte¹⁹. Die Kaufkraft je Einwohner beträgt 4 692 Euro (Bundesdurchschnitt 5 212 Euro/EW)²⁰. Die Einzelhandelszentralität liegt bei 111,4 und damit im Durchschnitt der Großstädte der neuen Länder.

Die Anzahl von Besuchern der Stadt ist im positiven Trend (steigend), was beispielsweise aus der Entwicklung der Übernachtungsgäste und der Frequenzen in den Einkaufsstrassen der Innenstadt ablesbar ist.

Unterbrochen wurden diese guten Entwicklungsansätze durch das Hochwasser 2002. Zurückgehende Übernachtungsgäste, Verkaufsflächenleerstände, Umsatz-

einbußen, etc. wurden in diesem Jahr verzeichnet. Aufgrund vielfältiger Aufbaumaßnahmen ist jedoch davon auszugehen, dass langfristig eine Gefährdung des Entwicklungszieles nicht gegeben ist.

Bewertung

Die Stadt Dresden wird zunehmend ihrer Bedeutung als Oberzentrum und Landeshauptstadt gerecht. Beim Vergleich der Kennziffern mit anderen deutschen Großstädten sind jedoch weiterhin Defizite vorhanden. So liegt der Zentralitätswert von 111,4 im Vergleich mit ostdeutschen Großstädten relativ weit oben (Leipzig 106,7), er ist jedoch gegenüber westdeutschen Städten wesentlich niedriger (Nürnberg 143,2; Hannover 136,8).

Handlungsansatz

An einer weiteren Stärkung der zentralörtlichen Funktion der Landeshauptstadt Dresden muss festgehalten werden.

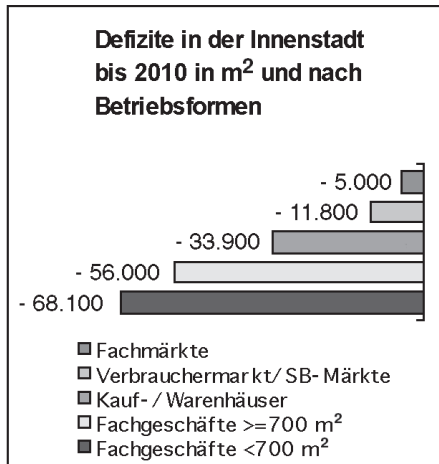
Prioritäre Entwicklung des Stadtzentrums

Der Anteil der innerstädtischen Verkaufsflächen an den Verkaufsflächen gesamt betrug Ende 2002 21 Prozent. Damit wurde ein leichter gesamtstädtischer Bedeutungsgewinn der Innenstadt gegenüber der Vorjahre verzeichnet.

Alle Kräfte sind derzeit auf die Förderung der Entwicklung der Innenstadt gerichtet. Mit dem Bau des Kongresszentrums erfolgt gegenwärtig eine wichtige funktionale Abrundung, die Bebauung des Neumarktes hat begonnen und wird einen städtebaulichen und identitätsprägenden Akzent setzen, welcher sich positiv auf das innerstädtische Qualitätsniveau auswirken wird. Weitere Vorhaben haben einen fortgeschrittenen Planungsstand: Altmarkt (Bebauung, Platzgestaltung, Parkplätze), Wiener Platz.

Auch das Einzelhandelsangebot verbesserte sich und trug zu einer Erhöhung der Attraktivität der Innenstadt bei. Besondere Bedeutung hatte die Eröffnung der Altmarkt-Galerie. Die Innenstadt wurde damit um hochwertige, attraktive Angebote bereichert, die die Ausstrahlung der LHD über die Grenzen hinaus verbesserte. Die Funktionalität der Innenstadt verbesserte sich aufgrund neuer Lagebeziehungen und einer veränderten Schwerpunktsetzung (Entwicklung neuer Schwerpunkt Altmarkt). Gleichzeitig verursachte das Hochwasser eine Verschlechterung der Standortlage Prager Straße/Wiener Platz (anfänglich Leerstände, später nachziehende schleppende Neubelegung mit qualitativen Abstrichen).

Die Einkaufslagen Wilsdruffer Straße und Postplatz wurden besser an die Innenstadt angebunden. Mit dieser Entwicklung korrespondiert auch die Sanierung/Rekonstruktion der Wilsdruffer Straße „Quartier M“.



Bei der Entwicklung der Neustädter Seite des Stadtzentrums brachten die Baumaßnahmen im öffentlichen Raum, die Sanierung der Geschäfts- und Wohnzeilen vorübergehend Einbußen. Besonders problematisch stellt sich die Neustädter Markthalle dar. Langfristig ist jedoch mit einer Steigerung der Attraktivität des Neustädter Teiles des Stadtzentrums zu rechnen, worauf Neueröffnungen wie die Handwerkerpassagen hindeuten.

Bewertung

Trotz positiver Impulse verzeichnet die Innenstadt noch erhebliche Defizite in ihrer räumlichen und funktionalen Entwicklung. Gegenüber dem gesamtstädtischen Zentrenkonzept (Planungshorizont 2010) fehlen noch ca. 150 000 m² Verkaufsflächen, auf die Betriebsformen bezogen vor allem bei den Fachgeschäften.

Handlungsansatz

Die Entwicklung des Bereiches Wiener Platz/Prager Straße ist für die Innenstadt von ausschlaggebender Bedeutung und muss unterstützt werden. An erster Stelle steht die Entwicklung des Wiener Platzes. Nach wie vor besteht starker Druck auf eine Gegenentwicklung, d. h. Ansiedlungs-/Erweiterungsbestreben auf der Grünen Wiese. Entsprechende Fehlentscheidungen müssen vermieden werden.

Stärkung der funktionalen Vielfältigkeit der Zentren

Der Anspruch an die funktionelle Vielfältigkeit bezieht sich auf das Angebot an Versorgungseinrichtungen (Grundversorgung, mittel- und langfristige Bedarfsgüter), Gastronomie- und Dienstleistungs-

betriebe (u. a. Banken, Post, Reisebüros, Friseur, Versicherungen, Rechtsanwälte, Steuerberater,...), öffentliche Verwaltungen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen (u. a. Kino, Fitness, Bücherei, Begegnungsräume, Hotel, Theater, Museum, ...) sowie das Angebot an öffentlichen Räumen und Treffpunkten. Je bedeutender das Zentrum, umso höher der Bedarf und der Anspruch an diese Einrichtungen.

In der Innenstadt trug die Altmarkt-Galerie mit ihrem Angebot an Einzelhandel, Dienstleistungen und Gastronomie zur Bereicherung des Stadtzentrums bei. Auch die Eröffnung gastronomischer Einrichtungen am Altmarkt, der Weißen Gasse und am Postplatz sowie neue Freizeiteinrichtungen (wie z. B. das neue Fitnesszentrum im Quartier M oder die Diskothek Mellys im Robotrongelände) trugen zu einer Verbesserung des vielfältigen Angebotes der Innenstadt bei.

Die Situation und Entwicklung in den Nebenzentren (Ortsteil- und wohnnahe Zentren) ist nicht gleichermaßen positiv einzuschätzen wie in der Innenstadt. In einigen Zentren verbesserte sich die Angebotsstruktur durch Bauvorhaben augenscheinlich (Borsbergstraße: Parkflächen, öffentlicher Raum/Aufenthaltsqualität; Alt-leuben: Grundversorgung, Sparkasse, Parkplatz; ODC/Reicker Straße: EKZ, Fitness, Gastronomie, Dienstleistungen; Prohlis: EKZ, Dienstleistungen, Gastronomie, Ortsamt; Schillerplatz: EKZ, Dienstleistungen, Gastronomie, Parken). Auch kleinere Bewegungen der Angebotsstruktur durch Betreiberwechsel oder Neubelegung von Leerstandsflächen haben teilweise zur, wenn auch geringfügigen, Stärkung der Zentren beigetragen. Im überwiegenden Teil der Zentren ist hingegen keine Entwicklung zu verzeichnen gewesen.

Der Einsatz von vier Zentrenmanagerinnen durch die Stadt seit April 2003 soll unter anderem dazu beitragen, die Struktur der Zentren weiter zu festigen.

Bewertung

Insgesamt ist die Integration zusätzlicher Funktionen in den Zentren ein schwieriger Prozess. Dabei spielen einmal gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge sowie die Abhängigkeit von privatwirtschaftlichen Entscheidungen eine Rolle, weil eine Investition im Zentrum oft nicht die wirtschaftlich günstigste Lösung ist, und auch die sich verschlechternde Haushaltssituation der Kommune, wodurch Aufgabenfelder immer weiter eingeschränkt werden (Beispiel Schließung Bibliotheken 2003, unter anderem im wohnnahen Zentrum Zschertnitz) bzw. geplante Investitionen entfallen müssen (z. B. Technisches Rathaus am Georgplatz).

Handlungsansatz

Tendenziell ist keine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation zu erwarten, weshalb gerade auch die Kommune bei beeinflussbaren Ansiedlungs- bzw. Verlagerungsentscheidungen das o. g. Entwicklungsziel im Auge behalten muss (Umsetzung über kommunalpolitische Entscheidungen, Unterstützung durch öffentliche Förderung und Bauleitplanung).

Sicherung und Entwicklung einer hierarchischen Zentrenstruktur

Stadtzentrum

Ist-Stand: Altmarkt-Galerie, Quartier M, Geschäftsgebäude MK 3 und Tiefgarage Wiener Platz fertiggestellt, Bürogebäude MK 4 im Bau; Beginn Neumarkt-Bebauung, Baubeginn Prager Straße/West und Sanierung Quartier II/Wilsdruffer Straße; wichtige in der Realisierung offene Planvorhaben: Wiener Platz, Altmarkt, Postplatz, Georgplatz

Wertung: positive Schritte zur Stärkung Stadtzentrum

Ortsteilzentren

Ist-Stand: Wohn- und Pflegestift „Am Blauen Wunder“ im OTZ Schillerplatz im Bau; Fertigstellung Schiller-Galerie 2000, Realisierung Neugestaltung öffentlicher Raum (Parkierung) an der Borsbergstraße, keine Neubauvorhaben in allen anderen OTZ; weiterhin Defizite in den OTZ: Kesselsdorfer Str. Leipziger-/Oschatzer Str., Alt-leuben, Alt-plauen, Königsbrücker Landstraße

Wertung: kaum Entwicklung

Die wohnnahen Zentren

Ist-Stand: Österreicher Straße: Beseitigung Hochwasserschäden; Putzatinplatz: Beseitigung Hochwasserschäden, Realisierung Straßenrandgestaltung, Parkierung; Paradiesstraße: Verringerung Leerstandsflächen; Marktplatz Klotzsche: neue Versorgungseinrichtungen

Wertung: keine Entwicklung in den übrigen 16 wohnnahen Zentren

Komplexe Handelsstandorte

Ist-Stand: Realisierung 2001 Globus Bau- und Gartenmarkt in Rähnitz (15 000 m² VK), Realisierung 2002 Hornbach/Dohnaer Straße, Schaffung Genehmigungsreife 2002 für Porta Möbelmarkt in Rähnitz (40 000 m² VK), Zustimmung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau 2003 zur Durchführung Änderungsverfahren Erweiterung Möbel Walther von 28 000 m² auf 40 000 m² VK, Zustimmung Stadtrat zum VB-Plan 2002 Straßenbahnhof Naußlitz (5 000 m² VK), Rechtskraft VB-Plan für Erweiterung Seidnitz-Center 3 000 m²

Wertung: Anhaltender Druck auf den Um- und Ausbau der Komplexen Handelsstandorte. Damit werden die Ziele der Stadtentwicklung schrittweise, aber kontinuierlich unterlaufen.

**Bewertung** ↘

Die Entwicklungen in den einzelnen Zentrenkategorien lassen eine Umkehr der disproportionalen Entwicklung nicht erkennen. Den Erfolgen in der Entwicklung des Stadtzentrums steht eine weitere Stärkung nichtintegrierter Standorte entgegen.

Handlungsansatz

Die konsequente Durchsetzung des räumlichen Entwicklungsmodells für die Zentren ist und bleibt aktuelles und brisantes Thema der Stadtentwicklungsplanung. Zugeständnisse gegenüber Investoren werden immer wieder unter dem Deckmantel der scheinbaren Abschätzung von Zentrenrelevanz gemacht, ohne die tatsächlichen Konsequenzen realistisch abschätzen zu wollen. So scheint auch das ursprünglich nur mit einem Bau- und Gartenmarkt belegte Gewerbegebiet Rähnitz unter dem aktuellen Entwicklungsdruck in ein Fachmarktzentrum umzuschlagen. Auf die Gefahr der Entwicklung von Flächen „um jeden Preis“ ist in diesem Zusammenhang hinzuweisen, was vor allem Auswirkungen auf die Innenstadtentwicklung nach sich zieht.

Stärkung des Facheinzelhandels

Die Facheinzelhandelsläden in der Stadt Dresden verzeichnen jährlich einen Rückgang von 2 Prozent. Vor allem in Nebengebieten ist diese Betriebsform des Einzelhandels fast nicht mehr anzutreffen. Läden bleiben leer stehen oder werden handelsfremd weiter genutzt (Wohnen, Dienstleistung). Auch in den Ortsteil- und wohnnahen Zentren verschwindet der kleinflächige inhabergeführte Einzelhandel schrittweise von der Bildfläche und wird meist durch Filialgeschäfte ersetzt. Eine Überlebenschance scheint es heute nur noch in stark verdichteten Zentrenbereichen oder in Einkaufszentren mit einem einheitlichen Management zu geben. Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig, die Auswirkungen für die Stadtentwicklung gravierend.

Mit Unterstützung des Handelsverbandes Sachsen e. V. und des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit wurde im Zeitraum Oktober 2001 bis März 2003 das Projekt „Kooperatives Geschäftsmanagement für traditionelle Dresdner Einkaufsstrassen“ durchgeführt. Durch gemeinsames Handeln wurden Maßnahmen und Aktivitäten durchgeführt, die zur Erhöhung der Attraktivität und Belebung von ausgewählten Geschäftsstraßen (Borsbergstraße, Nürnberger Ei, Hauptstraße, Oschatzer Straße und Kesselsdorfer Straße) beitragen. Das Projekt wurde mit Erfolg abgeschlossen und soll nun auch unter kommunaler Federführung bei weiteren Geschäftsstraßen Anwendung finden.

Bewertung ↘

Die bereits durchgeführten Maßnahmen tragen zu einer Stärkung der ausgewählten Zentren und der dort ansässigen Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe bei. Eine grundlegende Verbesserung der Situation des Facheinzelhandels ist aufgrund weiterer kausaler Zusammenhänge noch nicht ableitbar. Das Entwicklungsziel gilt insgesamt als gefährdet.

Handlungsansatz

Aus den vielfältigen Problemen und Wechselwirkungen der mit dem Facheinzelhandel in Verbindung stehenden Entwicklungen ergibt sich die Notwendigkeit der Erarbeitung eines Konzeptes für den klein- und mittelständischen Einzelhandel. Auf der Grundlage der Analyse sollen noch in diesem Jahr Entwicklungspotenziale aufgezeigt werden.

Stärkere Beachtung der Entwicklung des Umfeldes von Zentren

Stabile Wohngebiete im Umfeld sind eine Grundvoraussetzung für die Entwicklung von Zentren, genauso wie gut entwickelte Zentren zur Stabilisierung der Wohngebiete und der Identitätsstärkung ihrer Bewohner beitragen. Diese wechselseitigen Zusammenhänge spielen vor allem in der Stadterneuerung eine Rolle und werden aktuell beispielsweise in Löbtau/Weißenhofgebiet und in der Äußeren Neustadt berücksichtigt. Hier geht es u. a. darum, die Wohngebiete im Umfeld der Zentren so attraktiv zu gestalten (Gebäudesubstanzen, Erschließung, Parkmöglichkeiten, Spielplätze etc.), dass einem Wegzug von Bewohnern und damit einem Kaufkraftverlust für die Zentren entgegengewirkt wird.

Bewertung ↗

In den genannten Stadtteilen wurde in den zurückliegenden Jahren eine kontinuierliche, wenn auch geringe Zunahme der Einwohner registriert (zwischen vier und sechs Prozent), was im Trend positiv zu beurteilen ist. Allerdings handelt es sich dabei um langfristige Prozesse, die starken Einflüssen unterliegen. Dieses Entwicklungsziel wird fachübergreifend auch in den nächsten Jahren eine wichtige Rolle spielen.

■ 1.5 Kultur-, Bildungs-, Sport-, Freizeit- und Sozialeinrichtungen**Integration hochrangiger Bildungs-, Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen**

Im Berichtszeitraum wurden zahlreiche Einrichtungen fertiggestellt (u. a. die Syn-

agoge, die Sächsische Landesbibliothek - Staats- und Universitätsbibliothek, der Neubau des Chemischen Institutes der TUD, eine geriatrische Rehabilitationsklinik in Löbtau, der Sportkomplex Pestalozzi-Gymnasium) bzw. planerisch vorbereitet (u. a. Umbau des Kulturpalastes als Konzertsaal für die Dresdner Philharmonie, Neubau einer Bibliothek für die Hochschule für Technik und Wirtschaft, Neubau eines 25m-Sportschwimmbeckens in der Schwimmhalle Freiburger Platz, Revitalisierung des Festspielhauses Hellerau). Insbesondere durch die Olympia-Vorbereitungen für 2012 sowie die Beseitigung der Schäden des Hochwassers vom August 2002 wird der historisch gewachsene Sportstandort Ostragehege in den nächsten Jahren entscheidende Veränderungen erfahren. Zur Entwicklung des Areals als Sportpark sind neben dem Umbau des Heinz-Steyer-Stadions zum Fußball- und Leichtathletikstadion folgende Vorhaben in Planung:

- Neubau einer Eissporthalle mit zwei Standard-Eisflächen und einer Ballspieltrainingshalle
- Neubau einer Mehrzweckhalle und
- Neubau eines Sportschulzentrums mit Sportmittelschule, Sportgymnasium, Sporthalle und Internat.

Im Bau sind gegenwärtig weitere Vorhaben mit überörtlicher Bedeutung (u. a. Wiederaufbau der Frauenkirche, Kongresszentrum, Kinder- und Frauenklinik/ chirurgisches Zentrum der TUD, Erweiterungsbau für Ingenieur- und Naturwissenschaften der HTW Dresden, eine Trainingshalle für den DSC im Sportpark Ostragehege).

Bewertung ↗

Während im Bildungsbereich kontinuierlich Investitionen für Vorhaben mit überörtlicher Bedeutung realisiert wurden und auch weiterhin vorgesehen sind, gelang dies in den Bereichen Kultur, Sport und Freizeit in den vergangenen Jahren nur unzureichend.

Handlungsansatz

Mit der Umsetzung der sich in Planung befindlichen Vorhaben kann jedoch in den kommenden Jahren speziell im Sportbereich ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung der zentralörtlichen Funktion Dresdens erbracht werden.

Sicherung und Entwicklung eines qualitativ hochwertigen Infrastrukturnetzes als Faktor der Lebensqualität

Trotz überdurchschnittlich hoher Ausstattung mit Plätzen in **Kindertageseinrichtungen** führte die positive Geburtenentwicklung seit 1999 dazu, dass im Krippenbereich keine ausreichenden Betreuungs-

kapazitäten zur Verfügung gestellt werden konnten. Defizitgebiete waren insbesondere Pieschen, Loschwitz, Schönfeld-Weißig, Cossebaude und Gompitz. Diese Situation wurde durch das Hochwasser verschärft, da zahlreiche Einrichtungen, insbesondere in den OÄ Pieschen, Altstadt und Blasewitz, längere Zeit nicht nutzbar waren, bzw. sogar ganz zerstört wurden.

In Nickern, Bühlau, Klotzsche, Meußlitz, Radberger Vorstadt, Coschütz/Gittersee und Gönnsdorf entstanden neue Einrichtungen für die Kindertagesbetreuung zur Versorgung neu entstandener Wohngebiete bzw. als Ersatzbauten. Drei neue Kindertageseinrichtungen können ganz bzw. zum Teil aus Hochwasserspendsen finanziert werden.

Zur Gewährleistung des Rechtsanspruches auf den Besuch eines Kindergartens für Kinder ab drei Jahre bis zum Schulanfang wurden deshalb für das Jahr 2003 Prioritäten zur bedarfsgerechten Versorgung für die Altersgruppe null bis unter drei Jahre sowie für schulpflichtige Kinder der 1. bis 4. Klasse festgelegt. Die damit festgelegten Zugangskriterien für die Tagesbetreuung von Krippen- und Hortkindern wurden mit Beschluss des Stadtrates zum Fachplan Kindertageseinrichtungen bis 2005 weitgehend aufgehoben und gelten nur noch für die Betreuung der Kinder von null bis unter zwei Jahre. Ab Schuljahresbeginn 2003/04 kann die Hortbetreuung für alle Kinder, deren Eltern es wünschen, gesichert werden, für alle Kinder ab zwei Jahre ist die Betreuung in einer Kinderkrippe möglich.

Bewertung ↗

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel erfolgte die Sicherung eines bedarfsgerechten Platzangebotes insbesondere durch Umstrukturierung von Kindertageseinrichtungen entsprechend der aktuellen Bedarfssituation und durch Ausbau der Tagespflege. Die konzeptionelle Angebotsvielfalt der Einrichtungen der Kinderbetreuung konnte durch Trägerchaftswechsel zugunsten freier Träger weiter erhöht werden. Der langfristigen Zielstellung: 60 Prozent der Einrichtungen in freier, 40 Prozent in kommunaler Trägerchaft steht gegenwärtig ein Verhältnis von 35,4 zu 64,6 Prozent gegenüber (ohne Einbeziehung der Horte 42,2 zu 57,8 Prozent).

In den vergangenen Jahren konnten nur wenige Maßnahmen zur baulichen Sicherung und Ergänzung der **Schulstandorte** mit Gebäuden und Anlagen umgesetzt werden, u. a. durch entgangene Fördermittel auf Grund verspäteter Genehmigung des städtischen Haushaltes 2002 aber auch durch veränderte Prioritätensetzung zur Hochwasserschadensbeseiti-

gung. Damit konnte der bestehende Nachholbedarf an baulich erforderlichen Maßnahmen, der in einer Größenordnung von ca. 450 Mio Euro besteht, kaum abgebaut werden. Nur ca. 50, d. h. ein Drittel aller Schulstandorte wurden bisher saniert.

Die begonnene Sanierung von zehn Schulen „Typ Dresden“, die noch dieses Jahr abgeschlossen werden soll, ist ein erster Schritt zur Verbesserung der Situation.

Die durch das Hochwasser an 45 Schulen entstandenen Schäden wurden und werden anteilig mit Fördermitteln beseitigt, für den bestätigten Schulnetzplan ergaben sich durch das Hochwasser keine Veränderungen.

Im Ergebnis der prognostizierten Schülerentwicklung, die die Grundlage der im März 2002 bestätigten Schulnetzplanung für kommunale Schulen bildet, sind 151 Standorte von Grundschulen, Mittelschulen, Gymnasien, Förderschulen und Beruflichen Schulzentren bestätigt, die künftig zur Versorgung mit Bildungsplätzen erforderlich sind.

Bewertung →

Die Schulnetzplanung ist bedarfsgerecht erfolgt. Der Sanierungsstand der Gebäude und Anlagen ist hingegen schlecht. Das Schulnetz stellt somit nur in Teilen einen Faktor der Lebensqualität dar.

Die Wirksamkeit der Leistungen im Bereich der **öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe** – Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Förderung der Erziehung in der Familie, und Hilfen zur Erziehung, Kindertagesbetreuung – ist an hinreichend dafür zur Verfügung stehende Mittel gebunden. Geringere Mittel bzw. Mittelkürzungen führten mit der Verringerung der Anzahl der Angebote bzw. ihres Umfanges auch zu qualitativen Einschränkungen. Die finanzielle Situation hat damit im gesamten Spektrum der Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe zu Einschränkungen geführt – insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, bei der Förderung der Erziehung in der Familie und der Hilfe zur Erziehung.

Im Bau befindet sich das neue Jugendhaus Prohlis als Ersatz für die Jugendeinrichtung im Stadtteilhaus Reick.

Geschlossen wurde das Kinder- und Jugendhaus „Anne Frank“. Zur Milderung der Folgen der Schließung wird ein mobiles Jugendhilfs-Angebot in Verbindung mit dem Jugendhaus Gruna eingerichtet.

Bewertung →

Die bisherige Entwicklung konnte damit nicht zur Erreichung der Zielstellung einer bedarfsgerechten Anpassung von Angeboten und Standortnetzen beitragen. Der

gesamstädtische Prozess der politischen Gewichtung von Bedarf und Zielsetzungen für den Kinder- und Jugendhilfebereich unter dem Gesichtspunkt ihrer Umsetzbarkeit kann damit vorerst nicht abgeschlossen werden.

Die facettenreiche Kulturszene der Stadt, von traditionell begründeten Kultureinrichtungen bis zu Vereinen, privaten Kunstsinstituten und Initiativen, konnte weitgehend gesichert bzw. ausgebaut werden. Auf Grund der finanziellen Situation mussten jedoch auch im kulturellen Bereich **Stadtteil- und Soziokultureinrichtungen** geschlossen werden. Die Idee der Etablierung eines Kultur- und Stadtteilzentrums im Schloss Nickern konnte nicht umgesetzt werden (Grund: Probleme bei der Umsetzung des Konzeptes, Mittelstreichung). Das Schloss ist nun zum Verkauf vorgesehen.

Insbesondere kam es darauf an, die vorhandenen Einrichtungen hinsichtlich ihrer personellen, fachlichen und finanziellen Ressourcen zu stabilisieren und die vorhandenen Angebote sinnvoll zu vernetzen. Die Kulturarbeit von und mit älteren Menschen wurde ausgebaut und ist Bestandteil einer zukunftsorientierten Seniorenpolitik.

Bewertung ↗

Die finanzielle Situation der Stadt ist für die Zielerreichung ausschlaggebend. Die nunmehr verbliebenen Stadtteil- und Soziokultureinrichtungen, sowohl kommunale als auch freie Einrichtungen, gelten als zu erhaltender Mindestbestand, der entsprechend zu fördern ist.

Seit 2002 verfügen alle **Stadtteilbibliotheken** über eine EDV-Anbindung an das Netz der Städtischen Bibliotheken. Vor allem durch das Projekt „Bibliotheksfilialen“ mit der Bertelsmann Stiftung konnte der Bestand an Medien leicht erhöht werden. Die Zusammensetzung des Medienbestandes verändert sich weiterhin in Richtung digitaler und Non-Book-Medien.

Das Sparkonzept der Bibliotheken sieht neben der Schließung von vier Zweigstellen (zwei Schulbibliotheken noch 2003 sowie zwei weitere Bibliotheksstandorte im Jahr 2004) auch qualitative Einschränkungen vor, insbesondere einen geringeren Medienbestand, weniger Veranstaltungen, Ausstellungen und Führungen sowie Zeitschriften-Abonnements. Davon ausgehend wird ein Rückgang der Entleihungen um neun Prozent erwartet.

Bei der Fahrbibliothek wurde zur Sicherung des wöchentlichen Fahrtrhythmus ein weiterer fünfter Fahrtag eingeführt, sechs wenig frequentierte Haltestellen aufgegeben und neue Haltestellen auf der Grundlage einer Stadtnetz- und Bevölkerungs-

strukturanalyse in Johannstadt, Pillnitz, Coschütz und Am Jägerpark eingerichtet.

Bewertung ↗

Bei der Ausstattung mit Stadtteilbibliotheken hebt sich die Stadt im Städtevergleich positiv hervor. Im Berichtszeitraum konnte die Optimierung des Bibliothekssystems fortgeführt werden. Die Entleihungszahlen lagen 2002 drei Prozent über denen des Vorjahres. Allerdings wird die finanzielle Situation der Stadt in den nächsten Jahren auch in diesem Bereich zu Einschränkungen führen.

Die Kapazitäten in der vollstationären **Altenpflege** erhöhten sich in den vergangenen Jahren insgesamt um über 25 Prozent, wobei mit der Sanierung vorhandener Einrichtungen deren Kapazitäten insbesondere durch den Abbau von Überbelegungen bis zu 50 Prozent reduziert wurden. Die Zahl der Einrichtungen verdoppelte sich. Damit erhöhte sich die Zahl der Pflegeplätze auf 4 103 (1996: 2 774). Gegenwärtig gibt es in Dresden über 60 voll- und teilstationäre Altenpflegeeinrichtungen sowie ca. 100 ambulante Pflegedienste, die nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit Pflegeleistungen, sondern auch Arbeitsplätze in Größenordnungen sichern. In freier Trägerschaft befindet sich ca. die Hälfte aller Pflegekapazitäten, ca. 30 Prozent werden durch private Einrichtungen und weniger als 25 Prozent durch die Kommune bereitgestellt.

Der Zielstellung, Erhalt des vorhandenen Bestandes der **Seniorenbegegnungsstätten** und Sicherung der Qualität ihrer Angebote, steht die Schließung von drei Einrichtungen gegenüber. Bei künftigen Mittelkürzungen kann zur Sicherung der Qualität der Angebote in den Einrichtungen eine weitere Bestandsreduzierung nicht ausgeschlossen werden. Ziel ist es, mindestens eine Einrichtung je Ortsamt zu erhalten. Vom Hochwasser betroffen waren insbesondere Senioreneinrichtungen in Friedrichstadt und Laubegast, standörtliche Veränderungen sind nicht erforderlich.

Neben **Behinderteneinrichtungen und -angeboten** (Heime, betreutes Wohnen, Beratungs- und Begegnungsangebote, ambulante Dienste und Selbsthilfegruppen) ist die Eingliederung behinderter Erwachsener in Arbeit und Beruf, sowohl im Rahmen des allgemeinen Arbeitsmarktes als auch in Werkstätten für Behinderte von besonderer Bedeutung. Mit dem Neubau der Behinderten-Werkstatt Schleswiger Straße konnten vier Einzelstandorte der Lebenshilfe e. V. zusammengeführt werden. Insgesamt stehen in Dresden in drei Werkstätten für Behinderte 1 078 Plätze zur Verfügung. Zur Bedarfsdeckung sind kurz- und mittelfristig weitere Kapazitäten

erforderlich. Für behinderte Erwachsene gibt es 494 Plätze in elf Wohnheimen zzgl. Außenwohngruppen. Trotz erreichter Verbesserungen bei der behindertengerechten Gestaltung des ÖPNV bestehen noch Defizite, so dass der Behinderten-Fahrdienst weiter aufrecht erhalten wird.

Bewertung ↗

Insgesamt war im Berichtszeitraum für diesen Bereich eine positive Entwicklung zu verzeichnen.

Hinsichtlich der **Kernsportanlagen** steht nach wie vor die Verbesserung des überwiegend unzureichenden baulichen Zustandes zahlreicher Anlagen und damit die Sicherung ihrer weiteren Nutzung im Vordergrund. Die durch die Flutkatastrophe an 66 Sportanlagen und Bädern entstandenen verheerenden Schäden in Höhe von insgesamt 37 Mio Euro, insbesondere Trainings- und Wettkampfstätten im Ostragehege, sind zum überwiegenden Teil mit Hilfe von Fördermitteln wieder behoben.

Gegenwärtig ist eine Sportkonzeption für Dresden in Arbeit, die im Gegensatz zu der bisherigen Orientierung am Goldenen Plan Ost hinsichtlich der Bedarfsermittlung auf dem Leitfaden einer verhaltensorientierten Sportstättenentwicklungsplanung des Bundesinstitutes für Sportwissenschaft basiert. Zielstellung ist, die Erarbeitung der Sportkonzeption bis zum Jahresende 2003 abzuschließen.

Bewertung →

In den vergangenen Jahren wurden in diesem Bereich kaum Verbesserungen erreicht.

Die **barrierefreie und behindertengerechte Zugänglichkeit** von Gemeinbedarfs- und Freizeiteinrichtungen wurde durch Neubauten, im Rahmen von Rekonstruktions- und Sanierungsmaßnahmen, aber auch durch entsprechende Einzelinvestitionen verbessert. Die Zugänglichkeit bzw. eingeschränkte Zugänglichkeit dieser Einrichtungen für Körperbehinderte/ Rollstuhlfahrer ist sehr differenziert. Gegenwärtig sind barrierefrei und behindertengerecht zugänglich:

- 60 Prozent und mehr des Einrichtungsbestandes städtischer und anderer Bibliotheken, Kinos, Museen, Schwimmhallen und Freibäder,
- ungefähr die Hälfte aller Einrichtungen für Theater, Oper und Konzerte sowie Stadteilkultureinrichtungen, Freizeit- und Jugendzentren
- nur ausgewählte Sportanlagen und Sporthallen, Schulen und Ausbildungsstätten und Kindertageseinrichtungen.

Bewertung ↗

Insgesamt wurde die Zugänglichkeit öffentlicher Einrichtungen für Körperbehinderte und Rollstuhlfahrer verbessert.

Gemeinbedarfsversorgung als Instrument der Stadtteilentwicklung

Im INSEK wurden Stadtteile, in denen sich sozialstrukturelle und städtebauliche Probleme überlagern, als teilräumliche Schwerpunktbereiche mit besonderem Handlungsbedarf benannt. In diesen Teilräumen sind insgesamt 26 Maßnahmen aus dem Bereich der sozialen, kulturellen und Sport-/Freizeit-Infrastruktur vorgesehen. Davon wurden bisher:

- eine Maßnahme fertiggestellt
- zwei Maßnahmen begonnen und
- für acht Maßnahmen Planungsvorlauf geschaffen.

So ist es in den Sanierungsgebieten in der Vergangenheit gelungen, neue soziokulturelle Akzente zu setzen bzw. Einrichtungen zu sichern, z. B. läuft im Weißeritzprojekt gegenwärtig die Vorbereitung und der Neubau des Kindertageszentrums Hermsdorfer Straße. Dieses Projekt dient der Verbesserung der Wohnqualität des Gebietes und soll Betreuungs- und Kommunikationsort für Kinder und Erwachsene dieses Wohngebietes mit einem hohen Anteil sozial schwacher Familien werden.

Durch Umzüge der Bibliotheken Reick und Prohlis im Rahmen des Förderprogrammes „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ an neue Standorte konnte das städtische Bibliotheksnetz weiter optimiert werden.

Bewertung ↗

Knapp die Hälfte, der im INSEK vorgesehenen Maßnahmen, wurden bisher begonnen. Zur Sicherung ihrer Vorbereitung und Umsetzung sind entsprechende Aktivitäten erforderlich.

Bedarfsgerechte Anpassung des strukturellen Angebotes und der Standortnetze

Die Anpassung der strukturellen Angebote und Standortnetze der sozialen und kulturellen Infrastruktureinrichtungen ist entscheidend abhängig von den finanziellen Möglichkeiten. Die Zielerfüllung in allen Bereichen der sozialen und kulturellen Infrastruktur war und wird ausgehend von der generellen prekären Haushaltssituation der Landeshauptstadt gegenwärtig und auf absehbare Zeit wesentlich durch finanzielle Gesichtspunkte mitbestimmt. Sofern es sich nicht um Pflichtaufgaben der Kommune handelt, spielt der Bedarf eine un-

tergeordnete Rolle.

Eine bedarfsgerechte Anpassung des Standortnetzes erfolgte im Berichtszeitraum insbesondere im Schulbereich durch die weitere Schließung von Schulen. Bis zum Jahr 2007 wurden weitere 15 Schulstandorte zur Schließung bestätigt. Etwa zwei Drittel der seit dem Schuljahr 1999/2000 bereits aufgehobenen bzw. aufzuhebenden 45 Schulstandorte werden für Bildungszwecke weiter genutzt. Damit kann deren Nutzung für Gemeinbedarfszwecke langfristig gesichert werden.

Bewertung

Der Bestand an Gemeinbedarfseinrichtungen (außer Schulen) konnte auf Grund der finanziellen Situation der Landeshauptstadt Dresden lediglich konsolidiert werden. Vorhandene Defizite wurden nicht abgebaut. Dem Ziel der bedarfsgerechten Anpassung der Angebote ist man nicht näher gekommen. Der Zielstellung zur Verbesserung der wohnnahen Erreichbarkeit von Einrichtungen hat man sich durch die Schließung von Einrichtungen und damit Ausdünnung der Standortnetze entfernt. Der bauliche Zustand vieler Einrichtungen ist mangelhaft und unzureichend. Insgesamt konnte damit die Bedeutung der Gemeinbedarfs- und Freizeiteinrichtungen als Standortfaktor nicht erhöht werden. Die Schließung weiterer Einrichtungen lässt darüber hinaus negative Auswirkungen auf Außenwirkung und Außenwerbung und damit einen Attraktivitätsverlust der Stadt erwarten.

Handlungsansätze

Unter dem Aspekt des äußerst begrenzten finanziellen Rahmens der Stadt, der weitere Ausdünnungen der Standortnetze erwarten lässt, sind neben der maximalen Bestandssicherung der verschiedenen vorhandenen Einrichtungen flexible Angebote für verschiedene Nutzer- oder Nachfragegruppen vorzuhalten, um ein günstig erreichbares Angebotsnetz zu schaffen bzw. zu sichern.

Die Zusammenführung sozialer, bildungs-, kultur- und freizeitbezogener Angebote und Aktivitäten durch Mehrfach- und Mehrzwecknutzung von Einrichtungen ist eine künftige Schwerpunktaufgabe, für die jedoch nur vereinzelte Ansätze vorliegen (so ist z. B. mit dem Neubau des Kindertageszentrums Hermsdorfer Straße vorgesehen, neben Betreuungs- auch Beratungs- und Kommunikationsangebote für Eltern und Kinder anderer Altersgruppen anzubieten). Eine weitere Möglichkeit besteht in der Einbindung von Angeboten für Senioren in generationsübergreifende Stadtteilkultureinrichtungen, Familienzentren u. a..

1.6 Verkehr

Ausprägung eines sowohl sozial- und umweltverträglichen als auch wirtschaftsfördernden Stadtverkehrs

Im Jahr 2002 erfolgte die Fortschreibung des Verkehrskonzeptes gemäß Beschluss des INSEK. Das Konzept mit Stand 12/2002 befindet sich gegenwärtig im Abstimmungsverfahren mit städtischen Ämtern und den Trägern öffentlicher Belange.

Hochwasser- und Katastrophenschutz aus verkehrsplanerischer Perspektive

Die Hochwasserkatastrophe vom August 2002 hat, unabhängig von den konkreten Schädigungen verkehrlicher/verkehrsbaulicher Infrastruktur, veranschaulicht, dass die Verkehrsnetze der Landeshauptstadt Dresden für Extremsituationen der erlebten Art noch nicht hinreichend ausgelegt sind. Durch das Überfluten von wichtigen Trassenzügen des Hauptverkehrsstraßennetzes (HVS) sowie maßgebender Elemente des schienengebundenen öffentlichen Nahverkehrs (SPNV) waren nicht nur Stadtteile abgeschnitten und schwer erreichbar, es waren und sind auch lebensnotwendige Verkehrsverbindungen in die Region (z. B. Überflutung Hauptbahnhof Dresden, Eisenbahnstrecke in Richtung Chemnitz) unterbrochen.

Es wurden Konsequenzen für die Entwicklung und den Umgang mit den städtischen Verkehrsnetzen im Katastrophenfall gezogen und eine Verkehrsnetzkonzeption entwickelt, die ein flexibles Reagieren in Katastrophenfällen ermöglicht. Der verkehrsplanerische Ansatz ist, aufbauend auf den vorhandenen bzw. perspektivisch vorgesehenen Verkehrsnetzen ein flexibles System zu entwickeln, dass sich im Bedarfsfalle in einzelne, voneinander unabhängig funktionierende, überschaubare Verkehrsnetze aufspalten lässt. Jedes dieser Netze (Arbeitsbegriff: „Autarknetze“) soll in sich geschlossen funktionieren und die von einer Katastrophe betroffenen Netzareale abschirmen und versorgen. Dabei ist nicht ausgeschlossen, dass im Bedarfsfalle interimsmäßig auch Netzelemente in den Rang von Hauptverkehrszügen aufrücken, die im „Normalfall“ von untergeordneter Bedeutung sind (z. B. einzelne Sammelstraßen im Rahmen des HVS oder Gleisabbieger im Rahmen des SPNV). Von hoher Wichtigkeit dabei ist, dass sich innerhalb der Autarknetze Einrichtungen und Institutionen befinden (Krankenhäuser, Versorgungseinrichtungen etc.), die als lebens- und überlebensnotwendig anzusehen sind. Unabdingbar ist es, die räumlich definierten Autarknetze einerseits miteinander zu verknüpfen und andererseits die verkehrliche Verbindung

mit der Region und darüber hinaus aufrecht zu erhalten. Dazu bedarf es eines relativ katastrophensicheren Netzes (Arbeitsbegriff: „Puffernetz“) von Verkehrszügen, das u. a. durch seine bauliche Ausformung (Dammagen, Brückenelemente etc.) in der Lage ist, Katastrophenfällen weitgehend standzuhalten.

Ziel ist es, die Funktionsfähigkeit von Stadtteilen in sich aufrecht zu erhalten und diese Stadtteile zu Garanten für das Weiterfunktionieren des HVS und des ÖPNV im Krisen- oder Katastrophenfall unter Beachtung der Hilfestellung für die „Krisengebiete“ zu gestalten. Die Abwicklung des Rettungsverkehrs und des Wirtschafts- bzw. Versorgungsverkehrs ist dabei von vorrangiger Wichtigkeit.

Forschungsprojekte

Zur Unterstützung und Begleitung o. g. Zielerreichung beteiligt sich die Stadt Dresden u. a. an zwei deutschlandweit bedeutsamen Forschungsprojekten.

Leitprojekt Intermobil Region Dresden

Das vom BM für Bildung und Forschung im Rahmen von „Mobilität in Ballungsräumen“ geförderte Leitprojekt intermobil Region Dresden ist eines von fünf in Deutschland. Ziel dieser Initiative ist es, Mobilität dauerhaft zu erhalten und gleichzeitig die unerwünschten Folgen des Verkehrs spürbar zu verringern. Am Beispiel des Verdichtungsraumes Dresden wird eine komplex angelegte Gesamtstrategie zu einer nachhaltigen Mobilitätssicherung entwickelt. Intermobil Region Dresden verfolgt ein integriertes Gesamtkonzept. Auf der Angebotsseite (im Verkehrssystem) wird die Attraktivität und Nachfrageanpassungsfähigkeit des ÖPNV gesteigert, die Benutzerfreundlichkeit der Systeme wird genauso verbessert wie die Informationslage, und schließlich werden die Betriebsweisen optimiert. Das Leitprojekt enthält zusätzlich, innovativ ein komplementäres Handeln auf der Nachfrageseite – Teleoptionen, Substitution eines Teils des physischen Verkehrs und das Einwirken auf die verkehrsauslösenden Strukturen der Besiedlung im Raum.

Das Vorhaben eröffnet die Chance, die im Süd-Ost-Korridor Dresden – Sächsische Schweiz geplanten und überwiegend durch Bund und Freistaat geförderten Verkehrsinfrastrukturvorhaben mit einem Volumen von fast einer Mrd. Euro in die intelligente und effiziente Vernetzung der Mobilitätssysteme einzubeziehen.

ExWoSt

Das Modellvorhaben „Betriebsbezogenes Mobilitätsmanagement und Stadtentwicklung Dresden“ fokussiert die spezifische Problemlage des Berufsverkehrs, der einen wesentlichen Bestandteil des werktägli-

chen Verkehrs darstellt und in beachtlichem Maß an den Belastungen der Verkehrsinfrastruktur und den negativen Auswirkungen des Kfz-Verkehrs auf das städtebauliche Umfeld insbesondere in den Spitzenzeiten beteiligt ist. Diese Forschung zielt auf die Entwicklung praktisch-innovativer Beiträge zur Integration von Stadtentwicklung und Verkehrsplanung mit dem Ziel der Herausbildung verkehrsaufwandsmindernder funktionaler, baulicher und betrieblicher Strukturen.

Betriebliches Mobilitätsmanagement hat zum Ziel, eine effiziente, umwelt- und sozialverträgliche Abwicklung aller vom Unternehmen ausgehenden Verkehrsströme zu erreichen. Dazu ist die aktive Rolle der Unternehmen erforderlich. Eine Verknüpfung einerseits der Aktivitäten einzelner Unternehmen auf Stadtteil- bzw. Quartiersebene sowie andererseits mit der Stadtentwicklung insgesamt wird bundesweit erstmalig in Dresden am Beispiel der ausgewählten Modellgebiete Klotzsche und Neumarkt mittels des neuen Instruments stadtteilbezogener Mobilitätsplan erprobt. Dazu wurde eine neue Kommunikations- und Arbeitsebene aufgebaut, die eine Vielzahl von Beteiligten, Unternehmen und Institutionen am Standort, Verkehrsunternehmen, Verwaltung, umfasst.

Leistungsstandards im ÖPNV

Ein unverzichtbarer Bestandteil der Mobilitätssicherung ist ein ÖPNV, der es ermöglicht, dass immer mehr Menschen für ihre täglichen Wege immer häufiger den ÖPNV nutzen (können). Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein zukünftig hochwertiges, kundenfreundliches und wirtschaftliches ÖPNV-System erforderlich. Neben einer leistungsfähigen Infrastruktur und modernen Fahrzeugen ist das von den (potenziellen) Kunden wahrnehmbare ÖPNV-Angebot (Linienetz und Fahrplan) von entscheidender Bedeutung für die Nutzung des ÖPNV.

Zur Beschreibung des ÖPNV-Angebotes wurden sogenannte Leistungsstandards ermittelt. Diese Leistungsstandards sind an Hand der Stadtstrukturen abgeleitet worden. Sie erlauben eine hinreichend genaue Beschreibung wesentlicher Aspekte des ÖPNV-Angebotes (z. B. Verkehrsmittel, Bedienungshäufigkeit und Bedienungszeitraum auf einzelnen Strecken bzw. Korridoren). Die Leistungsstandards sind für die Landeshauptstadt Dresden auch eine wesentliche Voraussetzung, um den Anforderungen des geplanten EU-Rechtsrahmens zur wettbewerblichen Neuordnung im ÖPNV zu entsprechen. Ziel ist, unter transparenten Bedingungen das wirtschaftlichste Angebot zu erhalten. Damit will die LH Dresden ihrer Pflicht zur Daseinsvorsorge in der erforderlichen Quali-

tät unter optimalen Einsatz der öffentlichen Mittel nachkommen.

Die LH Dresden als Aufgabenträger des ÖPNV beobachtet die sich verändernden rechtlichen Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene sehr genau und stellt sich aktiv auf die in den kommenden Jahren notwendige Ausgestaltung des Wettbewerbes im ÖPNV ein. Sie steht dabei in einer zweifachen Rolle auch doppelten Herausforderungen gegenüber. Als Aufgabenträger obliegt ihr die Ausgestaltung des Wettbewerbes unter den Gesichtspunkten Transparenz und Diskriminierungsfreiheit. In ihrer Eigentümerfunktion steht die LH Dresden in der Verantwortung, die Ausrichtung der Dresdner Verkehrsbetriebe AG auf den Wettbewerb aktiv zu unterstützen.

Bewertung

Die aufgeführten Maßnahmen und Planungen entsprechen dem Ansatz eines sozial- und umweltfreundlichen als auch wirtschaftsfördernden Stadtverkehrs. Auch aus der Einbeziehung in Forschungsprojekte werden sich für die Stadt positive Impulse ergeben.

Sanierung, Ausbau und notwendige Ergänzungen im Straßennetz

Folgende Abschnitte des Hauptverkehrsstraßennetzes sind seit der Berichterstattung 2000 verkehrswirksam geworden:

- Bramschunnel, Verkehrsübergabe 30.11.2002,
- Fritz-Löffler-Str., 4-streifiger Ausbau als Teil des künftigen Autobahnzubringers,
- Stauffenbergallee, 4-streifiger Ausbau als Teilmaßnahme im Rahmen des Vorhabens Waldschlößchenbrücke,
- Weißeritzstraße (zwischen Friedrichstraße und Pieschener Allee), umfassende Sanierung,
- Terrassenufer (zwischen Augustusbrücke und Carolabrücke), Neugestaltung des Straßenraumes,
- Dr.-Külz-Ring (1. Ausbaustufe), neue Führung der Richtungsfahrbahnen und Freiflächengestaltung,
- Moränenende, Neugestaltung der Bahnunterführung sowie Durchstich zwischen Breitscheidstraße und Pirnaer Landstr.,
- Nürnberger Platz/Nürnberger Straße, Zwischenausbau mit 2. Geradeausspur aus Richtung Nürnberger Ei,
- Reisewitzer Straße (zwischen Bonhoeferplatz und Kesselsdorfer Str.), grundsätzlicher Ausbau und Straßenraumgestaltung,
- Brücke über die Weißeritz im Zuge Hamburger Straße, Maßnahme ist Bestandteil des Vorhabens Ausbau Äußerer Stadtring-West.

Nachfolgend genannte Verkehrsbauvorhaben befinden sich im Bau bzw. stehen unmittelbar vor Baubeginn:

- Flügelwegbrücke, 1. Teilbrücke bereits fertig gestellt, 2. Teilbrücke im Bau,
- Wiener Straße/Gellertstraße, Baumaßnahme seit März 2003 im Bau,
- Devrientstraße/Ostra-Ufer, 4-streifiger Ausbau im Bau (Verkehrerschließung Kongresszentrum),
- Knotenpunkt Hamburger Straße/Flügelweg, planfreier Ausbau am 26.2.2003 planfestgestellt; Baubeginn 2. Halbjahr 2003,
- Autobahnzubringer B 170, Abschnitt Innsbrucker Straße (von Anschlussstelle Dresden-Süd bis Böllstraße), 4-streifiger Ausbau seit August 2002; Inbetriebnahme Dezember 2003,
- Autobahnzubringer B 170, Abschnitt Bergstraße (von Fritz-Löffler-Platz bis Böllstraße), Planfeststellungsbeschluss für 4-streifigen Ausbau: 28.11.2002, Baubeginn: August 2003,
- Autobahnzubringer B 173, Planfeststellungsbeschluss für 4-streifigen Ausbau wird April/Mai 2003 erwartet,
- Staatsstraße S 36 (Verlegung östlich Kesselsdorf), Planfeststellungsverfahren läuft.

Bauvorhaben Bundesautobahn A 17:

- Der Abschnitt Autobahndreieck Dresden bis Anschlussstelle (AS) Dresden-Gorbitz wurde am 8.10.2001 dem Verkehr übergeben.
- Der Folgeabschnitt (AS Dresden-Gorbitz bis AS Dresden-Süd/B 170) befindet sich im Bau. Seine Verkehrsübergabe ist für 06/2004 vorgesehen.
- Der Abschnitt AS Dresden-Süd bis AS Pirna befindet sich ebenfalls im Bau und soll etwa Jahresende 2004/Anfang 2005 dem Verkehr übergeben werden. In diese Baumaßnahme ist auch die Fertigstellung der beiden Autobahnzubringer zu den Anschlussstellen Dresden-Prohlis und Heidenau integriert.

Im Rahmen der Fortschreibung des Verkehrskonzeptes wurden gegenüber INSEK mehrere Veränderungen in die Zielnetzplanung aufgenommen. Die wesentlichsten sind:

- optionale Darstellung der Süd-West-Umfahrung zwischen Rosenstraße und Budapester Straße,
- direkte Anbindung der Freiburger Straße (Süd-West) an den Stadtring,
- Straßenverbindung zwischen Nöthnitzer Straße und Plauenschem Ring,
- Verlängerung Tiergartenstraße bis Lohrmannstraße (Option),
- nördliche Verlängerung des Autobahnzubringers Langer Weg (Option) mit Durchörterung des Eisenbahndammes,

- optionale Darstellung einer zusätzlichen Straßenverbindung zwischen der geplanten Ortsumfahrung Dresden-Großluga und dem Raum Sporbitz/Großzschachwitz (Querspange Sporbitz),
- veränderte Führung der Kreisstraße (K 6207) über die Straße Am Viertelacker.

Bewertung

Entsprechend der finanziellen Situation der Stadt und unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe konnten im Berichtszeitraum ganz wesentliche Maßnahmen in die Umsetzung gebracht werden.

Weiterentwicklung des umweltfreundlichen ÖPNV durch Qualifizierung und Netzergänzungen

Für den ÖPNV war der Zeitraum 2000 bis 2003 durch eine rege Bautätigkeit gekennzeichnet. Der Schwerpunkt lag dabei auf dem Ausbau der S-Bahn zu einem modernen und leistungsfähigen Nahverkehrsmittel durch die großzügige Finanzierung durch Bund und Freistaat. In Betrieb genommen wurden bisher u. a. die S-Bahn-Neubaustrecke zum Flughafen, die S-Bahngleise der umgebauten Marienbrücke, die ausgebauten Strecke zwischen Reick und Stadtgrenze, die S-Bahn-Station Dobritz sowie der neue S-Bahnsteig am Bf. Mitte.

Bei der Straßenbahn stand die Aufwertung bestehender Strecken im Vordergrund (z. B. eigene Bahnkörper für Fritz-Löffler-Str., Weißeritzstraße, Großenhainer Str.²¹, Neubau des Verknüpfungspunktes am Bf. Mitte²²).

Für den Erhalt der Straßenbahnstrecke Rudolf-Renner-Str./Lübecker Str./Cossebauder Straße fasste der Stadtrat den Grundsatzbeschluss, so dass ein wesentliches Netzelement der für das Dresdener Straßenbahnnetz typischen Tangentialverbindungen aufgewertet werden kann.

Auf Grund der Hochwasserschäden wurde kurzfristig die Einstellung des Straßenbahnendastes nach Übigau und dafür Neubau der Verlängerung nach Kaditz/Mickten sowie die Neueinrichtung einer Quartierbusverbindung Übigau – Mickten beschlossen.

Der Planungsfortschritt für ÖPNV-Projekte erfolgte schwerpunktmäßig für Maßnahmen zur Beseitigung der Hochwasserschäden und Hochwasservorsorgemaßnahmen, durch das verstärkte Bemühen, im Bereich wichtiger Ortsteilzentren den Straßenraum umzugestalten und aufzuwerten. Wesentlich Einfluss haben auch die Erkenntnisse im Zuge der Fortschreibung des Verkehrskonzeptes.

Bewertung

Damit wurden wichtige Schritte der ÖPNV-Strategie der Landeshauptstadt Dresden – Ausbildung der S-Bahn zum leistungsfähigen „Rückgrat“ des ÖPNV, Verknüpfung aller ÖPNV-Verkehrsträger zum Gesamtsystem – gegangen.

Förderung der Attraktivität und des Erlebniswertes des Fußgänger- und Radverkehrs sowie Erleichterung der Verkehrsteilnahme von Behinderten

Zur Verbesserung des Fußgängerverkehrs wurde durch das Straßen- und Tiefbauamt ein Fußwegprogramm erarbeitet, das schrittweise umgesetzt wird. So wurde die Schulwegsicherheit kontinuierlich verbessert (Fußgängerlichtsignalanlage Grenzstraße/Binzer Weg, Fußgängerquerungshilfe Glacisstraße, Schulwegsicherungsprojekt „Am Galgenberg“).

Für die Umsetzung 2003 wurden weitere Maßnahmen vorbereitet (z. B. die baulichen Fußgängerquerungshilfen Dornblüthstraße, Grundstraße/Steglichstraße, Ullersdorfer Straße, Augsburger Straße/Pohlandstraße sowie die Fußgängerlichtsignalanlage Bautzner Landstraße).

Die Anforderungen an eine behindertengerechte Verkehrsgestaltung werden bei allen Verkehrsbaumaßnahmen berücksichtigt. Der im Internet auf der Seite der Landeshauptstadt Dresden verfügbare Stadtführer für Körperbehinderte wird laufend aktualisiert.

Die Entwicklung des Fußgängerverkehrs ist wie keine andere Verkehrsart an die städtebauliche Entwicklung gekoppelt. Die Verbesserung der Bedingungen für den Fußgängerverkehr sowie die Ausdehnung oder Schaffung weiterer Fußgängerbereiche wird nur mit den im räumlichen Zusammenhang stehenden Projekten Realisierung finden.

Es wurde eine Fußwegekonzeption Innenstadt erarbeitet, die nach dem Stadtratsbeschluss schrittweise umgesetzt werden wird. Eingeschlossen ist hier auch die Schaffung adäquater öffentlicher Räume.

Der für den Dresdner Südraum vorliegende und in Umsetzung befindliche „Maßnahmenkatalog zum Schutz der Wohngebiete vor Autobahnschleichverkehr A 17“ enthält eine Vielzahl von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsbedingungen für Fußgänger.

In den letzten drei Jahren wurde das Radwegenetz von 200,4 km (1999) auf 265,9 km (2002) erweitert. Davon stehen 72 km (2002) nutzungsfähige eigene Radwege/Radgehwege mit baulicher Trennung, überwiegend beidseitig der Straße angeordnet, zur Verfügung – fast zehn Kilometer mehr als 1999. Gemeinsame Rad- und Gehwege ohne bauliche Trennung gibt

es 130,5 km (4,4 km mehr als 1999) und Radfahr- und Schutzstreifen auf einer Länge von 32,5 km (Vergleich 1999: 13,9 km).

Das Hauptroutennetz für den Radverkehr wurde erweitert und aktualisiert.

Bewertung

Das Fußgänger- und Radverkehrsnetz konnte weiter ausgebaut werden. Die Belange von Behinderten werden bei allen Bauvorhaben berücksichtigt.

Einrichten eines P + R-Systems und Forcierung der Parkraumplanung in der Innenstadt

Am 22. März 2001 wurde vom Stadtrat das „P+R-Konzept für die Landeshauptstadt Dresden unter besonderer Berücksichtigung des Umlandes“ beschlossen. Das Konzept enthält 31 Standorte, 19 davon im Dresdner Stadtgebiet. Mit den letztgenannten Anlagen können in der Endausbaustufe ca. 3 000 P+R-Stellplätze angeboten werden. Mit der Realisierung wurde begonnen.

Bewertung

Die Bestätigung des Konzeptes ist erste Voraussetzung für die Schaffung von mehr Standorten.

Verbesserung des Erlebniswertes der städtischen Platz- und Straßenräume und des Wohnumfeldes durch verkehrsberuhigende und -vermeidende Maßnahmen

Verkehrsberuhigung umfasst vor allem die Einrichtung von Tempo-30-Zonen und verkehrsberuhigten Bereichen. Anforderungen nach Verkehrsberuhigung²³ liegen aus den Zentrumsbereichen und aus allen Stadtgebieten vor. Die Einführung verkehrsberuhigender Maßnahmen konzentrierte sich schwerpunktmäßig auf Wohngebiete, Schulbereiche, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Senioren- und Behinderteneinrichtungen, medizinische Einrichtungen und weitere schutzwürdige Bereiche mit hoher Fußgänger- und Fahrradverkehrsdichte und hohem Querungsbedarf (z. B. Einkaufszentren). Die Erfolge der verkehrlichen Beruhigung der Räume trugen zu einer höheren Aufenthaltsqualität bei.

Für den Dresdner Südraum zwischen den Ortslagen Plauen und Nickern liegt ein „Maßnahmenkatalog zum Schutz der Wohngebiete vor Autobahnschleichverkehr A 17“ vor, der zurzeit 30 Einzelmaßnahmen beinhaltet. Diese umfassen verschiedene kleinere und größere verkehrsorganisatorische und bauliche Umgestaltungsvorhaben zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und zur Verkehrsberuhigung.

In Wohngebieten mit sehr hoher Nutzungsdichte wurde durch die Erweiterung des Parkraumangebotes eine Entspannung der Parksituation erreicht (u. a. Prohlis, Gorbitz). In anderen Gebieten konnte für diese Nutzergruppe mehr Parkraum über das Bewohnerparken realisiert werden. So sind einige Bewohnerparkbereiche erweitert worden (Bewohnerparkbereich 3: Seevorstadt West/Am See, Bewohnerparkbereich 12: Zeunerstraße). Andere werden derzeit vorbereitet (u. a. in der Äußeren und der Inneren Neustadt).

Im Rahmen der Maßnahmen zur Verbesserung der Parksituation werden Parkraumbewirtschaftungskonzepte für die Äußere und die Innere Neustadt erarbeitet, die vorhandenen Konzepte für städtische Teilgebiete werden schrittweise aktualisiert. Die Umsetzung der entwickelten Maßnahmen muss intensiviert werden.

Das Parkleitsystem für die Innenstadt wurde 2001 eingeführt. Derzeit sind 17 Parkierungsanlagen (neun Tiefgaragen, acht Parkplätze) mit 4 000 Pkw-Stellplätzen integriert. Im Jahr 2003 wird die Tiefgarage Hauptbahnhof (770 Stellplätze) abgeschlossen. Neue zentrumsnahe (Tiefgarage Kongresszentrum, Tiefgarage Neumarkt) und andere relevante Anlagen (Messeparkplätze) werden schrittweise ergänzt.

Die Stellplatz- und Garagensatzung der Landeshauptstadt Dresden ist unter Berücksichtigung der neuen Festlegungen in der Sächsischen Bauordnung überarbeitet und seit 15.6.2001 wirksam. Die Stellplatzbeschränkungsregelung wurde aufgehoben.

Die Zielstellung einer autoarmen Innenstadt wurde bisher nicht erreicht. Es ist weiterhin ein kontinuierlicher Anstieg der Stellplatzzahlen zu verzeichnen. Mit mehreren geplanten bzw. im Bau befindlichen Tiefgaragen werden bald über 26 000 Pkw-Stellplätze innerhalb des sogenannten 26er Ringes zu verzeichnen sein (derzeit ca. 24 500).

Bewertung ↗

Es wurden im Berichtszeitraum mehrere Maßnahmen durchgeführt bzw. mit der Umsetzung begonnen. In den entsprechenden Gebieten wurde eine qualitative Verbesserung des Wohnumfeldes erreicht.

Schrittweise Einführung von modernen Verkehrsleit- und Kommunikationstechniken

Verkehrsmanagement hat die räumliche und zeitliche Optimierung des Verkehrsablaufes zum Ziel, um eine Verbesserung der Bedingungen für alle Verkehrsteilnehmer zu erreichen. Dies setzt eine situationsangepasste, optimale Nutzung der je-

weiligen Vorteile der verschiedenen Verkehrsmittel voraus.

Kurzfristig wird Straßenverkehrsmanagement über das Anti-Stau-Programm der Landeshauptstadt realisiert. Durch organisatorische und technische Maßnahmen, die steuernd oder regelnd in den Straßenverkehr eingreifen, erfolgt die Optimierung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur, mit Verbesserungen für alle Verkehrsteilnehmer. Hier werden neben Verkehrsbeobachtungen durch die zuständigen Behörden und die Verkehrswissenschaft die Erfahrungen der ständig am Verkehr Beteiligten (Taxigenossenschaft, Fahrlehrerverband, Speditionsverbände, ADAC, ADFC u. a.) intensiv eingebracht. Das Anti-Stau-Programm zielt auf konventionelle Maßnahmen, die schnell umsetzbar und somit auf möglichst sofortige Wirkung orientiert sind.

Längerfristig wird die Einführung eines intermodalen, also verkehrsträgerübergreifenden Verkehrsmanagementsystems in der Landeshauptstadt Dresden angestrebt. Grundlagen dafür werden im BMBF-Leitprojekt Intermobil Region Dresden geschaffen. Mit den daraus abgeleiteten Maßnahmen und einem geeigneten Verkehrsmanagement sind wesentliche Verbesserungen der Durchlässigkeit im bestehenden Straßennetz möglich. Davon profitiert auch der Wirtschaftsverkehr.

Die im Intermobil-Projekt in Entwicklung befindliche Verkehrsflusssteuerung durch ein dynamisches Wegweisungssystem auf der Basis von Echtzeit-Verkehrsdaten (u. a. Dauerpegelstellen, Live-Kamera-System, RBL der DVB AG, verkehrsflussabhängige LSA-Steuerung) für das westliche Stadtgebiet ist künftig auf weitere Stadtgebiete auszuweiten.

Bewertung ↗

Bezüglich der Einführung von modernen Verkehrsleit- und Kommunikationstechniken konnten im Berichtszeitraum Fortschritte erreicht werden, z. B. Umsetzung des Anti-Stau-Programms, die Inbetriebnahme des dynamischen Parkleitsystems, die Entwicklung und Praxiswirksamkeit des Stadt- und Verkehrsinformationssystems im Rahmen des Projektes Intermobil.

1.7 Stadttechnik

Sicherung und Optimierung der stadttechnischen Ver- und Entsorgung durch Sanierung sowie Aus- und Neubau der Ver- und Entsorgungsnetze und -anlagen

Wie in allen Bereichen des städtischen Lebens war das Augusthochwasser 2002 auch für die Ver- und Entsorgungsunternehmen eine gewaltige Herausforderung.

Trotz umfangreicher Schäden in zigfacher Millionenhöhe und Ausfall von großen Anlagen, wie Kläranlage Kaditz, Wasserwerke Hosterwitz und Tolkewitz, GUW Nosener Brücke, Umspannwerk Mitte, die direkt von der Überflutung betroffen waren, konnte in weiten Teilen die Ver- und Entsorgung aufrechterhalten bzw. nach intensiven Reparaturarbeiten wieder in Betrieb genommen werden.

Es erfolgt eine enge Zusammenarbeit der Ver- und Entsorgungsunternehmen im Zuge der Hochwasserschadensbeseitigung an öffentlichen Straßen und Brücken sowie an Gleisanlagen der Dresdner Verkehrsbetriebe AG.

Insbesondere zu den Teilprojekten „Elbe“ und „Weißeritz“ des Hochwasserschutzkonzeptes der LH Dresden werden mit der DREWAG Stadtwerke GmbH und dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung Abstimmungen vorgenommen.

Die zu treffenden Schutzmaßnahmen vor Überflutung sind mit den einzelnen Schutzkonzepten für die stadttechnischen Netze und Anlagen mit ihrem jeweiligen spezifischen Schutzcharakter in Einklang zu bringen.

Für die Leistungsbereiche der Ver- und Entsorgung wurden im Berichtszeitraum die nachfolgend aufgeführten, bedeutenden technischen Maßnahmen umgesetzt und die Fortschreibung der Generalkonzepte betrieben.

Wasserversorgung

- Die Trinkwasserversorgungskonzeption der DREWAG wird unter Berücksichtigung der städtebaulichen Entwicklungsziele (INSEK) laufend fortgeschrieben.
- Mit der Novellierung der Trinkwasserverordnung werden seit Anfang 2003 noch höhere Anforderungen an die Überwachung der Trinkwasserqualität gestellt, denen das Trinkwasserlabor im Wasserwerk Coschütz in vollem Umfang genügt.
- Die schrittweise Sanierung des Trinkwassernetzes wurde u. a. mit der Rekonstruktion der Hauptleitung DN 1500 auf einer Länge von 1 860 m zwischen dem Hochbehälter Räcknitz und dem Lenné-Schacht, dem Knotenpunkt der innerstädtischen Versorgung, sowie von Leitungen im Bereich der Brühlschen Terrasse im Langrohrreinigungsverfahren fortgesetzt. Weitere Sanierungs-/Umverlegungsvorhaben an Trinkwasserhauptleitungen finden in der Bergstraße sowie im Zuge des Baus der Waldschlößchenbrücke statt.
- Im Jahr 2002 wurde erstmalig eine Konzessionsabgabe für Wasser an die LH Dresden geleistet.
- Die Arbeiten an der Löschwassersicherungskonzeption der LH Dresden werden in Zusammenarbeit zwischen

DREWAG, Brand- und Katastrophenschutzamt, Umweltamt und Stadtplanungsamt fortgeführt. Für die Dresdner Eingemeindungsgebiete liegt mit Stand 05/2002 die Löschwassersicherungskonzeption vor. Für das Stadtgebiet von Dresden in den Grenzen vom 31.12.1996 wurden für die rechtselbische Seite der Löschwasser-Bedarfsplan, die aus dem öffentlichen Trinkwassernetz der DREWAG zur Verfügung stehende Löschwassermenge und der Löschwasserverdefizitplan von Feuerwehr bzw. DREWAG erarbeitet. Die Erarbeitung eines flächendeckenden Löschwassersicherungskonzeptes für die LHD und dessen materielle Umsetzung, die bisher unter ungenügender Einstellung von finanziellen Mitteln und einer fehlenden eindeutigen Verantwortungszuweisung leidet, ist dringend erforderlich.

Abwasserbeseitigung

- Die Stadtentwässerung arbeitet an der Fortschreibung des 1997 beschlossenen Abwasserbeseitigungskonzeptes mit dem neuen Zeithorizont bis 2015 und Anpassung der Zielstellungen auf die Umsetzung der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie (22.12.2000). Dabei finden die im INSEK formulierten Grundsätze der städtebaulichen Entwicklung Dresdens Berücksichtigung.
- Hauptaufgabe ist der Ausbau der zentralen Kläranlage Kaditz bis Ende 2005 mit den Schwerpunkten Erweiterung und Umbau der biologischen Abwasserbehandlung, Ausbau der Faulung einschl. der Bioabfall- und Fremdstoffmitbehandlung, Trocknerreserve und Trockengutverladung. Dabei erfolgt die kapazitive Berücksichtigung der im September 2002 beschlossenen Übernahme und Behandlung der Schmutzwässer aus dem Raum Pirna/Heidenau. Der Ausbaustart für die biologische Abwasserbehandlung erfolgte im Juni 2002.
- Der zentralen Abwasserentsorgung für Verdichtungsgebiete wird nach Erlass des SMUL vom 16.10.2000 zum weiteren Ausbau der Abwasserentsorgung in Sachsen eine große Bedeutung beigegeben. Die zeitliche Einordnung der erforderlichen Maßnahmen zur zentralen schmutzwasserseitigen Erschließung der Verdichtungsgebiete muss unter Berücksichtigung der aktuellen Prioritäten zum Hochwasserschutz der Kläranlage und des Kanalnetzes erfolgen. Schwerpunkte für die schrittweise Ablösung der dezentralen Abwasserbehandlung sind im Jahr 2003 die Ortskläranlagen Weißig und Schönborn mit Überleitung zur KA Kaditz bzw. KA Radeberg. Im Berichtszeitraum erfolgte die schmutzwasserseitige Erschließung von bisher

nicht öffentlich entsorgten Bereichen wie Hosterwitz/Pillnitz und Wilschdorfer Anbau (Fertigstellung 2003) mit Anschluss an die zentrale Kanalisation. In den nächsten Jahren ist u. a. der Anschluss des Gebietes Teichwiesen/Hellerau (2003-2005), Gartenstraße/Gohlis (bis 2005) und Oberwartha (ab 2005) geplant. Es werden jedoch nicht öffentlich entsorgte, dünn besiedelte Bereiche verbleiben, die ohne Maßnahmen Dritter unverhältnismäßig hohe Erschließungsaufwendungen verursachen würden.

- Die Hochwasserschutzkonzepte für den Standort Kaditz, für die Ortskläranlagen und Abwasserpumpwerke und für das Kanalnetz werden im Auftrag der Stadtentwässerung erstellt.
- Die weitere Umsetzung des Kanalraumbewirtschaftungskonzeptes in den Bereichen West und Nord erfolgt bis 2010, der Bereich Ost wurde bereits realisiert. Insgesamt werden über 90 000 m³ Stauraum aktiviert.
- Das im Herbst 2001 fertiggestellte Regenüberlaufbecken Johannstadt trägt als Mischwasserbehandlungsanlage zur Verringerung des Schmutzfrachteintrages in die Elbe bei. Ein weiteres Regenüberlaufbecken mit 24 000 m³ Stauinhalt entsteht bis Ende 2003 in Kaditz.
- Die konsequente Anwendung der Regenwasserbewirtschaftung unter Aspekten des Gewässerschutzes sowie unter Berücksichtigung technisch-wirtschaftlicher Belange wurde beispielsweise mit dem Bau der Regenversickerungsanlage im Industriegelände an der Königsbrücker Straße (Rohrversickerung auf dem Sportplatzgelände Meschwitzstraße) umgesetzt.
- Im Oktober 2002 wurde der Kaitzbach aus dem Kanalsystem ausgebunden. Die Abführung erfolgt nun teilweise über einen offengelegten Abschnitt sowie über umgebaute Regenwasserkanäle mit direkter Einmündung in die Elbe. Diese Maßnahme trägt zur Reduzierung der Kläranlagen- und Gewässerbelastung bei.

Wärme-, Kälte- und Energieversorgung

- Nach dem Jubiläum „100 Jahre Fernwärme“ im November 2000 wird im Jahr 2003 die 175-jährige Geschichte der Gasversorgung in Dresden gewürdigt.
- Mit der Schließung des Erdgas-Hochdruckringes Ost (02/2001) wurde die Verbindung der vorher separat betriebenen Gas-HD-Systeme Nord und Süd, die von der Verbundnetz Gas AG gespeist werden, hergestellt. Damit wird eine wesentliche Erhöhung der Versorgungssicherheit erzielt.
- Mit dem Neubau des Heizkraftwerkes Klotzsche zur Versorgung der Fernwär-

meinsel wird ein weiterer Beitrag zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung geleistet. Seit März 2003 erfolgt der Probebetrieb, das alte HKW ging nach 40 Jahren außer Betrieb. Das erste DREWAG-Block-HKW (Umbau des alten Heizwerkes Kötzschenbroder Straße) ist seit 12/2002 in Betrieb.

- Eine neue Anlage zur Klima-Kälte-Erzeugung aus Fernwärme ist für die Wohnbau Nordwest für den Bereich Wilsdruffer Straße/Schloßstraße im November 2002 fertiggestellt worden. Weiterhin plant die DREWAG eine Kälteanlage mit Grundwasserrückkühlung und Ableitung vom Kulturpalast über die Trasse Galeriestraße, Augustusstraße und Brühlische Gasse zur Elbe. Für diese Grundwasserableitung werden derzeit Beteiligungen benachbarter Objekte des Neumarkt-Areals geprüft, um Synergien bei der Wasserhaltung und bei der Grundwasserabsenkung im Katastrophenfall zu erzielen.
- Die Modernisierung des Umspannwerkes Süd (Freiluftschaltanlage in Niedersiedlitz) erfolgte bis 03/2002 und ein Ersatzneubau für das Umspannwerk Räcknitz ist im Zusammenhang mit dem Ausbau der Bergstraße vorgesehen.
- Für die städtebauliche Einordnung und Gestaltung des geplanten Umspannwerkes Innenstadt (Lage in Bebauungsplangebiet Nr. 85, Dresden-Altstadt I Nr. 11, Pirnaische Vorstadt/Terrassenufer) sind zwischen DREWAG und Stadt noch Abstimmungen erforderlich.
- Die Energieversorgung in den Eingemeindungsgebieten erfolgt weiterhin über die ESAG und die Gasversorgung Sachsen Ost GmbH in bewährter Weise.

Bewertung

Durch vielfältig durchgeführte Maßnahmen (Neubau und Sanierung) wurden die Ver- und Entsorgung in der Stadt gesichert und neue Baugebiete erschlossen.

Handlungsansatz

Weiterarbeit am Löschwassersicherungskonzept und dessen schrittweise Umsetzung



■ 1.8 Umwelt und Natur

Durch das Hochwasser vom August 2002 mussten die Prioritäten für den gesamten Bereich Umwelt- und Naturschutz neu gesetzt werden. Damit konnten notwendige Analysen und Planungen in verschiedenen Arbeitsfeldern nicht weitergeführt, manche noch nicht einmal begonnen werden. Daraus ergeben sich Lücken im folgenden Berichtsteil. Dies betrifft insbesondere die folgenden Themen:

- Stärkung des natürlichen Gebietswasserhaushaltes
- Erhaltung und Wiederherstellung der vielfältigen Funktionen von Gewässern
- Erhaltung und Entwicklung der biologischen Funktionsfähigkeit des Bodens.

Die Stadt Dresden wird in den nächsten Jahren vorrangig neben der Beseitigung von Hochwasserschäden den vorbeugenden Hochwasserschutz gemeinsam mit den Behörden des Freistaates entwickeln müssen. Damit sind Synergien mit anderen Schutzgütern verbunden, insbesondere im Bereich Gewässer-, Boden- und Naturschutz. Teilweise kommt es auch zu Konkurrenzen, die dann einer sorgfältigen Abwägung bedürfen.

Die Stadt Dresden wird sich verstärkt auf die globalen Klimaänderungen einstellen müssen. Das erfordert Anstrengungen in vielen Bereichen des Umwelt- und Naturschutzes; hervorzuheben ist hier die weitere Reduktion der Emission klimarelevanter Gase als Ursache dieses Wandels. Zur Bewältigung der Klimafolgen werden neue Konzepte und Denkweisen notwendig.

Vorbeugender Hochwasserschutz an den Fließgewässern der Stadt

Dresden wurde im August 2002 von mehreren Hochwasserereignissen gleichzeitig betroffen. Beginnend mit regionalen Starkniederschlägen kam es zuerst zur Überflutung durch die Lockwitz und die Gewässer II. Ordnung sowie durch die Weißeritz. Mit dem Eintreffen der Hochwasserwelle aus Böhmen wurden große Teile der Stadt durch die Elbe überflutet. Anschließend stieg in mehreren Teilen der Stadt das Grundwasser stark an.

Auf der Grundlage des im November 2002 novellierten Sächsischen Wassergesetzes wurden vorläufige Überschwemmungsgebiete für die Elbe und Teile der Weißeritz ausgewiesen. Zur Verbesserung des Hochwasserschutzes an Fließgewässern wurden per Gesetz Gewässerrandstreifen von zehn Metern bzw. innerhalb bebauter Ortsteile von fünf Metern bestimmt, Rechtsverordnungen sind dafür nicht mehr notwendig.

Durch den Oberbürgermeister wurde

eine Arbeitsgruppenstruktur eingerichtet, um die vielschichtigen Aufgaben der Schadensbeseitigung und des Schutzes vor Hochwasser zu koordinieren. Es entstand eine Karte mit Vorschlägen zum Hochwasserschutz, die ständig aktualisiert wird. Angekoppelt ist eine erläuternde Datenbank. Die empfohlenen Maßnahmen wurden den zuständigen Einrichtungen des Landes zur Einarbeitung in die regionalen und überregionalen Schutzkonzeptionen übergeben. Die Schutzkonzepte des Freistaates sind noch nicht fertiggestellt, die kommunalen Schutzkonzepte können erst darauf aufsetzen. Deshalb hat die Landeshauptstadt für besonders schutzwürdige Bereiche, wie z. B. die historische Innenstadt, Sofortmaßnahmen beantragt, die einem späteren Hochwasserschutzkonzept nicht entgegenstehen.

Bewertung

Zur Zeit offen, da

- sich das Hochwasserschutzkonzept für die Elbe durch den Freistaat Sachsen verzögert,
- keine Finanzierungsaussichten für den präventiven Hochwasserschutz bestehen.

Handlungsansätze

Konsequente Umsetzung des Hochwasserschutzkonzeptes unter Berücksichtigung der vom Freistaat Sachsen noch zu liefernden Vorgaben.

Nach Vorliegen weiterer Erkenntnisse werden die Überschwemmungsgebiete den rechtlichen Erfordernissen angepasst. Für Teile der Lockwitz und weiterer Gewässer II. Ordnung wird die Ausweisung vorläufiger, örtlich begrenzter Überschwemmungsgebiete, vorbereitet.

Durch gezielte Flächenentwicklung und Niederschlagswasserbewirtschaftung im weiteren Einzugsgebiet der Gewässer ist bereits der Entstehung von Hochwasser entgegenzuwirken.

Umsetzung der Forschungsergebnisse aus dem BMBF-Projekt zu den Grundwasserständen in Dresden

Minderung der CO₂-Emissionen/kommunale Aktivitäten zum Klimaschutz verstärken

Die CO₂-Bilanz des Jahres 2002 wurde stark durch die Hochwasserereignisse beeinflusst. Deshalb wird hier nochmals auf das vorhergehende Jahr Bezug genommen. Im Jahr 2001 waren die CO₂-Emissionen leicht gesunken. Sie lagen pro Einwohner in der Landeshauptstadt Dresden mit 10,3 t erstmals leicht unter dem Durchschnitt des gesamten Bundesgebietes²⁴. Die Geschwindigkeit der CO₂-Emis-

sionsreduktion in Dresden hat sich seit einigen Jahren stark abgeschwächt. Das hat mit steigenden Verkehrsemissionen zu tun, aber auch mit einem deutlich reduzierten Ausbau der Fern- und Nahwärme in den letzten Jahren. Ferner ist die angestrebte Vorbildrolle in der Energieeinsparung bei öffentlichen Gebäuden der Stadt noch nicht erreicht worden.

Die weltweiten CO₂-Emissionen erhöhen sich unablässig.²⁵ Die mit diesem Anstieg verbundene globale Klimaänderung hat größere Auswirkungen auf die klimatischen Verhältnisse in Mitteleuropa und damit auch in Sachsen als noch vor Jahren angenommen wurde.²⁶ Damit muss die Vorsorge für den Hochwasserschutz, aber auch für häufigere Trockenperioden verstärkt werden. Es werden der städtische Wasserhaushalt ebenso wie die Land- und Forstwirtschaft sowie die natürliche Vegetation stark betroffen sein. Im Sommer können in Dresden Extremtemperaturen von ca. 40 °C auftreten. Bisher lag der Höchstwert in der Periode von 1951 bis 1990 bei 36,0 °C. Dieser Wert aus dem Jahr 1957 wurde in den neunziger Jahren bereits zweimal überschritten (1992 mit 36,2 °C und 1994 mit 36,9 °C). Diese Angaben beziehen sich auf die offizielle Messstelle in Dresden-Klotzsche. In der Innenstadt können die Höchstwerte dann deutlich über 40 °C liegen.

Bewertung

Die Geschwindigkeit der CO₂-Emissionsreduktion in Dresden hat sich seit einigen Jahren stark abgeschwächt. Das hat mit steigenden Verkehrsemissionen zu tun, aber auch mit einem deutlich reduzierten Ausbau der Fern- und Nahwärme in den letzten Jahren. Ferner ist die angestrebte Vorbildrolle in der Energieeinsparung bei öffentlichen Gebäuden der Stadt nicht erreicht worden. Die Entwicklung emissionsärmerer Stadtstrukturen, die mit einer Verringerung des notwendigen Verkehrs einhergehen, sind sehr langwierig und stecken noch in den Anfängen. Ohne zusätzliche Anstrengungen wird die Landeshauptstadt ihr CO₂-Reduktionsziel (Halbierung der Pro-Kopf-Emissionen bei CO₂ und anderen klimarelevanten Gasen bis 2010 gegenüber 1987) verfehlen.

Handlungsansätze

Verstärkte Aktivitäten zum Klimaschutz durch konsequentere Umsetzung und Erweiterung des städtischen Rahmenprogramms zur CO₂-Minderung

Ausdehnung der konzeptionellen Arbeiten in der verstärkten Vorsorge beim Hochwasserschutz auf weitere Bereiche der Klimafolgevorsorge in Anpassung an die regionale Klima-Prognose für Sachsen

Bessere Auslastung der innerstädtischen Flächenressourcen und Rückbau von nicht mehr genutzten Gebäuden im Außenbereich

Beispiele aus dem Berichtszeitraum für eine erfolgreiche Wiedernutzung bzw. Zwischennutzung von kontaminierten Flächen nach der Sanierung sind die Fläche des ehemaligen Plattenwerks in Johannstadt und die Sanierung der ehemaligen Deponie im jetzigen Technopark Nord.

Um die Inanspruchnahme neuer Flächen im Außenbereich einzuschränken, werden Möglichkeiten gesucht Brachen, Baulücken und ungenutzte Flächen zu revitalisieren.

Besonders entlang der Bahnstrecken finden sich in Dresden eine Vielzahl von Gewerbegebieten. Bedingt durch den Strukturwandel nach der Wende werden die meisten heute nicht mehr genutzt. Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung ist es aber eine der wichtigsten Aufgaben, diese brachliegenden Flächen wieder einer Nutzung zuzuführen. Vorhandene Infrastruktur kann wirtschaftlicher genutzt werden und die Neuerschließung von Gewerbegebieten auf der »Grünen Wiese« und damit der Flächenverbrauch zumindest stark eingeschränkt werden.

Ein effektiver Einsatz von finanziellen Mitteln ist nur gegeben, wenn Maßnahmen zur reinen Gefahrenabwehr verbunden werden mit Sanierungszielstellungen, die eine Wiedernutzung der Flächen ermöglichen. Die Erfahrungen zeigen, dass beim Angebot revitalisierter Flächen durch die Kommune kaum Akzeptanzprobleme bei Investoren auftreten. Andererseits fehlen für die angestrebte Zwischennutzung von Brachflächen als Grünflächen, als Kaltluftentstehungsflächen und -abflussbahnen sowie zur Ausdehnung des Biotopverbundes häufig finanzielle Mittel sowie das Einverständnis der Eigentümer.

Bewertung →

Trotz einzelner guter Beispiele ist die Brachsanierung nur langsam vorangekommen.

Handlungsansatz

Fortsetzung der Revitalisierung gewerblicher Brachflächen insbesondere beim ehemaligen Plattenwerk in Sporitz und dem Gelände des früheren Glaswerkes an der Freiburger Straße

Sicherung von Freiflächen und Schaffung von innerstädtischen und regionalen Biotopverbünden unter Nutzung der FFH-Gebiete

Gebiet	Gesamtgröße	Fläche im Stadtgebiet
1. Elbtalhänge zwischen Loschwitz und Bonnewitz	292 ha	286 ha
2. Elbtal zwischen Schöna und Mühlberg	4.438 ha	951 ha
3. Täler von Vereinigter und Wilder Weißeritz	1.340 ha	69 ha
4. Rödertal oberhalb Medingen	780 ha	51 ha
5. Löbnitzgrund und Löbnitzhänge	113 ha	10 ha
6. Dresdner Heller	125 ha	125 ha
7. Prießnitzgrund	214 ha	214 ha
8. Linkselbische Täler zwischen Dresden und Meißen	908 ha	172 ha
9. Lockwitzgrund und Wilisch	318 ha	15 ha
10. Separate Fledermausquartiere im Großraum Dresden	—	—

Die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsflächen betrug insgesamt zwischen 2001 und 2002 109 ha²⁷. Diese Zunahme vollzog sich überwiegend zu Lasten der Anteile von landwirtschaftlichen Nutzflächen.

Eine besondere Schutzgebietskategorie bilden neben Naturschutzgebieten (NSG), Landschaftsschutzgebieten (LSG), Naturdenkmälern (ND) und gesetzlich geschützten Biotopen (vgl. Indikator »Anteil der Schutzgebiete und Fläche der geschützten Biotope«) die sogenannten »FFH-Gebiete«. Insgesamt wurden durch den Freistaat Sachsen zehn FFH-Gebiete gemeldet (vgl. Tabelle), die auf dem Territorium der Stadt Dresden eine Gesamtfläche von 1 893 ha aufweisen.²⁸

Bewertung →

Die relativ hohe Flächenzunahme der Siedlungs- und Verkehrsflächen resultierte überwiegend aus dem Anwachsen (+ 86 ha) der für den Verkehr beanspruchten Flächen. Damit stieg der Anteil versiegelter Fläche in der Stadt weiter an, mit seinen negativen Auswirkungen auf das Stadtklima und die Grundwasserneubildung. Der Neubau von Verkehrsstraßen sorgte für eine wachsende Zerschneidung der Freiflächen und eine Störung bestehender Verbundbeziehungen zwischen Biotopen.

Handlungsansätze

Sicherung eines günstigen Erhaltungszustandes der FFH-Gebiete.

Erhalt und Entwicklung der weiträumigen naturnahen Gebiete in und um Dresden, wie der Elbauen, der Dresdner Heide und Jungen Heide und der Gründe, Sicherung der markanten Freiräume und der Elemente der agrarisch geprägten Kulturlandschaft in der Umgebung der Stadt und Abstimmung der Siedlungsentwicklung mit den Belangen des Natur- und Umweltschutzes.

Entwicklung eines Biotopvernetzungs-konzeptes, welches vor allem bestehen-

de und geplante Schutzgebiete, besonders geschützte Biotope, FFH-Gebiete und weitere artenschutzrelevante Flächen verbindet

Biologische Funktionsfähigkeit des Bodens erhalten und entwickeln; Flächenpflege und Förderprogramme Naturschutz

Am Ende des Jahres 2002 wurden 33 Flächen in Dresden mit insgesamt 462 ha im Rahmen der Förderung der umweltgerechten Landwirtschaft im Freistaat Sachsen in ihrer Pflege durch die Eigentümer finanziell unterstützt. Schwerpunkte bilden dabei die Streuobstwiesenpflege, die naturschutzgerechte Wiesenutzung und die naturschutzgerechte Beweidung. Mit 317 ha nimmt darin das LSG »Dresdner Elbwiesen« den größten Anteil ein.²⁹ Derzeit wird die Pflege landwirtschaftlicher Flächen mit den Mitteln folgender Teilprogramme insgesamt gefördert:

- Kulapp 99: 193,64 ha
- NaK 2000: 167,41 ha
- NaK 2001: 73,82 ha
- NaK 2002: 26,87 ha

Darüber hinaus wurden über 4,5 ha an wertvollen aber landwirtschaftlich nicht nutzbaren Flächen durch die Mitarbeiter des Grünflächenamtes gepflegt. Diese Pflege wurde zum Teil mit den Fördermitteln des Freistaates Sachsen unterstützt.

Bewertung ↗

Es ist eine positive Entwicklung in der Pflege von Schutz- und Freiflächen zu verzeichnen.

Handlungsansätze

Der Umfang der Flächenpflege muss verstärkt werden. Dazu ist ein verstärktes Zugehen auf Landwirtschaftsbetriebe erforderlich.

Die Erarbeitung von agrarstrukturellen Entwicklungsplanungen (AEPs) für land-

wirtschaftlich geprägte Räume und deren Integration in die weiteren gesamtstädtischen Planungen ist weiterzuführen.

Sicherung der Kalt- und Frischluftzufuhr für die Stadt sowie lokalklimatische Verbesserungen

Nach dem aktuellen Stand der Klima-Prognose für Sachsen wird neben den Mittel- und Höchsttemperaturen auch die Sonnenscheindauer zunehmen. Damit verringert sich die Aufenthalts- und Wohnqualität in den jetzt schon als überwärmt ausgewiesenen Gebieten weiter. Gegenwärtig leben rund 135 000 Dresdner in diesen Bereichen. Das entspricht einem Anteil von rund 26 Prozent der Dresdner Bevölkerung (Stand 12/2002).

Bewertung →

Gegenwärtig finden lokalklimatische Anforderungen und die Sicherung der Kalt- und Frischluftzufuhr zu wenig Beachtung im Bau- und Planungsgeschehen der Stadt.

Handlungsansatz

Bessere Abstimmung des FNP und des Landschaftsplanes und Umsetzung in der Verbindlichen Bauleitplanung zur Sicherung von Kaltluftentstehungsflächen und -abflussbahnen (v. a. im Stadtbereich) sowie die weitere Erschließung von mikroklimatischen Potenzialen im Innenstadtbereich durch Entkernung, Begrünung und die Versickerung von Regenwasser.

Lärmsanierung und lufthygienische Verbesserung im Wohnumfeld

Straßenverkehrslärm ist weiterhin ein Problemschwerpunkt in Dresden. Nur 18 Prozent der Befragten gaben bei der Kommunalen Bürgerumfrage 2002 an, dass sie in ihrer Wohnumgebung nicht durch Straßenverkehrslärm beeinträchtigt werden. Dieser Anteil der Bevölkerung entspricht jenem der mitteilt, dass er von Lärm generell nicht belastet wird. 48 Prozent fühlen sich in ihrer Wohnumgebung durch Straßenverkehrslärm wesentlich gestört oder belastigt. Damit ist der Straßenverkehrslärm vor der Nachbarschaft (26 Prozent) und dem Luftverkehr (15 Prozent) mit Abstand die Lärmquelle, die die größte Betroffenheit verursacht. Bezogen auf das Hauptstraßennetz sind 15 Prozent der Einwohner Dresdens, das sind etwa 70 000 Menschen, einem Lärmpegel größer als 65 dB(A) ausgesetzt. Die Zahl der Betroffenen liegt wahrscheinlich wesentlich höher, da die Nebenstraßen nicht berücksichtigt werden können. Die Zunahme der Zahl gegenüber den letzten Angaben im Stadtentwicklungsbericht 2000 resultiert aus den

2002: Geräuschbelastung durch den Kraftfahrzeugverkehr nach Pegelklassen (Tag)

Pegelbereich	Gesamtlänge	Anteil am Hauptnetz
≥ 75 bis 81 dB(A)	7,4 km	2 %
≥ 70 bis 75 dB(A)	67,2 km	15 %
≥ 65 bis 70 dB(A)	155,1 km	34 %
≥ 60 bis 65 dB(A)	104,0 km	23 %
≥ 55 bis 60 dB(A)	24,3 km	5 %

nun vorliegenden Daten zu den Eingemeindungen. Im Allgemeinen hat sich die Gesamtlänge des Hauptverkehrsnetzes, welches durch die höchste Pegelklasse belastet ist, in den letzten fünf Jahren halbiert.

Intensität und Struktur der Immissionen (Luftverunreinigungen) haben sich in den letzten zwölf Jahren stark verändert. Die Immissionen von SO₂ und Staub sind stark zurückgegangen. Bei SO₂ scheint sich der Jahresmittelwert auf niedrigem Niveau einzupendeln. Weitere Rückgänge sind nur zu erwarten, wenn immer noch vorhandene Ferntransporte abnehmen. Beim Staub wurden die Messungen von Gesamtstaub auf einen Feinstaubanteil mit einem Partikeldurchmesser von kleiner zehn Mikrometer (PM₁₀) umgestellt. Hier wird der Gefährlichkeit des Feinstaubes für die Gesundheit Rechnung getragen.

Bei Stickstoffdioxid ist der Hauptverursacher jetzt, im Gegensatz zu den Verhältnissen vor 1990, der Straßenverkehr. Der Abnahme bei Anlagen, Heizungen usw. steht die Zunahme des Verkehrs und die immer noch wachsende Motorleistung entgegen. Wenn diesem Trend entgegenge wirkt werden kann, werden auch hier Reduzierungen möglich sein.

Schwerpunkt der Luftverunreinigung ist in Dresden der Straßenverkehr. Problema-

tisch in Bezug auf die aktuellen Grenzwerte sind Stickstoffdioxid und PM₁₀. Die nachfolgende Grafik liefert einen Überblick zur Entwicklung der Messwerte am Dresdner Postplatz.

Bewertung →

Trotz einer Verringerung der Lärmbelastung insbesondere im Bereich der höchsten Pegelklasse bleibt die Verlärmung durch den Straßenverkehr eines der gravierendsten Umwelt- und Gesundheitsprobleme in der Stadt. Für weitere Fortschritte in der Verbesserung der Luftqualität sind vor allem Maßnahmen im Verkehrsbereich erforderlich. Erst dadurch können auch für Stickoxide und vor allen Dingen für Staub die Grenzwerte stadtwweit eingehalten werden. Hier ist noch kein ausreichendes Niveau in der Luftreinigung erreicht.

Handlungsansätze

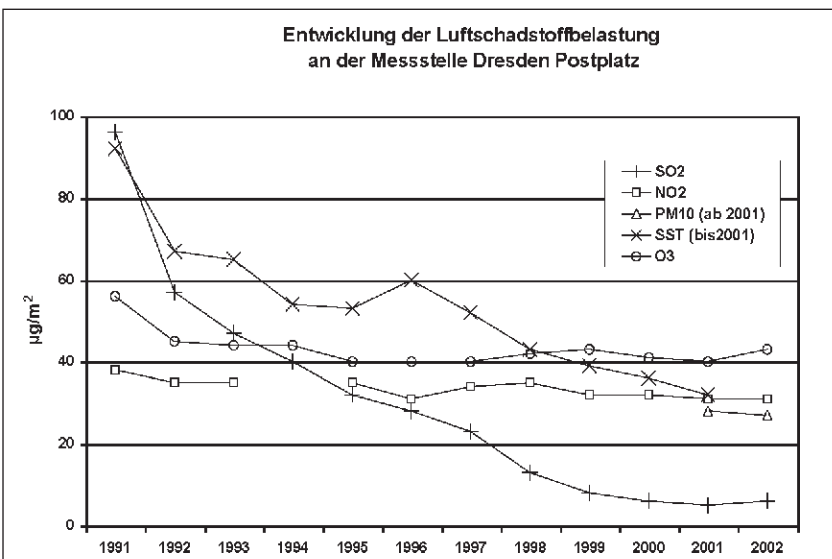
Umsetzung des Lärmsanierungsprogramms für die lautesten Straßen

Ersatz des Pflasters durch Asphalt insbesondere im Hauptnetz

Fortführung der Lärminderungsplanung für Wohngebiete und andere schutzwürdige Gebiete

Wirksame Maßnahmen gegen die Überschreitung von neuen Grenzwerten für die Staubb Belastung (PM₁₀) stadtwweit am Hauptstraßennetz

Handlungsbedarf vor allen an viel befahrenen Straßen besteht nicht nur hinsichtlich der Emissionen aus Anlagen und Kraftfahrzeugen (Auspuff). Ein guter Straßenzustand führt ebenso zu geringeren Staubb Belastungen. Um überall die ab 2005 gültigen Grenzwerte nach der 22. BImSchV einzuhalten, erscheinen neue wirksame Maßnahmen unumgänglich, die Berücksichtigung im neuen Verkehrskonzept finden müssen.



■ 1.9 Regionale Bezüge

In den vergangenen drei Jahren hat die regionale Zusammenarbeit erheblich an Bedeutung gewonnen. Grundsätzlich sind dabei drei Ebenen (bezüglich der beabsichtigten Wirksamkeit) zu unterscheiden:

- das Sachsendreieck (Makroebene)
- Dresden als Oberzentrum in der europäischen Grenzregion Ostsachsen-Nordostböhmen-Niederschlesien (Mesoebene)
- Region Dresden (Mikroebene)

Die Regionalentwicklung zeichnet sich dadurch aus, dass die Aktivitäten nur im Konsens zwischen allen Partnern der jeweiligen Ebene erfolgen können. Die aus der Sicht der Stadt Dresden zu verfolgenden Ziele können sich daher in der Schwerpunktsetzung und in bestimmten Fachgebieten durchaus von den regional formulierten und erreichbaren Zielstellungen unterscheiden. Als Oberzentrum hat sich die Stadt Dresden jedoch zu ihrer besonderen Verantwortung bekannt und hat die Rahmenbedingungen für die Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit verbessert.

Mobilisierung des Sachsendreiecks Dresden - Leipzig - Chemnitz/Zwickau

Aufgrund der zunehmenden Globalisierung und europäischen Integration kann das „Sachsendreieck“ als strategische Partnerschaft in Form eines Städtensetzes zwischen den Oberzentren zur Stärkung des Landes im europäischen und internationalen Wettbewerb beitragen. Die Kooperation der leistungsfähigen Oberzentren zum gegenseitigen Nutzen und in ihrer Gemeinsamkeit soll die Wahrnehmung Sachsens im europäischen Rahmen erhöhen.

Inwiefern diese Kooperation zur Ausbildung einer europäischen Metropolregion führen kann, ist aus den bisherigen Erfahrungen aus heutiger Sicht noch nicht beantwortbar. Die strategische Zielstellung zur Metropolregion sollte jedoch zunächst aufrechterhalten bleiben, um auf dieser Grundlage gemeinsam die Chancen und Probleme dieses Planungsansatzes herausarbeiten zu können.

Erste Ansätze zum Ausbau einer Kooperationsbeziehung zwischen den Oberzentren des „Sachsendreiecks“ sind in Form einer informellen Arbeitsgruppe, legitimiert durch die jeweiligen Oberbürgermeister der Städte, vorhanden. Der von dieser Arbeitsgruppe vorgeschlagene Weg, mit externer Unterstützung zunächst die vorhandenen Potentiale der Kooperation und Verflechtungen zu untersuchen, um entsprechend zielführend die Zusammenarbeit der Städte mit konkreten Maßnahmen zu gestalten, bedarf der aktiven

Unterstützung der Landesregierung, u.a. durch finanzielle Förderung in Anlehnung an REK-Prozesse³⁰ (FR-REGIO³¹). Andernfalls ist zu befürchten, dass es bei der jetzt praktizierten interkommunalen Zusammenarbeit auf allgemein informeller Ebene bleibt, die wohl kaum den Anspruch eines Städtensetzes bzw. einer europäischen Metropolregion erfüllen kann.

Bewertung →

Vorraussetzung für die Mobilisierung des Sachsendreiecks ist die Bereitstellung von finanziellen Mitteln durch die Landesregierung.

Ausbau der Brückenfunktion nach Mittel- und Osteuropa, Profilierung als Oberzentrum im sächsischen/nordböhmischem/niederschlesischen Grenzraum

Die Aufnahme von zehn Beitrittsstaaten in die Europäische Union im Mai 2004 führt für die Stadt Dresden zu einer völlig neuen Situation. Von ihrer Randlage gerät die Stadt mehr ins Zentrum der erweiterten EU und muss ihrer Rolle als Brücke nach Ost- und Mitteleuropa gerecht werden und ihre damit entstehenden Chancen und Herausforderungen nutzen.

Seit April 2003 hat die Stadt ein Europareferat mit einem Europabeauftragten eingerichtet, der die europarelevanten Aktivitäten der Stadtverwaltung koordiniert, EU-Projekte initiiert und begleitet und über die für Dresden relevanten europapolitischen Entwicklungen und Entscheidungen informieren soll. Dabei arbeitet er eng mit weiteren Akteuren und Einrichtungen in der Stadt und in der Region zusammen. Die Ziele des Europabüros wurden durch den Stadtrat wie folgt festgelegt:

- Stärkung des Bewusstseins und der Kompetenz für Europa
- Förderung von Weltoffenheit und Toleranz
- Ausbau und Festigung der Stellung

Dresdens in der Gruppe der europäischen Städte

- verstärkte Inanspruchnahme europäischer Förderprogramme über Beteiligung an und eigene Entwicklung von Projekten
- Einbeziehung aller Bereiche und der Region in die Europaarbeit zur Erzielung von Synergieeffekten

Neben den europäischen Projekten, an denen sich die Stadt Dresden bereits beteiligt, werden u. a. derzeit weitere Projektbeteiligungen vorbereitet (siehe untenstehende Tabelle).

Die Stadt Dresden ist Mitglied der EUROREGION ELBE/LABE (Kommunalgemeinschaft Euroregion Oberes Elbtal/Ost-erzgebirge – LKS Weißeritzkreis, LKS Sächsische Schweiz, Stadt Dresden – und Klub Euroregion Labe – Bezirk Usti), welche die Idee verfolgt, Vertrauen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu fördern sowie grenzübergreifende Entwicklungen auf den Gebieten Infrastruktur und Umwelt, Wirtschaft, Landwirtschaft sowie Humanressourcen zu unterstützen. Die Stadt Dresden arbeitet in den Fachgruppen innerhalb der EUROREGION ELBE/LABE mit. Dabei führen die Städte und Gemeinden sowie die Kreise eine Vielzahl von grenzüberschreitenden Beratungen, Maßnahmen, Kontakten und Veranstaltungen durch und tragen somit aktiv zu diesem Netzwerk bei.

Um der neuen Bedeutung der Europaarbeit gerecht zu werden, richteten die kommunalen Spitzenverbände Sachsens ein gemeinsames Verbindungsbüro in Brüssel sowie jeweils eigene Arbeitsgruppen Europa ein. Auch die Bundesverbände haben ihre Europaarbeit inzwischen verstärkt. Parallel dazu erfolgte in zahlreichen sächsischen Kommunen eine Anpassung der Aktivitäten und Strukturen, um der neuen Bedeutung der Europaarbeit gerecht zu werden. Die Stadt Dresden hat sich um die Mitgliedschaft in folgenden Verbänden unter Beteiligung der Stadt und Gemeinden der Region Dresden bewor-

Kurzname	Projektbezeichnung	Laufzeit
PLUME	Planung und urbane Mobilität	2003-2004
LUDA	Verbesserung der Lebensqualität in großen städtischen Problemgebieten	2003-2006
HQE ² R	Nachhaltige Gebäudesanierung für neue Nachbarschaften	2001-2003
ENLARGE-NET	Netzwerk zwischen kommunalen und regionalen Behörden zur Vorbereitung der EU-Erweiterung	2004-2006
Polymetrex	Netzwerk zur Erfassung und Entwicklung polyzentrischer Beziehungen zwischen europäischen Ballungs- und Großräumen	2003-2006
Intelcities	Ermittlung moderner Informationstechnologien in der Stadtplanung	2003-2007

ben, wobei eine enge Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern Aussig und Breslau angestrebt wird:

Kurzname	Bezeichnung
EUROCITIES	Europäischer Städteverband
RGRE	Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden Europas

In diesem Zusammenhang sollen auch die bestehenden europäischen Städtepartnerschaften eine stärkere strategische Ausrichtung erhalten und die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Städten im Rahmen von Netzwerken und Projekten verstärkt werden.

Bewertung →

Die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt Dresden ist als Landeshauptstadt Sachsens sowie aufgrund ihrer oberzentralen Funktion von enormer Bedeutung für die Positionierung des Freistaates im europäischen Rahmen. Angesichts der anstehenden Handlungsbedarfe und -potenziale wurden im Berichtszeitraum durch die Stadt Dresden EU-Mittel nicht in großem Umfang eingesetzt. Mit Einrichtung des Europabüros sind Ansätze zum Aufbau von Kooperationsstrukturen in europäischen Netzwerken vorhanden, welche zielgerichtet weiterentwickelt werden müssen. Über das Engagement in der Euroregion Elbe/Labe hinaus, hat die Stadt Dresden bisher allerdings nur wenige Maßnahmen eingeleitet, um sich auf die zukünftigen Herausforderungen durch die Osterweiterung der EU vorzubereiten und dabei ihre Position als Oberzentrum mit einer Bedeutung für eine erweiterte Region zu festigen. Zu beachten ist auch, dass die Kooperation nach Osten mit Polen vornehmlich durch die Euroregion Neiße bestimmt wird, in der die Stadt Dresden – ähnlich wie die Partnerstadt Breslau – nicht Mitglied ist. Eine Positionsbestimmung der Stadt Dresden als größte und bedeutendste Stadt im „Dreiländereck“ zu Polen und Tschechien hat bisher nicht stattgefunden. Eine Einbindung der Stadt in strategische Partnerschaften und Netzwerke, die auf die EU-Integration oder die Osterweiterung der EU ausgerichtet sind, ist mit einem ersten Vernetzungsprojekt (ENLARGE-NET) in Vorbereitung. Damit wird eine dauerhafte Verbindung zwischen den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in Sachsen, Niederschlesien und Nordböhmen geschaffen, als Plattform für grenzüberschreitende Projekte, den Austausch von Informationen und Erfahrungen, Entwicklung von Strategien und Visionen, Umsetzung von Projekten und der Bewusstseinsbildung in der Grenzregion.

Handlungsansätze

Ausbau von strategischen Städtepartnerschaften sowie Mitarbeit in europäischen Städtenetzwerken, um neben Wissens- und Erfahrungsaustausch die Stadt Dresden zu präsentieren, im In- und Ausland bekannt zu machen

Aufbau grenzüberschreitender Kooperationsstrukturen, z. B. im Rahmen von EU-Projekten zu verschiedenen Themen (Stadtentwicklung, Infrastrukturentwicklung, Wirtschaftsentwicklung, Freiraumvernetzung usw.)

aktive Mitarbeit in dem trinationalen EU-Projekt ENLARGE-NET und Weiterführung der aufzubauenden Kooperationsstrukturen und Netzwerke über die Laufzeit des Projektes hinaus

Unterstützung von EU-Projekten in den verschiedensten Bereichen

Verbesserung der interkommunalen Kooperation in der Region Dresden

Die Entwicklung in Dresden und seinen Nachbarkommunen ist seit 1999 durch folgende Tendenzen gekennzeichnet:

- deutlich abnehmender Abwanderungstrend aus Dresden in die Nachbargemeinden
- nahezu konstante Bevölkerungszahl insgesamt in der Region, dabei leicht fallende Bevölkerungszahlen in den Mittel- und Unterzentren zugunsten der Kleinzentren und nichtzentralen Orte
- weitere Zunahme des Ausländeranteils in Dresden, dem gegenüber Stagnation in den Umlandkommunen auf niedrigerem Niveau
- Zunahme des Sozialhilfeempfängeranteils in Dresden, weniger ausgeprägt in den benachbarten Kleinzentren und nichtzentralen Orten
- Zunahme der Einpendler aus den Nachbarkommunen nach Dresden
- insgesamt kaum weitere Ausweisung von Einzelhandels- und Gewerbeflächen in den Nachbarkommunen

Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass sich die gegensätzlichen Entwicklungstrends zwischen der Stadt Dresden und den Umlandkommunen deutlich abgeschwächt haben. Die entstandenen Ungleichgewichte insbesondere in der Siedlungs- und Bevölkerungsstruktur und die sich daraus ergebenden Belastungen für die Stadt Dresden und zunehmend auch für die benachbarten Mittelzentren bedeuten eine Schwächung der Städte und damit der Attraktivität der Region insgesamt. Im europäischen Wettbewerb der Regionen ist es deshalb notwendig, die zu lösenden Aufgaben und Probleme zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Region nach innen und außen gemeinsam zu bewältigen.

Die Stadt Dresden als Zentrum des Ver-

dichtungsraumes ist sich ihrer besonderen regionalen Verantwortung bewusst und hat die Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit angeschoben. Auf einer ersten Bürgermeisterkonferenz mit den 16 Nachbarstädten und -gemeinden Dresdens wurden im Oktober 2001 die Grundlagen, Ziele und Handlungserfordernisse der künftigen Zusammenarbeit diskutiert, in einem gemeinsamen Positionspapier niedergelegt sowie die gemeinsame Realisierung erster Projekte angeregt. Auf Verwaltungsebene wurden die wesentlichen Handlungsfelder ermittelt bzw. entsprechende Maßnahmen umgesetzt (u. a. Vorstudie zur Erarbeitung eines Regionalen Entwicklungskonzeptes (REK), Abstimmung im Rahmen der Erarbeitung des Stadtumbaukonzeptes, Beginn der Erarbeitung einer Wanderwegekonzeption).

Am 29.1.2003 beschlossen 15 Städte und Gemeinden die Bildung der Region Dresden als informelle Kooperationsform, verabschiedeten ihre Geschäftsordnung und beschlossen die Erarbeitung eines REK. Zur Koordinierung der vielfältigen Aufgaben wird seitdem das Büro der Region im Stadtplanungsamt der Stadt Dresden geführt. Jede Kommune hat weiterhin einen Regionalbeauftragten benannt, der für die Einbeziehung der notwendigen Fachbereiche verantwortlich ist. Erste gemeinsame Aktivitäten sind u. a. die Positionierung zum Landesentwicklungsplan und Hochwasserschutz, die Internetpräsentation der Region und die Vorbereitung der Präsentation der Region auf der EXPO REAL 2004.

Bewertung ↗

Mit der Institutionalisierung der Region wurde eine wesentliche Voraussetzung für eine abgestimmte regionale Entwicklung geschaffen. Neben der Verbesserung der Attraktivität sowohl für die Bewohner als auch im europäischen Wettbewerb führt die Kooperation auch zu einem regionalen Zusammengehörigkeitsgefühl und zu Synergieeffekten in den kommunalen Verwaltungen.

Handlungsansätze

weitere Intensivierung der Zusammenarbeit in der Region Dresden (Regionales Entwicklungskonzept, Fortführung der Projekte, Regionserweiterung)

Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Region nach innen und außen und dabei insbesondere:

- Stärkung des regionalen Wirtschaftsraumes
- Abstimmung der Siedlungs- und Freiraumentwicklung
- Stärkung der imageprägenden weichen Standortfaktoren
- Regionalbewusstsein entwickeln
- Erfahrungsaustausch mit anderen Regionen (z. B. Städteverband EUROCITIES)

2 Schwerpunkte der Stadtentwicklung

Ein Grundprinzip des INSEKs ist die Priorisierung von Schwerpunkten der Stadtentwicklung auf der räumlichen Ebene. Methodisch sind auf dieser zweiten Planungsebene die Aussagen der gesamtstädtischen Planung bis auf Schlüsselprojekte zu konkretisieren.

Die für den Berichtszeitraum aufgezeigte Entwicklung bestätigt sowohl den methodischen Grundansatz des INSEKs, umsetzungsorientiert Maßnahmen der Stadtentwicklung auf begründet ausgewählte Schwerpunktbereiche zu konzentrieren, wie auch die im INSEK definierten räumlichen Entwicklungsschwerpunkte selbst.

Auch das Hochwasserereignis führte, abgesehen von konkreten Maßnahmen der Schadensbeseitigung, nicht zu veränderten Priorsierungen der räumlichen Entwicklungsschwerpunkte. Vielmehr ist festzustellen, dass vielfach ohnehin schon problembehaftete Stadtteile vom Hochwasser zusätzlich beeinträchtigt waren (z.B. Friedrichstadt).

Der Stadtentwicklungsbericht trifft detailliertere Aussagen zur Zielerreichung in den Bereichen des Verdichtungs- und des inneren Entwicklungsraumes Innenstadt (Kapitel 2.1 Teilräume) sowie in weiteren räumlichen Schwerpunkten (Kapitel 2.2 Stadterneuerungsgebiete).

Für die darüber hinaus im INSEK definierten räumlichen Schwerpunkte, Standorte und Flächen prioritärer Maßnahmen der Stadtentwicklung erfolgte die Wertung überwiegend bereits im Teil A/ 1.1-1.9 unter funktionalen Aspekten. Das betrifft:

- Innere Entwicklungsräume im Wohnungsbestand überwiegend mit Baugebieten nach 1945 (Prohlis, Gorbitz, Johannstadt u.a.) mit dem Schwerpunkt der Weiterentwicklung und Anwendung des Programmes Stadtbau Ost
- Innere Entwicklungsräume im gewerblichen Bereich (Süd-Ost-Raum, Industriegelände Nord, Cossebaude, Übigau u. a.) mit dem Erfordernis der Brachflächenmobilisierung
- Weitere spezifische Entwicklungsstandorte wie das Ostragehege für die Mes-

se, Kultur, Freizeit, Sport, die Johannstadt für Forschung/Biotechnologie und Pillnitz für Schwerpunkte in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Erholung als Potenziale für zweckgebundene Investitionen

- Äußere Entwicklungsräume im Stadtrandbereich für gewerbliche Entwicklungen insbesondere im Nordraum (Rähnitz, Klotzsche, Weixdorf u. a.) mit einer weiteren bedeutsamen Ansiedlung (Maskenzentrum) und Ausbauinvestitionen
- Nickern als Schwerpunktbereich in Stadtrandrandlage für den Einfamilienhausbau mit weiteren, allerdings nachfragebedingt zögerlichen Baufortschritten
- Verbesserungen in der überregionalen Verkehrsanbindung, insbesondere mit den Baufortschritten an der BAB 17
- Bahntrassen und S-Bahnstationen mit dem schrittweisen Ausbau des S-Bahnnetzes Dresden-Pirna und im Zusammenhang mit den Hochwasserschäden auch Dresden-Tharandt sowie mit der Schaffung leistungsfähiger ÖPNV-Verknüpfungspunkte z. B. an den S-Bahn-Haltepunkten Mitte und Dobritz
- Stärkung und Ausbau von Nebenzentren unter verstärkter Nutzung der Möglichkeiten des Geschäftsstraßenmanagements

Hinzu kommen die im INSEK ebenfalls prioritär bewerteten Räume für wesentliche Magistralen sowie Grün- und Freiflächen mit dem planerischen Ansatz einer verbesserten Einbindung in den Freiraumverbund. Insbesondere im Zusammenhang mit der Realisierung von Straßenbauvorhaben wurde Einfluss auf die Gestaltung des Straßenraumes (z. B. Grünbereich im Zuge der Fritz-Löffler-Straße) genommen. Jedoch sollte der öffentliche Raum noch stärker Gegenstand kommunalen Handelns werden. Die Umsetzung gezielter Maßnahmen wird hier wie auch im Landschaftsraum durch fehlende finanzielle Mittel außerordentlich erschwert.

2.1 Teilräume

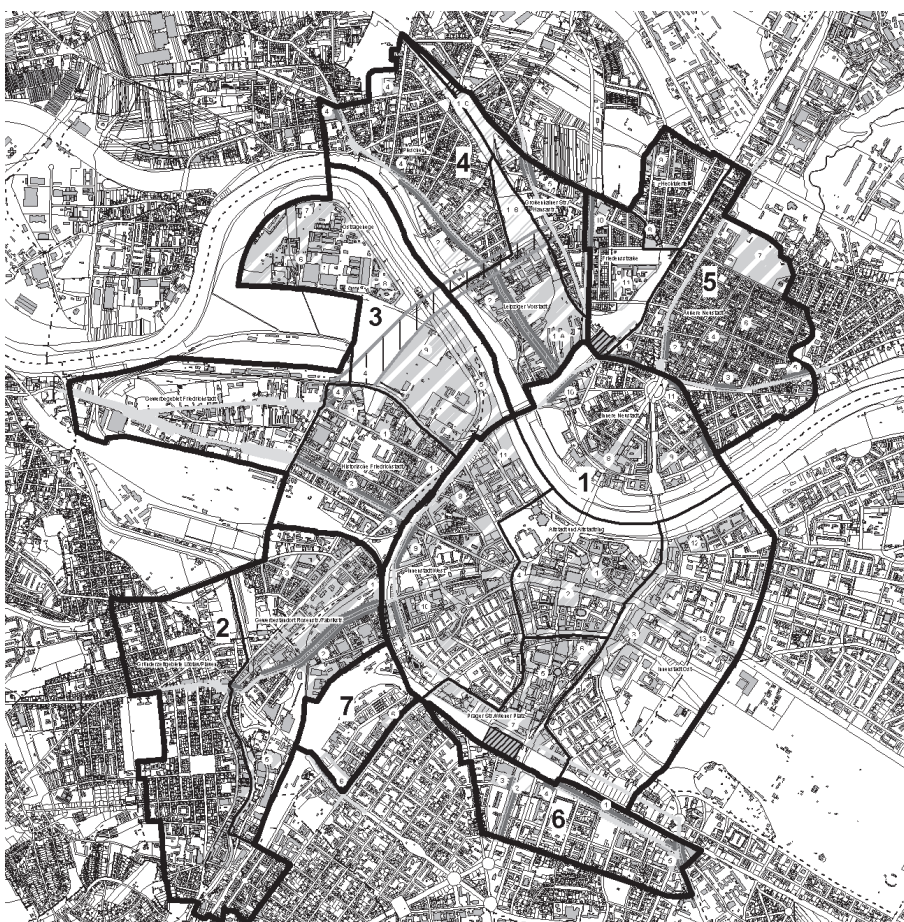
Der umsetzungsorientierte Ansatz des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes führte räumlich zu einer Drei-Ebenen-Betrachtung (Vorranggebiete, Handlungsräume, Schlüsselprojekte). Die Ebenen widerspiegeln die notwendige Prioritätensetzung bei städtebaulichen und stadtentwicklungspolitischen Entscheidungen und Aktivitäten der öffentlichen Hand. Der Stadtentwicklungsbericht gibt den Stand der Umsetzung der Schlüsselprojekte in Form von Zielerfüllungsgraden wieder und macht Aussagen zur Erfüllung der für die Teilräume 1 bis 7 beschlossenen Entwicklungsziele.

Erhaltung der verbliebenen Altbausubstanz und Struktur, Überwindung stadtstruktureller Entwicklungsdefizite (Brachen, EW-Verluste...)

Eine der wichtigsten „Brachen“ der Stadt, der Neumarkt, weist deutliche Baufortschritte, einhergehend mit fortgeschrittenen Planungsunterlagen zur weiteren Gestaltung und Bebauung auf: Ausgrabungen, Erschließungsplanung, Freiflächenplanung, Lichtkonzeption, Koordinierung der öffentlichen und privaten Vorhaben, Vorhabenbezogener Bebauungsplan Quartier 1.

Die Brachensituation in den Teilräumen insgesamt hat sich jedoch nicht grundsätzlich sichtbar verbessert. Ausnahmen bilden die Brachenberäumung und die Installation von Kunstobjekten in der Friedrichstadt und punktuell interimsmäßige Brachennutzungen in der Äußeren Neustadt (Spielplätze, Parkplätze) und der Innenstadt (Zirkus, Skateranlage, Parkplatz). Für den Teilraum 5 (DÄN; Hechtviertel) wird Planungsvorlauf in Form von Brachenkonzepten, für die Teilräume 2, 4 und 6 (Löbtau/Rosenstraße, Leipziger Vorstadt, Strehleener Straße) im Rahmen des Bahnflächenkonzeptes geschaffen.

Die Erfahrungen zeigen, dass die intensivere Betreuung und Steuerung in Fördergebieten sowie die Möglichkeit Fördergel-



- Grenzen der Teilräume
- 1 Innenstadt (26er Ring)
 - 2 Löbtau/Rosenstraße
 - 3 Friedrichstadt, Ostragehege
 - 4 Leipziger Vorstadt, Pieschen
 - 5 Äußere Neustadt, Hechtviertel
 - 6 City Süd, Strehleener Straße
 - 7 Altstadt II, Zwickauer Straße

der für private und öffentliche Investitionen einzusetzen, zur Erhaltung und Aufwertung von Struktur, öffentlichem Raum und Altbausubstanz beitragen. In diesem Kontext ist die förmliche Festsetzung der historischen Altstadt rund um den Neumarkt als Sanierungsgebiet und die Erweiterung des Fördergebietes in der Inneren Neustadt von großer Bedeutung. Auch für die in westlicher Innenstadttrandlage besonders gefährdeten Bereiche Friedrichstadt, Ostragehege, Löbtauer/Tharandter Str., Rosen/Fabrikstraße sowie die Leipziger Vorstadt sind im Berichtszeitraum vorbereitende Untersuchungen, Neuausweisungen bzw. Gebietserweiterungen von Fördergebieten unterschiedlichster, darunter europäischer Programme erfolgt. Erfolgreich fortgesetzt wurden die Bemühungen in den bereits vorhandenen Fördergebieten (vgl. Teil A/2.2 Stadterneuerungsgebiete).

In diesen Teilräumen war auch weiterhin Einwohnerzuwachs zu verzeichnen. In der Innenstadt konnte der Trend der Einwohnerverluste zwar insgesamt gebremst werden, in einzelnen Bereichen (Friedrichstadt, Teile von Pirnaischer und Wilsdruffer Vorstadt) sinken jedoch die Einwohnerzahlen weiterhin.

Stärkung der eigenen ökonomischen Basis (Arbeitsplätze, Verkehrsanbindung, Infrastruktur...)

Im Bereich der verkehrlichen Infrastruktur sind in fast allen Teilräumen sichtbare Fortschritte bzw. Planungsfortschritte zu verzeichnen. Das betrifft sowohl den ÖV (S-Bahn/Straßenbahnausbau und -haltestellen, z. B. am Wettiner Platz, Bf. Mitte, WTC und Bischofsplatz) als auch den Individualverkehr (Ausbau F.-Löffler-Straße, Schäferstraße, Tunnel und TG Wiener Platz/Wiener Straße u. a. m.).

Arbeitsplätze sind insbesondere durch die Eröffnung von Einzelhandelseinrichtungen in der Innenstadt (Altmarktgalerie, Quartier M, Hauptstraße und Markthalle) entstanden. Der Einsatz von EU-Fördermitteln zur Stärkung gewerblicher Infrastruktur bzw. zur Ansiedlungsunterstützung in Bereichen der Teilräume 2 bis 4 wird vorbereitet.

Verbesserung des Erscheinungsbildes und des Images

Imageveränderungen sind in der Kürze der Zeit nicht zu erwarten, allerdings sind Tendenzen durchaus wahrzunehmen. So haben sich das Erscheinungsbild und damit auch das Image von Teilen der Altstadt (Neumarkt, Packhofviertel, Wiener Platz), der Inneren Neustadt (Hauptstraße) aber auch des Hechtviertels in den letzten drei Jahren verbessert, während – zum großen Teil durch Hochwasserschäden bedingt –

die Friedrichstadt, Teile der Altstadt (u. a. die Prager Straße) und Löbtauer-/Rosenstraße an Ansehen verloren haben. Bei kurzfristiger Beseitigung der Hochwasserschäden stellen jedoch diese negativen Imageerscheinungen keine tendenziellen Entwicklungsansätze dar.

Verbesserung der Wohnbedingungen, des Wohnumfeldes und der Lebensbedingungen für die Bewohner

Kontinuierliche Verbesserungen sind in den Sanierungsgebieten Äußere Neustadt, Pieschen und Hechtviertel durch die Gestaltung des öffentlichen Raumes einhergehend mit der Lärminderung belasteter Straßen erreicht worden. Punktuelle Verbesserungen z. B. durch eine bessere Versorgungslage bzw. den Ausbau der Infrastruktur sind für die Innenstadt (Altmarktgalerie, Weiße Gasse, Quartier M) und die Innere Neustadt (Markthalle, Handwerkerpassage, Hauptstraße) zu konstatieren. Zwischenzeitliche Verschlechterungen der Wohnsituation durch das Hochwasser in den Teilräumen 2 bis 4 konnten kurzfristig beseitigt werden.

Entfaltung des spezifischen Profils/ Nutzung von Lagegunst, Geschichte und Tradition



Genutzte Umsetzungsinstrumente im Berichtszeitraum							
Teilraum	allgemein. Städte- baurecht	besond. Städte- baurecht	weitere Fördermittel (EFRE;HW)	Ökokonto E&A- Maßnahmen	ABM, Vergabe-ABM	Investitionen Priv./Komm.	Investitionen Stift., Spons., Bürgerinit. u.ä.
Altstadt	x	x	x(HW)	x	-	x(p,k)	x
Inn. Neustadt	x	x	x(HW)	-	-	x(p,k)	x
Löbtau/Plauen	-	x	x(HW)	-	-	x(p)	-
Rosen/Fabrikstr	-	x	x(HW;EFRE)	-	-	-	-
Friedrichstadt/ Ostragehege	x	x	x(HW;EFRE)	-	x	x(p)	x
Leipziger Vorstadt	-	-	x(EFRE;HW)	-	-	x(k)	-
Pieschen	-	x	x(EFRE;HW)	-	x	x(p,k)	-
Äußere Neustadt	x	x	x(HW)	-	-	x(p,k)	x
Hechtviertel	-	x	-	-	-	x(p,k)	-
City Süd/Strehlemer Straße	x	-	-	-	-	-	-
Altstadt II/Zwickauer Straße	-	-	-	-	-	-	-

Mit steigender Attraktivität wächst das Interesse und die Identifikation der Dresdner Bevölkerung mit ihrer Innenstadt. Neben baulichen Veränderungen tragen ebenso die Bemühungen des City-Managements und des Vereins Königstraße dazu bei.

Positive Beispiele sich verstärkender Bürger- und Vereinsaktivitäten zugunsten ihrer Stadtviertel sind in der Friedrichstadt, der Neustadt, dem Hechtviertel und Plauen zu registrieren. Zur Stärkung ihrer Ortsteilzentren haben sich Initiativen und Gewerbevereine in Löbtau und Pieschen gebildet. Bürgerschaftliches Engagement in den Teilräumen 6 und 7 ist nicht bekannt.

Die Fluktuationsrate der vor allem studentischen Bevölkerung in der Äußeren Neustadt hat das einst außerordentlich hohe Engagement und die Identifikation der Neustädter mit ihrem Viertel sinken lassen. Nunmehr artikuliert sich der Bürgerwille vor allem über Interessenvertreter.

Bündelung der Ressourcen in der Stadtverwaltung, Koordinierung von Aktivitäten, Einsatz von Umsetzungsinstrumenten

Eine der zentralen Zielstellungen des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes war die Entscheidung zur Ressourcenbündelung, -konzentration und -koordinierung zu Schwerpunktthemen und in den Schwerpunkträumen der Stadtentwicklung – insbesondere in den Teilräumen 1 bis 7. Dies ist nur zum Teil gelungen – mit Ausnahme der Hochwasserschadensbeseitigung.

Während in den Gebieten mit Städtebauförderung eine Koordinierung der Ämteraktivitäten durch die Stadterneuerung bzw. am Neumarkt durch einen eingesetzten Projektkoordinator erfolgt, gibt es in den darüber hinausgehenden Räumen keine Festlegung zu solcher Art Verantwortlichkeit (siehe Tabelle Umsetzungsinstrumente).

So ist nur vereinzelt feststellbar, dass hier besondere Bemühungen hinsichtlich der Schaffung von Planungsvorlauf, öffentlichen Investitionen, Unterstützung und Erhaltung öffentlicher Einrichtungen, Initiierung von Bürgerengagement (Ausnahme Friedrichstadt!) stattfanden.

Der Zielerreichungsgrad der Schlüsselprojekte wurde in Tabellenform dargestellt. (Anlage 1)

Bewertung

Dem vordergründigen Ziel – der Attraktivierung und dem Wiederaufbau der Innenstadt – ist die Stadt spürbar nähergekommen. Neben dem baulichen ist in vielen Bereichen ein Planungsfortschritt festzustellen. Mehrere Vorhaben sind jedoch aufgrund anderweitiger Investitionshemmnisse nicht zum Tragen gekommen.

Ebenso verhält es sich in den Teilräumen am westlichen Innenstadtrand. Hier sind weder eine grundlegende Aufwertung noch der Abbau sozialstruktureller Defizite vorangekommen.

Für die Umsetzung der Schlüsselprojekte ergibt sich so eine deutlich negative Bilanz. Allerdings erscheint die Auswahl und Anzahl der Schlüsselprojekte angesichts weiterer Konsolidierungsbemühungen der Stadtverwaltung überprüfenswert.

Nach wie vor sind erhebliche Unterschiede im Entwicklungsstand aber auch in der Arbeitsweise der Verwaltung (Zusammenarbeit mit Bürgern, Investoren und untereinander, Koordinierung, Prioritätensetzung u. a. m.) zwischen Fördergebieten und den übrigen Räumen der Vorranggebiete festzustellen. Die meisten Teilraumbereiche, in denen keine bzw. noch keine öffentlichen Mittel zum Einsatz kommen konnten (z. B. Friedrichstadt, Leipziger Vorstadt, Hansa/Friedensstraße, Schweriner Straße, Löbtauer/Tharandter Straße, Strehle-

mer Straße) haben bislang keine grundsätzlichen Verbesserungen erfahren.

Handlungsansätze

- Prüfung von Projektstrukturen zum Entwicklungsmanagement von Teilräumen ohne Fördergebietsausweisung
- Verstärkte Nutzung weiterer Investitions- und Fördermöglichkeiten (A- & E-Maßnahmen, ABM, Bürger- und Vereinsinitiativen u. a. m.)
- Prüfauftrag zur Konsolidierung der Vorranggebiete und Schlüsselprojekte
- gezielte Vorbereitungen zum Hochwasserschutz und zur Umsetzung der Maßnahmen

2.2 Stadterneuerungsgebiete

Integrierte Steuerungsfunktion in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf

Im Prozess der Erarbeitung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes wurde ein strategischer Ansatz der Fördergebietsausweisung und -priorisierung erarbeitet (Anlage 6, Stadterneuerungsgebiete). Dieser wurde im Rahmen einer gesamtstädtischen Beurteilung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf ergänzt durch erste Aussagen zur mittelfristigen Mittelzuweisung. Das Ziel der Flexibilisierung des Mitteleinsatzes nach aktuellen Schwerpunktsetzungen ohne die Aufgabe der langfristigen Sanierungsziele in allen Gebieten gewinnt mit zunehmender Ressourcenknappheit immer mehr an Bedeutung.

Die Steuerfunktion der Stadterneuerung in Bezug auf die Entwicklung ausgewählter Stadtteile hat weiter an Bedeutung gewonnen. In der Praxis unterliegen die Steuermöglichkeiten jedoch Einschränkungen.



gen. Dazu gehören z. B. die wachsenden Schwierigkeiten den zur Inanspruchnahme der verschiedenen Förderprogramme der Stadterneuerung notwendigen städtischen Eigenanteil aufzubringen, der Rückgang des Investorenengagements und nicht zuletzt die wachsende Anzahl von Stadterneuerungsgebieten bei geringer werdender Betreuungskapazität. Letzteres führte dazu, dass die projektähnlichen, traditionell bewährten Arbeitsweisen vor Ort und zur Steuerung in der Verwaltung (Sanierungsbüros, Sanierungsarbeitskreise) in einigen Gebieten ergänzt wurden durch Quartiersmanager (Gebiete Soziale Stadt), einen Projektbeauftragten (Neumarkt) und Moderatoren (Äußere Neustadt).

Die gezielte Einbeziehung der Bürger und Gewerbetreibenden in den Entwicklungsprozess in ihrem Stadtviertel als ein probates Mittel der Steuerungsfunktion durch die Stadterneuerung ist durch die in einigen Gebieten nachlassenden oder in anderen Gebieten kaum vorhandenen Bürgeraktivitäten schwieriger geworden. Es hat sich gezeigt, dass jedes Gebiet andere Formen der Initiierung von Bürgerengagement benötigt.

Fördermittelbündelung und -konzentration auf die Schwerpunkträume der Stadtentwicklung (Innenstadt, Innenstadtrand, historische Siedlungskerne, innerstädtische Brachen)

Die Städtebauförderung setzt auf die Fördermittelbündelung und -konzentration innerhalb der Schwerpunkträume der Stadtentwicklung. Dazu werden die verfügbaren Förderprogramme geprüft und ggf. zur Entwicklung der Gebiete herangezogen. Die weitergehende Zielstellung eines Fördermittelmanagements in diesen Räumen über Fachgebietsgrenzen hinweg gelingt in einzelnen Fällen (Straßenbau, Jugendeinrichtungen), ist aber noch nicht Verwaltungsalltag. Auch diesbezügliche Vorstellungen beim Fördergeldgeber im Rahmen der INSEK-Erarbeitung in den sächsischen Städten konnten bislang nicht verwirklicht werden.

Fördermittel aus dem Bereich der Stadterneuerung werden weiterhin auch für die Revitalisierung von Brachflächen eingesetzt. Dies ist allerdings beschränkt auf die festgelegten Gebiete der Stadterneuerung und bezieht sich vorrangig auf kleinere Vorhaben im engeren Umfeld von Wohnquartieren³². Ziel der Brachflächenentwicklung ist i. d. R. die Wohnumfeldverbesserung oder die Förderung von Investitionen innerhalb von Wohnquartieren. Der Einsatz europäischer Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) zur Revitalisierung innerstädtischer Gewerbebrachen erfolgt

im Rahmen der Stadtteilentwicklungsprojekte Weißeritz und Leipziger Vorstadt/Pieschen sowie im Bereich des Ostrageheges. Die Unterstützung der Umsetzung eines gesamtstädtischen Brachenkonzeptes durch Mittel der Städtebauförderung ist nicht realisierbar, da sowohl die finanziellen Mittel als auch die förderrechtliche Grundlage gegenwärtig nicht vorhanden sind.

Dem Förderantrag der Stadt Dresden für die Aufnahme der historischen Siedlungskerne in das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz wurde nicht stattgegeben. Für den historischen Bereich Friedrichstadt werden deshalb die Vorbereitenden Untersuchungen zur Festsetzung eines Sanierungsgebietes fortgesetzt.

Kontinuität des Erneuerungsprozesses in den bestehenden Fördergebieten, Schwerpunktverlagerung des Investitionsmitelesatzes von der Gebäudesanierung zur Aufwertung des öffentlichen Raumes, Verstärkte Förderung Gemeinbedarfseinrichtungen

Im Rahmen der Überprüfung der Ergebnisse der Stadterneuerung zur Fortschreibung des INSEK wurde ein deutlicher Trendwandel in der Mittelverwendung festgestellt. Insbesondere in den Sanierungsgebieten und im Gebiet des städtebaulichen Denkmalschutzes ist der Anteil der Mittel für den öffentlichen Raum und den Gemeinbedarf von ehemals 24 Prozent (vor 2001) auf 67 Prozent (2001-03) gestiegen. Schwerpunkte dabei waren die Straßen- und Platzgestaltung in der Inneren und Äußeren Neustadt, Pieschen, Plauen und dem Hechtviertel sowie der Ausbau von Gemeinbedarfseinrichtungen und öffentlichem Grün (z. B. Spielplätze) insbesondere in der Äußeren Neustadt und dem Hechtviertel. In den Plattenbaugebieten und dem Gebiet der Sozialen Stadt ist es zwar zu einer Steigerung des Mitelesatzes für Gemeinbedarfszwecke von 12 auf 22 Prozent gekommen, der Mitelesatz insgesamt beträgt jedoch nur rund 700 TEuro (für immerhin 13 Prozent der Dresdner Stadtbevölkerung). Auch in den neu ausgewiesenen EFRE-Gebieten bildet die Mittelausgabe für Gemeinbedarfseinrichtungen, Straßen/Plätze und öffentliches Grün einen Schwerpunkt.

In Bezug auf die im Rahmen der Stadterneuerung neu geschaffenen bzw. entwickelten Gemeinbedarfseinrichtungen bereitet es der Stadt Dresden, bzw. den nicht-städtischen Betreibern zunehmend Schwierigkeiten dauerhaft die Finanzierung der Betriebs- und Bewirtschaftungskosten zu sichern.

Trotz der Schwerpunktverlagerung von der Wohngebäudesanierung zur Entwick-

lung der öffentlichen Räume und der sozialen Infrastruktur wird dem Anliegen einer kontinuierlichen Fortsetzung der Sanierung der Altbausubstanz genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Mit den in den Jahren 2001 bis 2003 dafür eingesetzten Mitteln in Höhe von ca. vier Mio. Euro konnten wesentliche Sanierungsmaßnahmen unterstützt werden.

Qualifizierung des Wohnumfeldes durch Umbau (Rückbau und Sanierung)

Der Prozess des Stadtumbaus hat in Dresden zunächst zögerlich begonnen, in den letzten zwei Jahren jedoch an Dynamik gewonnen. Die Anwendung von Fördermitteln für den Stadtumbau in ausgewählten Stadtteilen sowie „Grundsätze für einen nachhaltigen Stadtumbau“ wurden durch den Stadtrat bestätigt. Den Schwerpunkt der geplanten Umbaugebiete bilden Plattenbauten mit hohem Wohnungsleerstand an teilweise städtebaulich schlecht integrierten Lagen. Für eine Reihe von Teilgebieten liegen konkretere Umbaukonzepte vor, auf deren Grundlage die Unternehmen in Absprache mit der Stadt ihre Förderanträge stellen.

Erstes gelungenes Beispiel für den Stadtumbau durch Rückbau und Sanierung ist der erste Bauabschnitt der Kräutersiedlung in Gorbitz. Die überwältigende Mieternachfrage zeigt, dass die Stadt mit ihrem Wunsch nach hoher städtebaulicher Qualität und das Unternehmen mit seiner weitsichtigen Entscheidung für einen Kompromiss zwischen anspruchsvollen Umbau und kostengünstigem Abriss einen richtigen, weil von den Bewohnern akzeptierten Weg eingeschlagen haben. Leider ist die Weiterführung des Projektes gegenwärtig gefährdet, da die Finanzierung der Abrissmaßnahmen zwar gesichert ist, aber nicht die der folgenden Sanierung.

Die finanziellen, städtebaulichen und topografischen Entwicklungsbedingungen der Standorte des Stadtumbaus sind jedoch sehr differenziert. Dementsprechend unterschiedlich werden auch Ziele, Maßnahmen und Erfolge des Stadtumbaus ausgeprägt sein.

Der gegenwärtige Stand der Antragstellung auf Fördermittel aus dem Stadtumbauprogramm in Höhe von ca. 25 Mio. Euro (Förderrahmen) folgt im wesentlichen dem gesamtstädtischen Stadtumbaukonzept, wird aber noch ergänzt durch ca. 30 Anträge auf Abriss im Altbaubereich.

Bewertung



Die Stadterneuerung als Prozess der langfristigen und gezielten Entwicklung von Stadtteilen mit besonderem Bedarf hat in

den letzten drei Jahren auf die neuen Herausforderungen zur Gestaltung des öffentlichen Raumes und der Unterstützung der Gemeinbedarfseinrichtungen in hervorragender Weise reagiert. Die diesbezüglich formulierten Ziele können als erfüllt gelten, bedürfen jedoch einer kontinuierlichen Weiterführung in den nächsten Jahren.

Nicht durchgängig und konsequent konnte die Zielstellung der Fördermittelbündelung und des -managements sowie der Steuerungsfunktion erreicht werden. Die bisherigen guten Erfahrungen können jedoch dazu dienen, entsprechende Ressourcenplanungen, aber auch Arbeitsweisen und Organisationsmethoden verstärkt anzuwenden.

Das Thema Stadtumbau ist zum jetzigen Zeitpunkt (bislang liegen Fördermittelbewilligungen erst für knapp 30 Prozent des Antragsvolumens vor) noch nicht zu beurteilen, einzig das o. g. Pilotobjekt Kräutersiedlung weist einen vorzeigbaren Stand auf.

Handlungsansätze

- Stärkung der Steuerungsfunktion, u.a. durch die intensivere Einbeziehung der städtischen politischen Gremien sowie die Priorisierung von Gebieten und Strategien der Stadterneuerung
- schrittweise Einführung eines Fördermittelmanagements in den Fördergebieten, speziell in den Vorranggebieten der Stadtentwicklung (Kap. Teilräume)
- gezielte Qualifizierung der Mitarbeiter im Bereich Projektsteuerung und Bürgerbeteiligung (Kooperations- und Moderationsverfahren), Anwendung der Erfahrungen aus den Stadterneuerungsgebieten in anderen Bereichen der städtebaulichen Planung
- Forcierung des Stadtumbauprozesses als Mittel zur städtebaulichen Qualifizierung und wohnungswirtschaftlicher Stabilisierung



3 Gesamtstädtische Ziele

Zusammenfassung

Mit Beginn der Konsolidierungsphase in der Stadt Dresden wurde unter diesen neuen Prämissen in den Jahren 2000/01 das Integrierte Stadtentwicklungskonzept erarbeitet. Hauptaussagen waren die Bekräftigung der Notwendigkeit, aber auch das Aufzeigen der grundsätzlichen Möglichkeit der Konzentration auf Schwerpunktaufgaben und Schwerpunkträume.

Das Hauptaugenmerk wurde auf die Ausprägung Dresdens als „Europäische Stadt – Stadt in Europa“ gelegt. Alle gesamtstädtischen Ziele ordneten sich dieser dualen Maxime unter.

Dresden – Europäische Stadt

Die europäische Stadt zeichnet sich aus durch ein funktionsfähiges Stadtzentrum und lebendige Ortsteilzentren mit einer vielfältigen Stadt- und Stadtteilkultur, durch eine kompakte Siedlungsstruktur sowie eine Mischung von Nutzungen auf engem Raum.

Dem **strukturellen Leitbild der vorrangigen Innenstadtentwicklung** und der Stützung der zentralen Bereiche in den Stadtteilen ist die Stadt in den vergangenen zwei Jahren teilweise näher gekommen.

Einerseits führten der Baufortschritt aber auch eine Zunahme der Funktionsvielfalt, ein gelungenes Aktivitätenmanagement und die beginnende Gestaltung des öffentlichen Raumes zu einem deutlichen Attraktivitäts- und Identitätszuwachs der Innenstadt. Durch den inzwischen sichtbaren Wiederaufbau von Frauenkirche und Neumarkt und die Vervollkommnung der berühmten Altstädter Silhouette Dresdens durch die Synagoge und das Kongresszentrum, aber auch die kontinuierliche Attraktivitätssteigerung der Inneren Neustadt z. B. durch die Handwerker-Passagen und die Markthalle wird zunehmend das vielgepriesene Wesen des alten Dresdens, der Charme der Steinernen Stadt am Wasser, spürbar.

Andererseits muss konstatiert werden, dass der mit dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept 2000 begonnene Prozess der

Konzentration auf die Innenstadt und ihre Ränder nur bedingt in den Alltagsentscheidungen berücksichtigt wurde. Nach wie vor wurden Beschlüsse gefasst, z. B. bei Einzelhandelsflächen, deren Folgen ungünstig auf die Innenstadtentwicklung wirken.

Bislang ist es nicht gelungen, in den innenstadtnahen Räumen – insbesondere im Westen und Süden des 26er Ringes – einen sichtbaren Entwicklungsschub zu initiieren. Allerdings waren die Folgen des Hochwassers in diesen Bereichen besonders gravierend. Mit der Ausweisung von Fördergebieten (Leipziger Vorstadt, Ost- und Westvorstadt, Friedrichstadt, Weißeritzprojekt) und dem gegenwärtig laufenden, umfangreichen Infrastrukturprogramm im Rahmen der Hochwasserschadensbeseitigung (u. a. Weißeritzstraße, Löbtauer Straße, Wiener Platz und Wiener Straße) sind jedoch bedeutsame Vorleistungen für deren Entwicklung auf den Weg gebracht. Aber auch hier sollten in Zukunft Entscheidungen, z. B. zum Erhalt bzw. der Unterstützung von Gemeinbedarfseinrichtungen, sensibler auf ihre Konsequenzen in der Stadtteilentwicklung geprüft werden.

Als Ursache für die fehlende oder zumindest mangelnde Umsetzung in einzelnen Teilbereichen stellen die objektiven Rahmenbedingungen gegenwärtig ein Entwicklungshemmnis dar. Die Perspektive der allgemein wirtschaftlichen Situation wird von vielen potenziellen Investoren noch immer so pessimistisch eingeschätzt, dass selbst die Ausnutzung aller zur Verfügung stehenden Spielräume des Landeshauptstadt Dresden nicht die notwendigen Impulse zu verleihen vermag.

Dem Bemühen um eine verstärkte Nutzungsmischung und **Kompaktheit der Stadtstruktur** im Zusammenhang mit einer konsolidierten Bevölkerungszahl steht ein Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsflächen von ca. 100 ha gegenüber. Diese resultiert überwiegend aus der Zunahme von Verkehrsflächen zulasten von landwirtschaftlichen Nutzflächen (Autobahn und Autobahnezubringer). Die gesamtstädtische Leerstands- und Brachensituation hat sich im Berichtszeitraum nur unwesentlich

geändert und beträgt in allen Funktionsbereichen ca. zehn bis 15 Prozent (Büroflächen zehn Prozent, Wohnungen 16 Prozent). Trotz der o. g. Bilanz gibt es vielfältige Bemühungen der Revitalisierung (z. B. städtische Gewerbe- und Handwerkerhöfe auf Gewerbebrachen), der Nachnutzung (z. B. rund zwei Drittel der aufgehobenen Schulstandorte werden weiter für Gemeinbedarfszwecke genutzt), der Zwischennutzung (z. B. Parkplätze in der Neustadt) und der Begrünung (z. B. Ausgleichsflächen, Spielplätze in den Sanierungsgebieten).

Für die Dresdner Bevölkerung besteht ein **bedarfsgerechtes Wohnungsangebot**. Die Bautätigkeit dient überwiegend der Aufwertung des Wohnungsbestandes (Um-/Ausbau >80 Prozent). Geschosswohnungsneubau fand vorwiegend als Lückenschließung oder Ersatzbau für abgerissene Wohngebäude in Sanierungsgebieten statt, der Eigenheimbau vorrangig in integrierten Lagen am Stadtrand und in den Ortschaften. Zulasten von Stadterweiterungsgebieten (ca. sieben Hektar) wurden im Flächennutzungsplan neue Wohnbauflächen an integrierten Standorten aufgenommen.

Die **soziale Stabilisierung der Wohngebiete** durch eine Stärkung der Bindung der Bewohner an ihren Stadtteil hat sich erwartungsgemäß teils räumlich differenziert vollzogen. Immerhin ist die Binnenwanderung gesamtstädtisch nach Höhepunkten in den Jahren 1999/2000 gesunken und ca. 40 Prozent der Haushalte haben ihre Wohnung innerhalb ihres Stadtteiles getauscht. Die Förderung der Bildung von Wohneigentum führte zur Zunahme selbstgenutzten Wohneigentums auf 13 Prozent.

Wesentliche Identitätsmittelpunkte sind die Ortsteil- und Nahversorgungszentren. Leider ist im überwiegenden Teil der Nebenzentren keine Entwicklung zu verzeichnen. Ausnahmen sind hier die Borsbergstraße und der Schillerplatz. Von der Einrichtung eines Einkaufstraßenmanagements werden zukünftig Impulse erwartet.

Die Wohn- und Aufenthaltsqualität in der Stadt und den Stadtteilen wird u. a. durch eine hohe Qualität von **Freiraumgestal-**

tung und Umwelt bestimmt. Insbesondere im öffentlichen Raum wurden durch Platz- und Straßenraumgestaltungen in der Innenstadt und den Sanierungsgebieten, eine Vielzahl von Straßenbaumpflanzungen, aber auch Landschaftsgestaltungen im Rahmen von Brachenrevitalisierungen (z. B. Ostragehege, Plattenwerk Johannstadt, Trützsch in Nickern) erkennbare Fortschritte erzielt.

Die Umweltbelastungen sind in Teilbereichen rückläufig. Dazu zählen Emissionen von SO₂, CO₂ sowie Benzol und die Gewässerbelastungen. Die Bodenversiegelung und die Belastungen durch den Straßenverkehr haben jedoch zugenommen. So ist die Verlärmung nach wie vor eines der gravierendsten Umweltprobleme der Stadt. Auch lokalklimatische Verbesserungen und die Sicherung der Kalt- und Frischluftzufuhr finden zu wenig Beachtung. Während sich die traditionellen Luftschadstoffe auf einem relativ geringen Niveau eingeepegelt haben, werden die aktuellen EU-Richtlinien zur Luftreinhaltung neue Herausforderungen bringen. Die Geschwindigkeit der CO₂-Reduktion hat sich seit einigen Jahren stark abgeschwächt. Ohne zusätzliche Anstrengungen wird die geplante Halbierung der Pro-Kopf-Emission bei CO₂ und anderen klimarelevanten Gasen nicht gelingen.

Im Berichtszeitraum gab es wesentliche Fortschritte beim Aufbau einer **leistungs-fähigen sozial-, umwelt- und ortsver-träglichen Stadtverkehrsstruktur**. Der Schwerpunkt für den ÖPNV lag auf dem Ausbau der S-Bahn (u. a. Neubaustrecke zum Flughafen, Umbau Marienbrücke) und der Aufwertung von Straßenbahnstrecken durch abschnittswise Neubau eigener Gleiskörper (z. B. Fritz-Löffler-Straße, Wettiner Platz/Bf. Mitte). Im Straßennetz sind wichtige Ergänzungen im Hauptverkehrsstraßennetz wirksam geworden (z. B. Bramschttunnel, Stauffenbergallee), und nicht zuletzt wurde das Radwegenetz um ca. 60 km erweitert.

Dresden – Stadt in Europa

Die **internationale Ausstrahlung der Stadt** durch anspruchsvolle Bildungs- und Kulturangebote, durch ein gestärktes europäisches Bewusstsein und nicht zuletzt durch eine weltoffene Einwohnerschaft ist und bleibt erklärtes Ziel. Nimmt man die Dienstleistungskategorien Tourismus, Tagungen und Kongresse als Indikator, so kann – mit Ausnahme des Hochwasserjahres 2002 – in allen Bereichen eine Steigerung konstatiert werden. Inwieweit tatsächlich eine ideelle und materielle Internationalisierung der Stadtgesellschaft, aber auch der regionalen Wirtschaft erfolgt ist, ist gegenwärtig noch nicht auszuma-

chen. Das Bildungsangebot wurde kontinuierlich durch Investitionen mit überörtlicher Bedeutung (z. B. SLUB, Institute und Kliniken der TU) gestärkt. In den Bereichen Kultur, Sport und Freizeit gelang das im Berichtszeitraum nur im Rahmen der Planungsvorbereitungen. Trotz der finanziell angestregten Situation bemühen sich die Stadt und der Freistaat weiter um den Erhalt und den Ausbau von Einrichtungen und Veranstaltungen der sog. Hochkultur.

Ansprüche an die Qualität von Architektur und Landschaftsgestaltung sollen die traditionell auf hohem Niveau stehende Baukultur in Dresden fortsetzen und damit **Dresdens Ruf als eine der schönsten Städte Europas** gerecht werden. Neubauten mit überörtlicher Bedeutung wie z. B. die Synagoge und die SLUB einerseits, andererseits aber auch repräsentative Büro- und Wohngebäude sind dafür bereichertes Zeugnis. Der fortgeschrittene Sanierungsstand in den dresdentypischen Villen- und Stadthausvierteln (z. B. Schweitzer und Preußisches Viertel, Löbtau), den Stadterneuerungsgebieten der Gründerzeit (Plauen, Pieschen, DÄN und Hechtviertel), den Dorfkernen und Ortschaftszentren und natürlich die bereits sichtbare Veränderung der Stadtsilhouette tragen positiv zur Außenwirkung der Stadt bei.

Der behutsame Umgang mit der Ressource Freiraum dient nicht nur dem Erhalt der dresdentypischen Einheit von Stadt und Landschaft, sondern ermöglicht – wie 2002 sichtbar – auch wesentliche natürliche Ausgleichsfunktionen. In diesem Kontext korrespondiert die Beantragung der „Kulturlandschaft Dresdner Elbtal“ zur Aufnahme als UNESCO-Weltkulturerbe durchaus mit der Festlegung von ca. 1 800 Hektar als FFH-Gebiet und der Förderung umweltgerechter Landwirtschaft auf ca. 460 Hektar.

Zahlreiche Aktivitäten richten sich auf die stärkere **Integration der Stadt Dresden in vorhandene europäische Netzwerke**. So arbeitet die Stadt intensiv in den Fachgruppen den Euroregion Elbe/Labe und bemüht sich um die Mitgliedschaft im Europäischen Städteverband Eurocities. Gemeinsam mit wissenschaftlichen Institutionen der Stadt beteiligt sich Dresden an unterschiedlichen europäischen Projekten. Auch der Freistaat und die kommunalen Spitzenverbände sind um eine verstärkte Präsenz in der Europaarbeit bemüht. Die mit dem Landesentwicklungsplan verfolgte Zielstellung der Etablierung einer Metropolregion „Sachsendreieck“ als Motor und Initiator globaler Wirtschaftsbeziehungen zum gegenseitigen Nutzen der Oberzentren (Dresden-Chemnitz/Zwickau-Leipzig) ist allerdings über erste Ansätze zum Ausbau von Kooperationsbeziehungen noch nicht hinausgekommen.

Der wachsenden Bedeutung europäischer Zusammenarbeit – insbesondere unter dem Gesichtspunkt der EU-Osterweiterung – und der Notwendigkeit verstärkter Kontakte zur EU wurde mit der Einrichtung eines Europareferates im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters Rechnung getragen. Hier wird sowohl die Thematik wachsender Außenwirksamkeit Dresdens und seiner Region als auch die **verstärkte Einwerbung europäischer Förderungen** aktiviert und koordiniert. Letzteres stellt im Kontext mit dem sich verschärfenden Wettbewerb der Standorte (Regionen und ihre Oberzentren) um Ansiedlungen und Erhaltung wirtschaftlich bedeutsamer Unternehmen einen wesentlichen Punkt bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Dresdens im internationalen Vergleich dar.

Dem gestellten Ziel, sich als **international bedeutsamer Standort für Hochtechnologien und Wissenschaft** zu profilieren wurde durch weitere richtungsweisende Großansiedlungen (z. B. Maskenzentrum, Bioinnovationszentrum, Max-Planck-Institut), aber vor allem durch eine wachsende Anzahl von im Mikroelektronik- und IuK-Bereich erfassten Unternehmen im Mittelstandsbereich (Steigerung auf rund 160 Prozent) Rechnung getragen. Problematisch entwickelt sich die Arbeitskräftesituation weiter. Nach wie vor sinkt der Anteil der unter 30jährigen Erwerbspersonen und folgt damit dem Trend in Sachsen. Da (sachsenweit) mehr als 40 Prozent der Fortgezogenen über eine Fach- und Hochschulreife verfügen, deuten sich hier erste Probleme für die zukünftige Bereitstellung eines gut ausgebildeten „human capital“ an.

Die Wettbewerbsfähigkeit steigt mit zunehmender Attraktivität als Wohnstandort und der Verbesserung der Standortanbindung. Die Verbesserung der **Anbindung an die internationalen und transnationalen Verkehrsnetze** konnte durch die Hochwasserschäden des vergangenen Jahres nicht im erforderlichen und geplanten Maße realisiert werden. Der bereits vorhanden gewesene Fortschritt des Ausbaus der Schienenwege nach Südwesten und nach Tschechien wurde durch die Flut zerstört. Auch beim Autobahnbau kam es zu ungeplanten Bauunterbrechungen. Langfristig wird es jedoch keine Abstriche an dem erklärten Ziel geben die beiden bedeutenden paneuropäischen Verkehrskorridore III und IV im Interesse der der Entwicklung der Gesamtregion weiter zu entwickeln.

Die Stadt Dresden ist laut Umfrageergebnissen ein **hervorragender Wohnstandort**. Das qualitativ und quantitativ breite Angebot deckt jede Wohnungsnachfrage. So übersteigt auch seit 2000 die Zahl



der Zugezogenen die Anzahl derjenigen, die Dresden verlassen. Allerdings konnte das Niveau an wohnnahen Infrastruktureinrichtungen in den vergangenen drei Jahren nicht gehalten werden. Die aus finanziellen Gründen begonnene Ausdünnung der Infrastrukturnetze bzw. die nicht im erforderlichen Umfang durchgeführte Sanierung/Modernisierung lässt einen Attraktivitätsverlust der Stadt – vor allem für Familien mit Kindern – erwarten.

Bewertung



Insgesamt kann für den Berichtszeitraum eine positive Bilanz gezogen werden. Dresden stabilisiert sich zunehmend wieder als interessanter Wirtschafts- und Wohnstandort. Indikatoren für erfolgreiche Stadtentwicklung die Bevölkerungs-, die Arbeitsplatz- und die Gewerbesteuerentwicklung – sind in Dresden (als eine der wenigen Städte Deutschlands) relativ positiv verlaufen.

Die Stadt Dresden bemühte sich in den letzten drei Jahren erkennbar um eine Aktivierung ihrer Tätigkeit im europäischen Kontext. Nicht nur die Akquisition von europäischen Fördermitteln, auch die Teilnahme an europäischen Projekten wurde intensiviert. Die Einrichtung des Europareferates im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters und die Vorbereitung der Verwaltung auf verstärkte europäische Kontakte schaffen die Voraussetzungen für zukünftig zunehmend notwendiges internationales Engagement.

Trotz Investitionsflaute und finanzieller Krise der öffentlichen Hand wurden erfolgreich Anstrengungen unternommen, um den Ruf Dresdens als eine der attraktivsten Städte Europas wiederzugewinnen bzw. aufrechtzuerhalten. Insbesondere der sichtbare Fortschritt beim Wiederaufbau der Innenstadt trägt zu dieser positiven Bilanz bei.

Handlungsansätze/weiterführende Aufgaben

Im Fortgang des Konsolidierungsprozesses wurden die Hauptziele der Entwicklung der Stadt noch einmal komprimiert:

- Arbeitsmarkt und Wirtschaft
- Kunst und Kultur
- Sozialer Frieden
- Bildung und Forschung

Die strategischen Konzepte der Stadtentwicklung sind in ihrer Umsetzung nach den o. g. Hauptzielen zu priorisieren.

Angesichts der in fast allen sektoralen und teils räumlichen Sachstandsberichten formulierten Umsetzungsschwierigkeiten aufgrund der finanziellen Situation der Stadt wird erneut auf den Handlungsbedarf in Bezug auf die Einführung eines gesamt-

städtischen und ressortübergreifenden Fördermittelmanagements hingewiesen.

Der zunehmende internationale Wettbewerb erfordert die weitere Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit und die Forcierung des Engagements der Region im europäischen Rahmen (EURO-Region, Sachsendreieck)

Die begonnenen Aktivitäten im Rahmen eines „Bevölkerungsprogrammes“ zum Erhalt bzw. zur Gewinnung einer sozial ausgeglichenen, gut ausgebildeten Einwohnerschaft – u. a. als „human capital“ des Wirtschaftsraumes Dresden – sollten fortgesetzt werden (z. B. Bildungsprogramm Dresden, Kinder- und Familienfreundlichkeitsprüfungen von Stadtteilen). Der öffentliche Diskurs und die Betroffenenbeteiligung zu Zielen und Problemen, das Initiieren von gemeinsamem Engagement und Aktivitäten auf breitester Front zur Entwicklung der Stadt und lebendiger Stadtteile müssen einen noch höheren Stellenwert bekommen. Die Verwaltung – insbesondere (aber nicht nur) die Stadtentwicklung, die Umweltbehörde und die Wirtschaftsförderung – muss dazu zunehmend als Moderator des Interessenausgleichs zwischen privaten Belangen und dem Gemeinwohl und zur Steuerung von Prozessen und Projekten befähigt werden.

Quellennachweise und erläuternde Hinweise für Teil A

- 1 siehe auch Teil B/ Indikatoren
- 2 vgl. Teil B/ Indikator Binnenwanderungsrate
- 3 Quelle: Kommunale Bürgerumfragen
- 4 Die zur Berechnung des Wohnungsleerstandes notwendigen Haushaltszahlen wurden nach Eliminierung der Nebenwohner-Karteileichen im Melderegister neu berechnet. Dadurch erhöht sich der Wohnungsleerstand rechnerisch, und zwar auch rückwirkend. Ergebnisse für 2002 können noch nicht ermittelt werden, da die im Mai 2002 neu eingeführte Software MESO für das Einwohnermeldewesen die für die Haushaltsgenerierung erforderlichen Grunddaten noch nicht liefert.
- 5 vgl. INSEK 2002, Seite 32ff
- 6 vgl. Teil B, Indikatoren, Bereich Wirtschaft
- 7 Quelle: IHK-Unternehmensbefragung
- 8 Quelle: Statistisches Landesamt
- 9 Quelle: Amt für Wirtschaftsförderung
- 10 LHD, Kommunale Statistikstelle
- 11 LHD, Amt für Wirtschaftsförderung 2003
- 12 SMWK, Pressemitteilung 31/2002
- 13 jährlich neu vermietete Fläche
- 14 Quelle: Gesellschaft für immobilienwirtschaftliche Forschung e.V.
- 15 Quelle: Bulwien AG
- 16 die jährliche Neuinanspruchnahme von Büroflächen
- 17 GIF, 2002
- 18 IWDD Immobilienwirtschaft Dresden e.V. 2002
- 19 Stadtplanungsamt 05/2003
- 20 GfK
- 21 Zur Erläuterung: Mit Integration des Bahnkörpers in den engen Straßenraum, zusammen mit neuen intelligenten Lösungen für Ampelregelung und Bevorrechtigung der Straßenbahn wurde eine Verbesserung für alle Verkehrsteilnehmer erreicht
- 22 Straßenbahn, Bus, S-Bahn
- 23 Dazu zählen: Tempo 30 Zonen, Verhinderung von ortsfremden Verkehr, Einrichtung von verkehrsberuhigten Bereichen
- 24 Vgl. Teil B Indikatoren
- 25 Ergänzung: Die Konzentration dieses wesentlichen Treibhausgases in der Atmosphäre hat am Ausgang des 20. Jahrhunderts einen Wert von 370 ppm (parts per million) erreicht, der mehr als 30 % über dem für Warmzeiten normalen Niveau liegt (stabiler CO₂-Wert von 280 ppm bis ca. 1850). Die Tendenz ist noch immer stark steigend. Es gab in den vergangenen 400.000 Jahren niemals einen auch nur annähernd so hohen CO₂-Gehalt in der Erdatmosphäre wie heute. Wie drastisch dieser Anstieg ist, zeigt die ebenso große Differenz in der CO₂-Konzentration, die zwischen Eiszeiten (ca. 190 ppm) und den Warmzeiten in der Klimageschichte bestimmt wurde.
- 26 Das Klima – also der Mittelwert der Wetterereignisse über eine Vielzahl von Jahren - wird am Nordrand des Erzgebirges innerhalb der nächsten 50 Jahre deutlich wärmer (insb. im Winter) und trockener (vorrangig im Frühjahr und Sommer). Die tendenziell abnehmende jährliche Niederschlagssumme wird häufiger in Form von Starkregen niedergehen. Die bisher äußerst seltene Niederschlagsmenge von mehr als 100 mm Regen in 24 Stunden könnte sich in der Häufigkeit ihres Auftretens mehr als vervierfachen. Diese Aussagen beruhen auf Untersuchungen von Meteorologen der FU Berlin im Auftrag des Sächsischen Landesamtes für Umwelt und Geologie (Regionale Klimakonferenz Annaberg Febr. 2003).
- 27 vgl. Teil B/ Indikatoren
- 28 Das sind entsprechend der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (92/43/EWG) ausgewählte Bereiche, in denen sich europaweit bedeutsame Lebensraumtypen und Arten befinden. Gemeinsam mit den Gebieten nach der Vogelschutzrichtlinie (79/409/EWG) bilden sie das europäische ökologische Netz "Natura 2000". Die Bestimmungen hierzu sind jetzt auch im Bundesnaturschutzgesetz verankert (§§ 32 ff.)
- 29 Grundlage bilden zwei Förderrichtlinien des SMUL. Diese richten sich zum einen auf die Förderung einer umweltgerechten Landwirtschaft im Freistaat (Programm Naturschutz und Erhalt der Kulturlandschaft) und zum anderen auf die Unterstützung der sächsischen Naturschutzpolitik (Naturschutzrichtlinie). Im ersten Fall werden spezielle Bewirtschaftungsweisen landwirtschaftlicher Nutzflächen, welche naturschutzgerecht sind, gefördert. In der Regel verpflichtet sich hier der Antragsteller in einem Vertrag (Laufzeit 5 Jahre) zur Durchführung einer bestimmten Bewirtschaftungsweise. Im anderen Fall wird die Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen zur Pflege und Gestaltung von Lebensräumen gefährdeter Tier- und Pflanzenarten gefördert. Dazu zählen insbesondere die Förderung von Biotopanlage bzw. Anlage von Biotopverbundsystemen, die Förderung von Artenschutzmaßnahmen, die Grundstückssicherung und die Schutzgebietspflege. Die Pflege der Schutzflächen wird mit den Fördermitteln von verschiedenen Teilprogrammen des Förderprogrammes „Umweltgerechte Landwirtschaft im Freistaat Sachsen“ finanziert. Sie ist mit der Mittelbewilligung durch das Amt für Landwirtschaft 5 Jahre finanziell abgesichert.
- 30 REK - Regionales Entwicklungskonzept
- 31 Förderrichtlinie FR-REGIO
- 32 z. B. ehemaliges Plattenwerk Johannstadt, Sanierungsgebiet Äußere Neustadt – Parkplatz Alaunstraße und Spielplatz Förstereistraße, Sanierungsgebiet Hechtviertel-Bolzplatz Johann-Meyer-Straße, Sanierungsgebiet Loschwitz-Parkplatz Fidelio-Fincke-Straße



Teil B

Stadtentwicklung und Indikatoren

1 Einführung

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) hat den Anspruch einer umsetzungsorientierten Planung. In diesem Zusammenhang forderte der Stadtrat mit der Beschlussfassung im Februar 2002 (Beschluss-Nr.: V 1697-39-2002), Entwicklungsprozesse und beeinflussende Maßnahmen des INSEK einer kontinuierlichen Erfolgskontrolle zu unterziehen. Hierzu wurde das Indikatorensystem, eine Zusammenstellung geeigneter kennzeichnender Messgrößen, zur möglichst komplexen, kontinuierlichen und längerfristigen Abbildung von Stadtentwicklungsprozessen entwickelt. Es soll als überschaubares Instrumentarium der Evaluierung der im INSEK genannten Ziele und darüber hinaus dem Controlling des komplexen Prozesses „Stadtentwicklung“ dienen.

Mit der Zustimmung des Oberbürgermeisters zur Anwendung des Indikatorensystems im Rahmen der Stadtentwicklungsberichte, konkret erstmalig im Bericht 2003, kann das System, welches durch eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Lokalen Agenda und des Instituts für ökologische Raumentwicklung erarbeitet wurde, erprobt werden.

Das Indikatorensystem basiert auf folgenden Ansätzen:

- Schaffung eines überschaubaren, im Wesentlichen ohne zusätzlichen Aufwand anwendbaren Systems. Die Begrenzung der Indikatoren auf maximal 30 bis 40 erhöht den inhaltlichen Anspruch, Entwicklungsprozesse mit Zielorientierung möglichst komplex, aber unter Beachtung der Datenlage abzubilden.
- Ausgewogene Sicherung von Kontinuität und ggf. erforderlicher Flexibilität (Fortbeschreibung, Ergänzung) des Systems.
- Berücksichtigung der Anwendbarkeit der Indikatoren auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen (Region, Gesamtstadt, Stadtteile) mit vielfältigen Zielstellungen (Berichtswesen, Prozessanalyse, Zielerfüllung, Vergleiche u. a.)
- Nutzung aktueller Erfahrungen beim Bundesamt für Bauwesen und Raum-

ordnung im Umgang mit Indikatorensystemen zur Stadtentwicklung.

Entsprechend den im INSEK fixierten gesamtstädtischen Zielen der Stadtentwicklung gliedert sich das System in die Bereiche Wohnen/Flächennutzung, Soziales/Kultur, Gesellschaft/Bevölkerung, Mobilität/Verkehr, Wirtschaft sowie Umwelt/Natur.

Für jeden dieser Bereiche wurden aus dem INSEK heraus Qualitätsziele formuliert. Diese werden durch Handlungsziele, die sich auf die Aktivitäten zur Erreichung der Qualitätsziele beziehen, ergänzt. Für die Zielerfüllung wurden einerseits objektive, tatsächlich messbare Indikatoren und andererseits Indikatoren zur Widerspiegelung der subjektiven Wahrnehmung von Entwicklungsprozessen durch die jeweilige Zielgruppe, wie Bewohner und Wirtschaftsakteure, ausgewählt. Letzteres ist an die Auswertung kontinuierlich durchzuführender Befragungen, insbesondere der Kommunalen Bürgerumfrage bzw. der IHK-Umfrage, geknüpft. Eine Bewertung der subjektiven Indikatoren erfolgte immer anhand einer Benotung (Skala 1 bis 5).

Die Handlungsziele und objektiven Indikatoren sollen zukünftig durch konkrete kommunalpolitische Soll-Ziele unteretzt werden. So kann in den zukünftigen Stadtentwicklungsberichten einerseits der Ist-Stand der objektiven Indikatoren mit dem jeweiligen Soll-Ziel verglichen und in übersichtlicher, zusammengefasster Form dargestellt werden, ob/inwieweit es quantitative Übereinstimmung zwischen den gestellten Stadtentwicklungszielen und der Realität gibt und ggf. Maßnahmen zur Gegensteuerung einzuleiten sind. Andererseits ist die subjektive Beurteilung des Ist-Zustandes der Indikatoren sowohl eine wichtige Grundlage für die Fixierung der Soll-Ziele als auch Gradmesser ihrer Erfüllung.

Der Stadtentwicklungsbericht 2003 bleibt noch hinter der Zielstellung des Vergleiches von Ist- und Soll-Zuständen zurück. Zu den Soll-Zielen, die zukünftig konkret vom Stadtrat festzulegen sind, und damit zum quantitativen Zielerfüllungsgrad gibt es vorerst nur vereinzelte Aussagen.

Die Berichterstattung ist in Tabellenform, geordnet nach den Qualitätszielen der einzelnen Bereiche – siehe Übersicht zum Indikatorensystem – aufgebaut. Die zu einem Qualitätsziel gehörenden Indikatoren sind diesem direkt zugeordnet. Zuerst werden die Ist-Werte der vorliegenden Vergleichsjahre für die objektiven Indikatoren und daran anschließend die Bewertungsergebnisse der subjektiven Indikatoren aufgeführt.

Die Zeile „Handlungsziel“ enthält die in der Übersicht zum Indikatorensystem jeweils aufgeführten Handlungsziele, zum Teil ergänzt durch konkrete Handlungserfordernisse und/bzw. gewünschte Entwicklungstendenzen der Indikatoren. In der Zeile „tendenzielle Zielerfüllung“ wird die derzeitige Richtung der Annäherung an die Handlungsziele verbal beschrieben.

Bei jedem objektiven Indikator steht der Vermerk, ob er gesamtstädtisch und/oder stadtteilbezogen erhoben wird. Die Berichterstattung ist vorrangig auf die Gesamtstadt bezogen. In der Spalte Bemerkungen wird u. a. eine Aussage darüber getroffen, ob es im Textteil noch Aussagen zu dem jeweiligen Indikator gibt.

Eine vergleichende Bewertung mit anderen Städten erfolgt, sofern dies möglich und sinnvoll ist.

Es ist beabsichtigt, dass das Indikatorensystem langfristig den verbalen Teil des Stadtentwicklungsberichtes ablöst.

Arbeitsschritte zur Entwicklung und Anwendung von Indikatoren zur Bewertung der Zielerfüllung des INSEK

1. Formulieren von **Qualitätszielen** aus dem INSEK
2. Formulieren von **Handlungszielen** (Aktivitäten zur Erreichung der Qualitätsziele)
3. Auswählen von **objektiven Indikatoren** (quantitative Messdaten der Zielerfüllung)
4. Auswählen von **subjektiven Indikatoren** (qualitative Einschätzung der Zielerfüllung)
5. Festlegen von konkreten Werten (**kommunalpolitische Soll-Ziele**) für die objektiven Indikatoren
6. Ermittlung des Standes der Zielerfüllung, **quantitativ und qualitativ**

2 Übersicht zum Indikatorensystem

Einzelindikatoren mit Zuordnung zu den Bereichen und Zielen des INSEK

Bereich INSEK	Qualitätsziele	Handlungsziele	objektive Indikatoren	subjektive Indikatoren
Wohnen/ Flächennutzung	Anpassung der Wohnungsangebote an den Bedarf	Schaffung nachfragegerechter Wohnungsangebote	Außenwanderungsrate	Zufriedenheit mit Wohnung, Wohngegend und Stadt Dresden
			Binnenwanderungsrate	
	Ausprägung der physisch und funktional kompakten europäischen Stadt als nachhaltige Siedlungsform	Reduzierung der Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlung und Verkehr	Wohnungsleerstand	Zufriedenheit mit Attraktivität der Innenstadt / Wichtigkeit der Attraktivität der Innenstadt
		Stabilisierung der Siedlungsdichte	Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche	
			Siedlungsdichte	

Bereich INSEK	Qualitätsziele	Handlungsziele	objektive Indikatoren	subjektive Indikatoren
Soziales/ Kultur	Soziale Stabilisierung der Wohngebiete	Bindung der Bewohner an ihren Stadtteil	Durchschnittliche Wohndauer	Zufriedenheit mit Lebensbedingungen am Wohnort sowie mit Wohnung, Wohngegend und Stadt Dresden
			Altersziffer	
			Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	
	Förderung einer vielfältigen Stadtteilkultur/ Sicherung der sozialen und kulturellen Infrastruktur	Sicherung der Versorgung im Bereich Bildung, Kultur, Soziales, Sport	angedacht: Verteilungsbreite der Einkommensgruppen	
			angemessene Versorgung mit ausgewählten Gemeinbedarfseinrichtungen	

Bereich INSEK	Qualitätsziele	Handlungsziele	objektive Indikatoren	subjektive Indikatoren
Gesellschaft/ Bevölkerung	Entwicklung Dresdens zu einer weltoffenen Stadt	Verbesserung der Integration von Ausländern	Anteil der ausländischen Studenten	Einschätzung der Weltoffenheit der Stadt
		Steigerung des ankommenden Tourismus	Anteil ausländischer Gäste an touristischen Übernachtungen	
	gesellschaftliches Engagement auf hohem Niveau	Förderung, Mobilisierung und Würdigung gesellschaftlichen Engagements	Beteiligung an den Kommunalwahlen	
		angedacht: Verbesserung der Kommunikation zwischen Wirtschaft, Politik, Bürgerschaft u. Verwaltung	Anteil der ehrenamtlich Engagierten	
			angedacht: Mitwirkung an kooperativen Planungsverfahren	

Bereich INSEK	Qualitätsziele	Handlungsziele	objektive Indikatoren	subjektive Indikatoren
Mobilität/ Verkehr	Ausbildung eines sozial-, umwelt- und ortsverträglichen Stadtverkehrs	ÖPNV-Erschließung für alle Siedlungsbereiche	Anteil der EW im fußläufigen Einzugsbereich von ÖPNV-Stationen	Zufriedenheit mit Verkehrsangebot (ÖPNV, Parken, Radwege)/
		Erhöhung der Nutzung des ÖPNV und NMV	Benutzungsstruktur der Verkehrsmittel (Modal Split)	Wichtigkeit der Versorgung mit ÖPNV und der Ausstattung mit Parkplätzen und Radwegen/ Gewünschter Einsatz für die einzelnen Verkehrsarten
	Verbesserung der Anbindung an die transeuropäischen Verkehrswege	Verbesserung der Anbindung (Straße, Schiene, Luft)	Durchschnittliche Reisezeit zu ausgewählten Metropolen, differenziert nach Schiene, Straße, Luft	Zufriedenheit der Wirtschaft mit der Verkehrsanbindung der Standorte

Bereich INSEK	Qualitätsziele	Handlungsziele	objektive Indikatoren	subjektive Indikatoren
Wirtschaft	Schaffung eines leistungsfähigen Wirtschaftsstandortes	Steigerung der städtischen und regionalen Wirtschaftskraft	Kaufkraft je Einwohner	Zufriedenheit mit persönlicher wirtschaftlicher Lage
			Gewerbesteuer-einnahmen je Einwohner	
			Investitionsquote verarbeitendes Gewerbe und Bau	Zufriedenheit der Unternehmen am Standort Dresden
	Hohes Angebot an Beschäftigungs- und Ausbildungsplätzen	Verbesserung der Beschäftigungs- und Ausbildungssituation	Nettoinvestitionsrate	
			Schulden je Einwohner angedacht: Infrastrukturvermögen	Übereinstimmung von Arbeitstätigkeit und beruflicher Qualifikation
			Beschäftigtenquote Arbeitslosenquote Selbstständigenquote	

Bereich INSEK	Qualitätsziele	Handlungsziele	objektive Indikatoren	subjektive Indikatoren
Umwelt/ Natur	Verminderung des städtischen Anteils an der globalen Erwärmung	Reduktion der CO ₂ -Emission um 50% bis 2010, Bezug: 1987	CO ₂ -Emission pro EW und Jahr	
	Sicherung und Entwicklung des Natur- und Landschaftsraumes	Erhöhung der Vernetzung und des Anteils von Schutzgebieten und geschützten Biotopen	Anteil der Schutzgebiete und Fläche der geschützten Biotope	Zufriedenheit mit den Grünanlagen in der Stadt und im Wohngebiet/ Wichtigkeit der Grünanlagen in der Stadt und im Wohngebiet
			Vernetzungsindikator wird noch gesucht	
	Schaffung eines gesunden Wohnumfeldes	Reduktion der Verlärmung	Einwohner in Wohnungen mit L _{eq} >65 dB an Hauptverkehrsstraßen	Einschätzung der maßgeblichen Gesundheitsbeeinträchtigungen

3 Berichterstattung zu den Indikatoren

■ 3.1 Bereich Wohnen / Flächennutzung

Qualitätsziel „Anpassung der Wohnungsangebote an den Bedarf“

Indikator Außenwanderungsrate (gesamtstädtisch)

Berechnung: Außenwanderungssaldo/1000 Hauptwohner

Ist 1999 -1,41

Ist 2001 2,3

Ist 2002 verfügbar 09/2003

Handlungsziel: Schaffung nachfragegerechter Wohnungsangebote; positiver Außenwanderungssaldo

Tendenzielle Zielerfüllung: Entwicklung zielgerecht, leichter Wanderungsgewinn seit 2000

Soll-Ziel:

Zielerfüllungsgrad:

Vergleichende Bewertung: Leipzig 2,9; Nürnberg 8,3 (Werte zum 31.12.2001)

Indikator Binnenwanderungsrate (stadtteilbezogen)

Berechnung: Binnenwanderungssaldo/1000 Hauptwohner

Ist 1999 -91,9 Gorbitz-Nord/Neu-Omsewitz; -57,3 Johannstadt-Nord; -50,8 Innere Altstadt; 72,1 Striesen-Ost;
70,4 Altfranken/Gompitz; 63,8 Weixdorf

Ist 2001 -93,3 Innere Altstadt; -79,1 Gorbitz-Nord/Neu-Omsewitz; -69,6 Albertstadt; 47,7 Lockwitz; 44,4 Altfranken/
Gompitz; 38,5 Hosterwitz/Pillnitz

Ist 2002 verfügbar 09/2003

Handlungsziel: Schaffung nachfragegerechter Wohnungsangebote; Umfeldverbesserung, Verringerung von überdurchschnittlichen Wegzugsraten in ausgewählten Stadtteilen

Tendenzielle Zielerfüllung:

Soll-Ziel:

Zielerfüllungsgrad:

Vergleichende Bewertung: Leipzig 2002: Extremwerte zwischen -55 und +73

Indikator Wohnungsleerstand (gesamtstädtisch und stadtteilbezogen)

Berechnung: Anzahl der leer stehenden Wohnungen/Anzahl der Wohnungen x 100

hier: gesamtstädtisch

Ist 1999: 17,3 %

Ist 2001 16,2 %

Ist 2002 frühestens 8/2003 verfügbar

Handlungsziel: Schaffung nachfragegerechter Wohnungsangebote, Senkung des Leerstandes

Tendenzielle Zielerfüllung: zielgerechte Entwicklung; leichte Senkung seit 1999

Soll-Ziel:

Zielerfüllungsgrad:

Vergleichende Bewertung: Leipzig 18 %, Chemnitz 24 % (Stand 2001)

**Indikator Zufriedenheit mit Wohnung, Wohngegend und Stadt Dresden**

KBU 2002, Auswertung der Frage 29

Sehr zufrieden bzw. zufrieden **mit ihrer Wohnung** sind 79 % der Dresdner, teils/teils wird von 18 % der Dresdner angegeben. Nur 4 % sind nicht zufrieden/sehr unzufrieden. Nachholebedarf besteht vor allem bei Prohlis/Reick. Dort sind nur 62 % mit ihrer Wohnung sehr zufrieden/zufrieden.

Sehr zufrieden bzw. zufrieden **mit ihrer Wohngegend** sind 76 % der Dresdner, teils/teils wird von 17 % angegeben. Nicht zufrieden/sehr unzufrieden sind 6 %. Die geringste Zufriedenheit herrscht ebenfalls in Prohlis/Reick, gefolgt von der Leipziger Vorstadt/ Pieschen. Dort sind nur 42 % bzw. 56 % mit ihrer Wohngegend sehr zufrieden/ zufrieden.

Sehr zufrieden bzw. zufrieden **mit der Stadt Dresden** sind 71 %; teils/teils geben 24 % an und nicht zufrieden/sehr unzufrieden sind 5 %. Die geringste Zufriedenheit herrscht im OA Klotzsche und den nördlichen Ortschaften, im OA Loschwitz und Schönfeld-Weißig sowie in Briesnitz und den westlichen Ortschaften. Dort sind nur 61 % mit der Stadt Dresden sehr zufrieden/zufrieden.

Bemerkungen

Zu Binnenwanderungsrate: Es wurden jeweils die drei Stadtteile mit den höchsten positiven und negativen Wanderungssalden genannt. Wanderungsgründe resultie-

ren vor allem aus der Wohnungs- und Umfeldqualität, aber auch aus zeitweiligen Rekonstruktionsmaßnahmen. Siehe auch Teil A/ 1.1 Bevölkerung.

Zu Wohnungsleerstand: Ausführungen dazu erfolgen auch im Teil A/ 1.2 Wohnen; Karte Leerstand nach Stadtteilen 1999-2001.

Qualitätsziel „Ausprägung der physisch und funktional kompakten Europäischen Stadt als nachhaltige Siedlungsform“**Indikator Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche** (gesamstädtisch)Berechnung: $\text{Siedlungs- und Verkehrsfläche} / \text{Gesamtfläche} \times 100$

Ist 1999 37,4 %

Ist 2001 37,6 %

Ist 2002 38,0 %

Handlungsziel: Reduzierung der Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlung und Verkehr**Tendenzielle Zielerfüllung:** Gegenläufige Entwicklung, gestiegener Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche**Soll-Ziel:** **Zielerfüllungsgrad:****Vergleichende Bewertung:** Leipzig 44,3 %; Nürnberg 56,8 % (Werte zum 31.12.2001)**Indikator Siedlungsdichte** (gesamstädtisch)Berechnung: $\text{m}^2 \text{ Siedlungs- und Verkehrsfläche je Einwohner}$ Ist 1999 260 m²Ist 2001 261 m²Ist 2002 263 m²**Handlungsziel:** Stabilisierung / langfristige Verringerung der Siedlungsdichte**Tendenzielle Zielerfüllung:** Gegenläufige Entwicklung; gestiegene Siedlungsdichte**Soll-Ziel:** **Zielerfüllungsgrad:****Vergleichende Bewertung:** Leipzig 185 m², Stuttgart 195 m², Hannover und Dortmund je 247 m² (Werte für 2000/DIFU);
Nürnberg 2001: 215 m²**Indikator Zufriedenheit mit der Attraktivität der Innenstadt/Wichtigkeit der Attraktivität der Innenstadt**

KBU 2002, Auswertung der Fragen 52 und 53

Die Attraktivität der Innenstadt ist der Bevölkerung sehr wichtig bis wichtig. Die Wichtigkeit wurde mit Note 1,7 bewertet.

Die Zufriedenheit mit der Attraktivität der Innenstadt wurde demgegenüber mit der Note 3,1 (teils/teils) bewertet.

Bemerkungen

Zu Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche: Die bisherigen Indikator-Daten für 2001 stimmen nicht mit den Angaben der Statistikstelle (vgl. Dresden in Zahlen 2001,

Seite 16) überein. Sie wurden auf Basis dieser Veröffentlichung neu zusammengestellt.

Die Flächenzunahme der Siedlungs- und

Verkehrsfläche von 109 ha zwischen 2001 und 2002 resultiert überwiegend aus dem Anwachsen der für den Verkehr beanspruchten Flächen (+ 86 ha).



■ 3.2 Bereich Soziales / Kultur

Qualitätsziel „Soziale Stabilisierung der Wohngebiete“

Indikator Durchschnittliche Wohndauer (gesamstädtisch und stadtteilbezogen)

Berechnung: Mittelwert der bisherigen Wohndauer aller Hauptwohner in der gegenwärtigen Wohnung in Jahren

hier: gesamstädtisch

Ist 1999 10,7 Jahre

Ist 2001 10,6 Jahre

Ist 2002 10,9 Jahre

Handlungsziel: Bindung der Bewohner an ihren Stadtteil

Tendenzielle Zielerfüllung: 2002 geringfügige Zunahme der Wohndauer

Soll-Ziel: **Zielerfüllungsgrad:**

Vergleichende Bewertung:

Indikator Altersziffer (gesamstädtisch und stadtteilbezogen)

Berechnung: Verhältnis der Anzahl der über 65-jährigen Einwohner zur Anzahl der unter 18-Jährigen

hier: gesamstädtisch

Ist 1999 1,08

Ist 2001 1,22

Ist 2002 1,30

Handlungsziel: Ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Altersgruppen

Tendenzielle Zielerfüllung: gegenläufig aufgrund der Altersstruktur

Soll-Ziel: **Zielerfüllungsgrad:**

Vergleichende Bewertung: Leipzig 1,32; Nürnberg 1,26 (Werte zum 31.12.2001)

Indikator Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (gesamstädtisch und stadtteilbezogen)

Berechnung: Anteil der Einwohner, die auf Sozialhilfe angewiesen sind und außerhalb von Einrichtungen leben (ohne Asylbewerber)

hier: gesamstädtisch

Ist 1999 2,7 %

Ist 2001 3,1 %

Ist 2002 3,2 %

Handlungsziel: Verminderung des Anteils der Sozialhilfeempfänger

Tendenzielle Zielerfüllung: gegenläufige Entwicklung; geringfügige Zunahme

Soll-Ziel: **Zielerfüllungsgrad:**

Vergleichende Bewertung: Leipzig 5,2 %; Nürnberg 5,5 % (Werte zum 31.12.2001)

Indikator Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen am Wohnort sowie mit Wohnung, Wohngegend und Stadt Dresden

KBU 2002, Auswertung der Fragen 29, 52 und 53

Die Wichtigkeit der Lebensbedingungen wird gesamstädtisch im Mittel für alle Angebote und Bedingungen mit 1,9 angegeben. Die Zufriedenheit damit erhält eine Bewertung von 2,9. Am Wichtigsten sind den Dresdnern Park- und Grünanlagen, eine gute Durchgrünung im Wohngebiet sowie öffentliche Sicherheit, gefolgt von den Einkaufsmöglichkeiten, dem Straßenbild, guter Nachbarschaft, der Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln und der Attraktivität der Innenstadt.

Zufriedenheit herrscht gesamstädtisch mit dem ÖPNV, mit guter Nachbarschaft, Einkaufsmöglichkeiten und dem ÖPNV. Am besten wird die Nachbarschaft in Briesnitz und den westlichen Ortschaften eingeschätzt (1,9), für Prohlis/Reick mit 2,7 und Gorbitz mit 2,6 nicht ganz so gut. Bei den Einkaufsmöglichkeiten und dem ÖPNV-Angebot liegen Prohlis/Reick und Gorbitz an erster Stelle mit 1,7.

Die Differenz zwischen Wichtigkeit (1,7) und Zufriedenheit (3,1) ist auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit am größten.

Die Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen ist in Prohlis/Reick und Schönfeld-Weißig gleich (2,9).

Die Unterschiede in der Bewertung der Wohnung und Wohngegend sind in der Leipziger Vorstadt/ Pieschen und in Prohlis/ Reick am größten.

Die Wohngegend wird dort wesentlich schlechter als die Wohnung bewertet.

Bemerkungen

Zu Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt: Ausführungen dazu erfolgen auch im TeilA/1.1 Bevölkerung.

Der subjektive Indikator Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen am Wohnort sowie mit Wohnung, Wohngegend und Stadt

Dresden korrespondiert in seiner Aussage vor allem mit der durchschnittlichen Wohndauer.

Qualitätsziel „Förderung einer vielfältigen Stadtteilkultur / Sicherung der sozialen und kulturellen Infrastruktur“
Indikator Angemessene Versorgung mit ausgewählten Gemeinbedarfseinrichtungen (gesamtstädtisch und stadtteilbezogen)

Berechnung:	Erhebung aus verschiedenen statistischen Quellen														
Ist 2002:	Anteil der altersmäßig differenzierten Einwohnergruppen im 15-30-Min-Einzugsbereich von:														
	<table> <tr> <td>■ Kindertageseinrichtungen</td><td>83,2 %</td></tr> <tr> <td>■ Kinderfreizeiteinrichtungen</td><td>72,2 %</td></tr> <tr> <td>■ Jugendfreizeiteinrichtungen</td><td>98,5 %</td></tr> <tr> <td>■ Grundschulen</td><td>82,6 %</td></tr> <tr> <td>■ Seniorenbegegnungsstätten</td><td>39,4 %</td></tr> <tr> <td>■ Bibliotheken</td><td>93,7 %</td></tr> <tr> <td>■ Stadtteilkultureinrichtungen</td><td>88,2 %</td></tr> </table>	■ Kindertageseinrichtungen	83,2 %	■ Kinderfreizeiteinrichtungen	72,2 %	■ Jugendfreizeiteinrichtungen	98,5 %	■ Grundschulen	82,6 %	■ Seniorenbegegnungsstätten	39,4 %	■ Bibliotheken	93,7 %	■ Stadtteilkultureinrichtungen	88,2 %
■ Kindertageseinrichtungen	83,2 %														
■ Kinderfreizeiteinrichtungen	72,2 %														
■ Jugendfreizeiteinrichtungen	98,5 %														
■ Grundschulen	82,6 %														
■ Seniorenbegegnungsstätten	39,4 %														
■ Bibliotheken	93,7 %														
■ Stadtteilkultureinrichtungen	88,2 %														
	der relevanten Altersgruppe/Nachfragegruppe können die jeweilige Einrichtungsart in 15-30 Minuten erreichen														
Ist 2002:	Anzahl ausgewählter Einrichtungen je Ortsamt siehe Tabelle Anlage 7														
Ist 2002:	Anzahl ausgewählter Einrichtungen für Behinderte														
	■ 5 Wohnheime für behinderte Kinder und Jugendliche ■ 3 Einrichtungen der Frühförderung ■ 11 Wohnheime für erwachsene behinderte Menschen ■ 3 Werkstätten für Behinderte mit mehreren Außenstellen ■ 14 Behindertenbegegnungs- und Beratungsstellen/Selbsthilfe ■ 4 ambulante mobile Dienste ■ 17 Anbieter von Schwerbehinderten-Fahrdiensten														
	Insgesamt 57 ausgewählte Einrichtungen für Behinderte in Dresden														
Ist 2002:	Behindertengerechte Ausstattung öffentlicher Einrichtungen														
	Von den insgesamt 302 im Stadtführer für Körperbehinderte erfassten (Stand Mai 2003) öffentlichen Einrichtungen in Dresden sind 118 (39 %) barrierefrei bzw. behindertengerecht und 74 (25 %) eingeschränkt zugänglich; siehe auch Teil A/1.5 Soziale und kulturelle Infrastruktur.														
Handlungsziel:	Sicherung der Versorgung im Bereich Bildung, Kultur, Soziales und Sport														
Tendenzielle Zielerfüllung:	keine Aussage möglich, erstmalige Erfassung nach Altersgruppen														
Soll-Ziel:	Zielerfüllungsgrad:														
Vergleichende Bewertung:															

Indikator Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen am Wohnort

KBU 2002, Auswertung der Frage 53 – ergänzend zu Seite 6 und 8 –

Die Angebote für Jugendliche werden als wichtig bewertet (2,0). Die Differenz zur Zufriedenheit mit dem vorhandenen Angebot beträgt gesamtstädtisch 1,6. Die schlechteste Wertung erhält es im OA Altstadt (26er-Ring und Friedrichstadt) mit 3,8 und die beste in Johannstadt, Prohlis/Reick sowie Gorbitz mit 3,4. Den Angeboten für Senioren, Behinderte sowie Frauen wird mit 2,5 bzw. 2,6 weniger Wichtigkeit beigemessen. Die Zufriedenheit mit den Angeboten für die ganze Familie und für Senioren wird mit 3,0, die mit Angeboten für Kinder und Frauen mit 3,2 und die für Behinderte mit 3,4 beurteilt. Gleichmaßen wird die Zufriedenheit mit Schwimmbädern und Sportanlagen eingeschätzt, wobei allerdings diesen eine höhere Wichtigkeit beigemessen wird (2,0).

■ 3.3 Bereich Gesellschaft/Bevölkerung

Qualitätsziel „Entwicklung Dresdens zu einer weltoffenen Stadt“
Indikator Anteil der ausländischen Studenten (gesamtstädtisch)

Berechnung:	Zahl der ausländischen Studenten/Zahl der Studenten insgesamt x 100
Ist 1999	5,3 %
Ist 2001	7,1 %
Ist 2002	7,5 %
Handlungsziel:	Verbesserung der Integration von ausländischen Mitbürgern
Tendenzielle Zielerfüllung:	zieltgerecht; kontinuierliche Zunahme
Soll-Ziel:	Zielerfüllungsgrad:
Vergleichende Bewertung:	Leipzig 6,7 %; Nürnberg 9,7 % (Werte zum 31.12.2001)

Indikator Anteil ausländischer Gäste an touristischen Übernachtungen (gesamtstädtisch)

Berechnung: $\text{Zahl der Übernachtungen von Auslandsgästen} / \text{Zahl der Gästeübernachtungen gesamt} \times 100$

Ist 1999 12,8 %

Ist 2001 13,6 %

Ist 2002 13,9 %

Handlungsziel: Steigerung des ankommenden Auslandstourismus

Tendenzielle Zielerfüllung: zielgerecht, kontinuierlich leichter Anstieg

Soll-Ziel: **Zielerfüllungsgrad:**

Vergleichende Bewertung: Leipzig 11,7 %; Nürnberg 26 % (Werte zum 31.12.2001)

Indikator Weltoffenheit der Stadt

KBU 2002, Auswertung der Frage 51

Zur Weltoffenheit äußern sich 36 % der Bevölkerung mit teils/teils und 34 % mit eher weltoffen. Die Einschätzungen „vollkommen weltoffen“ und „eher nicht“ halten sich mit je 14 % die Waage. Die Bewohner der Äußeren und Inneren Neustadt sowie von Blasewitz und Striesen tendieren mit ca. einem Viertel dazu, dass Dresden eher nicht/überhaupt nicht weltoffen ist. Demgegenüber schätzen 59 % der Bewohner des OA Altstadt (26er Ring, Friedrichstadt) ein, dass Dresden vollkommen/eher weltoffen ist.

77 % der Bevölkerung meinen, dass Dresden vollkommen bzw. eher traditionsverbunden ist und 76 % schätzen ein, dass Dresden teils/teils bzw. eher nicht modern ist. In Bezug auf die Dresdner Gastlichkeit fallen 65 % ein positives Urteil.

Bemerkungen

Die Indikatoren decken nur einen Teil des Qualitätszieles ab. Es ist nicht möglich, für die Weltoffenheit einer Stadt einen allgemeingültigen Indikator zu finden.

Je mehr junge Menschen aus dem Ausland sich jedoch für eine Ausbildung in

Dresden entscheiden, desto mehr spricht das für ihren Ruf als weltoffene Stadt und verpflichtet diese zugleich, das in sie gesetzte Vertrauen zu erfüllen.

Je mehr ausländische Bürger sich für einen Besuch in Dresden entscheiden, das

Straßenbild beleben, die gastronomischen und kulturellen Einrichtungen besuchen und Kontakte knüpfen, desto stärker geht die Entwicklung in Richtung weltoffene Stadt.

Qualitätsziel „Gesellschaftliches Engagement auf hohem Niveau“**Indikator Beteiligung an den Kommunalwahlen** (gesamtstädtisch und stadtteilbezogen)

Berechnung: $\text{Summe der abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmen} / \text{Gesamtzahl der Wahlberechtigten}$

hier: gesamtstädtisch

13.06.99 53,7 %

Handlungsziel: Förderung, Mobilisierung und Würdigung gesellschaftlichen Engagements; Erhöhung der Wahlbeteiligung

Tendenzielle Zielerfüllung:

Soll-Ziel: **Zielerfüllungsgrad:**

Vergleichende Bewertung: Leipzig (1999) 42,2 %; Nürnberg (2002) 55,2 %

Indikator Anteil der ehrenamtlich Engagierten

KBU 2002, Auswertung der Frage 49

Mehr als ein Drittel aller Dresdner im Alter von über 16 Jahren gibt in der Kommunalen Bürgerumfrage an, ehrenamtlich tätig zu sein, davon 79 % als Mitglied in einer Organisation, einem Verein o. ä. Unter den ehrenamtlich Tätigen engagieren sich derzeit 22 % in einem Berufsverband, einer studentischen Verbindung bzw. einer Gewerkschaft und ebenfalls 22 % im Umweltschutz. Im sozialen/gesundheitlichen Bereich übernehmen gegenwärtig 17 % eine ehrenamtliche Arbeit, im kirchlichen Sektor sind es 16 % und im sportlichen und kulturellen jeweils 14 %. Lediglich 2 % engagieren sich für den Katastrophenschutz und nur 7 % im politischen Bereich.

Von den bisher nicht ehrenamtlich Tätigen äußern 51 % Interesse, sich im Umweltschutz zu engagieren und jeweils 44 % im Bereich Sport/ Freizeit und Kultur.

Unter keinen Umständen wollen 75 % der Dresdner beim Katastrophenschutz tätig sein, 69 % würden nie eine kirchliche Aufgabe übernehmen und 63 % können sich nicht vorstellen, im politischen Bereich ehrenamtlich zu arbeiten.

Das größte Engagement zeigen insgesamt die Bürger des OA Loschwitz und von Schönfeld-Weißig sowie von Niedersedlitz, Leuben und Strehlen. Die geringste Bereitschaft, ehrenamtlich zu arbeiten besteht in Gorbitz, der Johannstadt, in Prohlis/Reick und in der Altstadt/ Friedrichstadt.

Handlungsziel: Förderung, Mobilisierung und Würdigung gesellschaftlichen Engagements

Tendenzielle Zielerfüllung:

Soll-Ziel: **Zielerfüllungsgrad:**

Vergleichende Bewertung:

Bemerkungen

Die Auslegung des Begriffes der ehrenamtlichen Arbeit erfolgte durch die Befragten sehr weit gefasst, was auch die Eintragung

gen unter „andere Bereiche“ (Wissenschaft und Bildung, Berufsverband/studentische Verbindung/Gewerkschaft, Wohnen, Kita/

Schule, Rechtspflege, Verkehr) belegen.

■ 3.4 Bereich Mobilität / Verkehr

Qualitätsziel „Ausbildung eines sozial-, umwelt- und ortsverträglichen Stadtverkehrs“

Indikator Benutzungsstruktur der Verkehrsmittel (Modal Split) (gesamtstädtisch)

Berechnung: aus dem spezifischen Verkehrsaufkommen Wege pro Person und Tag, ermittelt aus der Verkehrserhebung zum Personenverkehr Dresdner Einwohner (SrV)

Verkehrsmittelanteile (%) im Binnenverkehr	1998 erhobene Werte	2002 errechnete Werte
Zu Fuß	29,1	28,0
Fahrrad	10,4	10,5
Motorisierter Individualverkehr	38,6	39,7
Öffentlicher Personennahverkehr	21,9	21,8

Handlungsziel: Erhöhung der Nutzung des ÖPNV und des nichtmotorisierten Verkehrs

Tendenzielle Zielerfüllung: leicht gegenläufige Entwicklung bei ÖPNV und Fußgängerverkehr, zielgerecht bei Radverkehr

Soll-Ziel: **Zielerfüllungsgrad:**

Vergleichende Bewertung: Leipzig 1998: zu Fuß 35 %, Fahrrad 14 %, MIV 31 %, ÖPNV 20 %

Indikator Anteil der Einwohner im fußläufigen Einzugsbereich von ÖPNV-Stationen (gesamtstädtisch und stadtteilbezogen)

Berechnung: Anteil der EW an der wohnberechtigten Bevölkerung, der im 300-m-Radius um Haltestellen für Bus und Straßenbahn im Zentrum, im 400-m-Radius um Straßenbahn-Haltestellen im weiteren Stadtgebiet und im 600-m-Radius um S-Bahn-Stationen wohnt
Am 31.12.2001 wohnten 89,68 % der wohnberechtigten Bevölkerung (Haupt- und Nebenwohner) im fußläufigen Einzugsbereich von ÖPNV-Stationen

Handlungsziel: ÖPNV-Erschließung für alle Siedlungsbereiche

Tendenzielle Zielerfüllung: keine Aussage möglich, erstmalige Erfassung 2001

Soll-Ziel: **Zielerfüllungsgrad:**

Vergleichende Bewertung:

Indikator Zufriedenheit mit dem Verkehrsangebot (ÖPNV, Parken, Radwege)/ Wichtigkeit der Versorgung mit ÖPNV und der Ausstattung mit Parkplätzen und Radwegen/Gewünschter Einsatz für die einzelnen Verkehrsarten

KBU 2002, Auswertung der Fragen 46, 52 und 53

Die **Versorgung mit dem ÖPNV** ist für die Dresdner entscheidend. Die Wichtigkeit wird im städtischen Durchschnitt mit 1,7 und die Zufriedenheit mit 2,1 bewertet. Mit 1,7 schätzen die Bewohner von Prohlis, Reick und Gorbitz ihre Versorgung ein. Diese ist aber auch in den anderen Stadtteilen zufriedenstellend. Die negativste Bewertung kam mit 2,5 aus dem OA Loschwitz und Schönfeld-Weißig sowie aus Briesnitz und den westlichen Ortschaften.

Mit 1,9 wird die Wichtigkeit der **Parkmöglichkeit für den PKW** im gesamtstädtischen Mittel angegeben, wobei sich die Bewertungen in den einzelnen Stadtteilen nicht wesentlich unterscheiden. Die Zufriedenheit mit den Parkmöglichkeiten wird insgesamt als mittelmäßig bewertet und erhält die Note 2,9. Damit liegt die Differenz zwischen Wichtigkeit und Zufriedenheit bei 1,0. Bei der Bewertung der Zufriedenheit gibt es allerdings wesentliche Unterschiede zwischen den Stadtteilen. Die positivste Beurteilung (2,5) geben die Bewohner des OA Klotzsche und nördliche Ortschaften sowie Prohlis und Reick ab. Defizite bestehen hauptsächlich im OA Altstadt (26er Ring, Friedrichstadt) und im OA Neustadt (Äußere und Innere Neustadt). Hier wird die Zufriedenheit nur mit 3,5 bzw. 3,4 bewertet.

Die Ausstattung mit **Radwegen im Stadtgebiet** wird insgesamt als wichtig erachtet (2,0). Die Zufriedenheit wird allerdings nur mit 3,4 bewertet. Die geringste Zufriedenheit herrscht in der Äußeren und Inneren Neustadt (3,7). Das sind jedoch die Stadtgebiete, in denen die Wichtigkeit mit 1,7 bewertet wurde. Die Differenz beträgt hier demzufolge 2,0. Ebenfalls unzufrieden sind die Bewohner des OA Loschwitz und Schönfeld-Weißig sowie des OA Blasewitz. Die "positivste" Bewertung liegt bei 3,2, u. a. in der Johannstadt, im OA Leuben und in Gorbitz.

Von der Stadt Dresden wünschen sich die Bürger am meisten, dass sie sich mehr für den Fahrradverkehr einsetzt. Dies trifft interessanterweise für alle Altersgruppen bis 64 Jahre sowie für Personen in jeglichen Stellungen im Erwerbsleben (Erwerbstätige, Schüler, Arbeitslose, etc.) gleichermaßen zu. Etwas mehr soll außerdem für die behindertengerechte Bedienung (2,0), den Fußgängerverkehr (2,2), den privaten Kfz-Verkehr (2,2) sowie für den ruhenden Verkehr (2,3) und für Straßenbahn/ Bus (2,3) getan werden. Genauso viel wie bisher soll sich die Stadt für Verkehrsberuhigung/Tempo 30 (2,6), Wirtschaftsverkehr (2,6) und Vorrangschaltungen für Bus und Bahn (3,2) einsetzen. Diese gesamtstädtischen Werte spiegeln sich auch wider, wenn man die Wünsche der Bürger nach Ortsämtern geordnet betrachtet.

Qualitätsziel „Verbesserung der Anbindung an die transeuropäischen Verkehrswege“

Indikator durchschnittliche Reisezeit zu ausgewählten Metropolen [h] / Anzahl der Direktverbindungen (gesamtstädtisch)

Berechnung: Durchschnittswert (Stunden) pro Verkehrsträger aus den Einzelverbindungen anhand von Fahr- und Flugplänen und lt. Routenplaner (zeitgünstigste Verbindung) nach Berlin, Leipzig, Hamburg, München, Frankfurt, Paris, London, Amsterdam, Prag, Warschau, Wien und Brüssel.

Verkehrsträger	Durchschnittliche Reisezeit 2002	Direktverbindungen an einem durchschnittlichen Werktag
Schiene	06:56	nach Berlin, Leipzig, Hamburg, Frankfurt, Prag, Wien
Straße	05:47	
Luft	02:39	nach Hamburg, München, Frankfurt, Wien
alle 3 Verkehrsträger	04:80	

Handlungsziel: Verbesserung der Erreichbarkeit / Erhöhung der Direktverbindungen

Tendenzielle Zielerfüllung: keine Aussage möglich, erstmalige Erfassung 2002

Soll-Ziel: **Zielerfüllungsgrad:**

Vergleichende Bewertung:

Indikator Zufriedenheit der Wirtschaft mit der Verkehrsanbindung der Standorte

IHK-Unternehmensbefragung, IHK-Konjunkturbericht

Der Verkehrsinfrastruktur, vor allem der Anbindung ans Autobahnnetz und der Parkplatzsituation vor Ort kommt hohe Priorität zu. Ihre Beurteilung ist an die Lage des Unternehmens gebunden. Die Bewertung durch die Dresdner Unternehmen ist zwangsläufig etwas besser als die durch die Unternehmen in der Umlandregion Dresdens. Sie bewegt sich zwischen gut und befriedigend.

Die Unternehmen in der Stadt Dresden bewerten die Verkehrsinfrastruktur insgesamt und die Schienenanbindung mit 2,6, die Unternehmen in der Umlandregion Dresdens mit 2,9.

Die Flughafenanbindung wird von den Dresdner Unternehmen mit 2,3 und von den Unternehmen in der Umlandregion mit 2,9 bewertet.

Die Autobahnanbindung wird von den Dresdner Unternehmen mit 2,5 und von den Unternehmen in der Umlandregion mit 3,2 eingeschätzt

Die Parkplatzsituation wird seitens der Unternehmen in der Stadt Dresden mit 3,1 kritischer bewertet als in der Umlandregion mit 2,7.

Die verkehrliche Erreichbarkeit der Unternehmen in Dresden wird als gut (2,2), die der in der Umlandregion mit 2,5 eingeschätzt.

Dem weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, dem Erhalt von Güterverkehrsstellen oder dem weiteren Bau von Ortsumgehungen kommt in den nächsten Jahren aus Sicht der Wirtschaft große Bedeutung zu.

■ 3.5 Bereich Wirtschaft

Qualitätsziel „Schaffung eines leistungsfähigen Wirtschaftsstandortes“

Teil: Steigerung der städtischen und regionalen Wirtschaftskraft

Indikator Gewerbesteuereinnahmen je Einwohner (gesamtstädtisch)

Berechnung: Gewerbesteuereinnahmen (Euro)/Anzahl der Hauptwohner

Ist 1999 209,00 Euro

Ist 2001 286,77 Euro

Ist 2002 281,15 Euro

Handlungsziel: Steigerung der städtischen und regionalen Wirtschaftskraft; Steigerung der Einnahmen

Tendenzielle Zielerfüllung: bis 2001 steigend, 2002 leicht abfallend

Soll-Ziel: **Zielerfüllungsgrad:**

Vergleichende Bewertung: Leipzig 127,70 Euro; Nürnberg 429 Euro (Werte zum 31.12.2001)

Indikator Kaufkraft je Einwohner (gesamtstädtisch)

Berechnung: Summe aller Nettoeinkünfte (einschließlich sog. Transferleistungen) auf Grundlage der Lohn- und Einkommensstatistik/Jahr und Einwohner (Euro)/GfK Marktforschung GmbH

Ist 2001 14 502 Euro

Ist 2002 14 684 Euro

Ist 2003 14 722 Euro

1999 – 2002 Der Kaufkraft-Bundesdurchschnitt pro Einwohner wird über die Wertmarke 100 repräsentiert. Ein hoher Kaufkraftindex spiegelt ein hohes verfügbares Einkommen wider. Die Werte für Dresden betrugen 1999: 85,4; 2001: 89,7 und 2002: 89,1.

Der Zentralitätsindex ist ein Indikator dafür, wie weit es gelingt, Kaufkraft zugunsten des niedergelassenen Einzelhandels anzuziehen. 1999: 107,37; 2000: 108,95

Handlungsziel: Steigerung der städtischen und regionalen Wirtschaftskraft; Erhöhung der Kaufkraft

Tendenzielle Zielerfüllung:

Soll-Ziel:

Zielerfüllungsgrad:

Vergleichende Bewertung: Kaufkraftindex für Leipzig: 1999 82,6; 2001 88,1; 2002 87,3

Kaufkraftindex für Nürnberg: 1999 110,2; 2001 108,9; 2002 109,3

Indikator Investitionsquote Verarbeitendes Gewerbe und Bau (gesamststädtisch)

Berechnung: Bruttoanlageinvestition (Euro) / 1000 Euro Gesamtumsatz

Ist 1999 Verarbeitendes Gewerbe: 202,0 / Baugewerbe: 18,8

Ist 2000 Verarbeitendes Gewerbe: 246,9 / Baugewerbe: 17,5

Ist 2001 Verarbeitendes Gewerbe: 433,2 / Baugewerbe: 15,9

Ist 2002 verfügbar 6/2004

Handlungsziel: Steigerung der städtischen und regionalen Wirtschaftskraft, Erhöhung der Investitionsquote

Tendenzielle Zielerfüllung:

Soll-Ziel:

Zielerfüllungsgrad:

Tendenzielle Zielerfüllung: im Verarbeitenden Gewerbe zielgerecht, im Baugewerbe gegenläufig

Indikator Zufriedenheit mit persönlicher wirtschaftlicher Lage

KBU 2002, Auswertung der Frage 47

Als sehr gut bzw. als gut schätzen 50 % der Bevölkerung ihre derzeitige wirtschaftliche Lage ein, teils/teils wird von 37 % angegeben und 12 % empfinden ihre Lage als schlecht bis sehr schlecht. Am negativsten beurteilen die Bewohner von Prohlis und Reick ihre wirtschaftliche Situation. Hier vergeben nur 36 % die Wertung sehr gut bzw. gut. In Briesnitz und den westlichen Ortschaften hingegen bewerten 61% der Bevölkerung ihre wirtschaftliche Lage mit sehr gut/gut, dicht gefolgt von den Stadtteilen Blasewitz und Striesen mit 60 %.

Die wirtschaftliche Lage des letzten Jahres schätzen 56 % als gleich ein, etwas mehr als ein Viertel beurteilen die damalige Situation allerdings als besser. Die restlichen 16 % geben eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage von damals zu heute an.

Bei der Einschätzung ihrer wirtschaftlichen Lage im nächsten Jahr gehen lediglich 13 % von einer Verbesserung aus, wogegen 25 % an eine Verschlechterung glauben. Beispielsweise denken 34 % der Bevölkerung von Gorbitz und 30 % der Bevölkerung von Prohlis, Reick und Johannisstadt, dass sich ihre wirtschaftliche Lage verschärfen wird. Im gesamststädtischen Mittel nehmen 47 % der Bürger an, dass ihre Situation gleich bleiben wird.

Indikator Zufriedenheit der Unternehmen am Standort Dresden

IHK-Unternehmensbefragung zur Standortattraktivität im Kammerbezirk Dresden

Es wird seitens der IHK eingeschätzt, dass das pauschale Stimmungsbild durch das Regionen-Image, die konjunkturelle Entwicklung sowie branchenspezifische Probleme beeinflusst wurde.

Die regionalen Rahmenbedingungen am Standort Dresden wurden von 3 % der Unternehmen als sehr gut, von 34 % als gut und von 36 % als befriedigend eingeschätzt. Der Bewertungsdurchschnitt liegt bei 2,6. Die Frage nach Veränderung der Rahmenbedingungen in den letzten drei Jahren beantworten 19 % mit „verbessert“, 55 % mit „nicht verändert“ und 26 % mit „verschlechtert“.

Für 60 % der befragten Industriebetriebe ist der Technologietransfer von Bedeutung. Davon bescheinigt ihm ein Viertel gute bis sehr gute Bedingungen. Kooperationen mit Hochschulen/wissenschaftl. Einrichtungen sind sogar für 70 % der befragten Industriebetriebe von Bedeutung. Davon schätzen 40 % die Bedingungen als sehr gut/gut ein.

Die Qualität der Ausbildung betreffend wird eingeschätzt, dass eine stärkere Orientierung an den Anforderungen der Wirtschaft erforderlich ist. Die Ausbildung wird mit 2,9 benotet.

Höchste Priorität, aber die schlechteste Note erhielt die Standortbedingung „Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte“.

Der Bewertungsdurchschnitt für Dresden beträgt beim Technologietransfer 2,5, bei der Kooperation mit Hochschulen/wissenschaftl. Einrichtungen 2,1, bei der Qualität der Berufsbildung 2,7, bei der Qualität anderer Bildungseinrichtungen 2,6 und bei der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte 3,4. (Die Umlandregion Dresdens wurde analog mit 3,0, 2,8, 2,8, 2,7 und 3,5 bewertet.)

Die Verfügbarkeit von Büro-/Gewerbeflächen in Dresden wird als gut eingeschätzt. Das Preisniveau für Gewerbeimmobilien erhielt die Note 2,7 (Umlandregion 3,1).

Bei der Leistungsfähigkeit (Flexibilität, Bearbeitungsdauer) der kommunalen Behörden erreicht Dresden nur die Note 3,3 (Umlandregion 3,1).

Die Beauftragungen/Restriktionen werden noch kritischer gesehen. Die Stadt Dresden wird hier mit 3,5 bewertet (Umlandregion 3,3).

Die „weichen“ Standortfaktoren erlangen zunehmend Bedeutung. Die Wohnqualität und kulturhistorische bzw. landschaftliche Attraktivität sind nach Meinung der befragten Unternehmen echte Standortvorteile. Jeweils zwei Drittel der Firmen schätzen diese als sehr gut/gut ein.

Die soziale Infrastruktur Dresdens wird mit 2,8 bewertet (Umlandregion 3,0). Beim Kultur- und Freizeitangebot sowie der kulturhistorischen/landschaftlichen Attraktivität ist die Spannweite zwischen Dresden und der Umlandregion am größten. Dresden erhielt die Noten 2,3 bzw. 1,7, die Umlandregion 3,0 und 2,5.

Qualitätsziel „Schaffung eines leistungsfähigen Wirtschaftsstandortes“

Teil: Konsolidierung des kommunalen Haushalts

Indikator Nettoinvestitionsrate (gesamtstädtisch)

Berechnung: Bereinigter Überschuss/Gesamtausgaben des Vermögenshaushaltes x 100

Ist 1999 4,4 %

Ist 2001 3,8 %

Ist 2002 -0,1 %

Handlungsziel: Konsolidierung des kommunalen Haushalts; Erhöhung der Nettoinvestitionsrate**Tendenzielle Zielerfüllung:** gegenläufige Entwicklung**Soll-Ziel:** 10 % (gemäß Wibera-Gutachten)**Zielerfüllungsgrad:****Vergleichende Bewertung:****Indikator Schulden je Einwohner** (gesamtstädtisch)

Berechnung: Kreditmarktschulden (einschl. Altschulden) und Schulden bei öffentl. Haushalten (ohne kreditähnliche Rechtsgeschäfte, ohne Innere Darlehen, ohne Kassenkredite, ohne Schulden der Eigenbetriebe und Eigengesellschaften, ohne Schulden der Sondervermögen, ohne Haftsumme insgesamt)

Ist 1999 1653 Euro

Ist 2001 1718 Euro

Ist 2002 1680 Euro

Handlungsziel: Konsolidierung des kommunalen Haushalts; Senkung der Schulden je Einwohner**Tendenzielle Zielerfüllung:** Anstieg bis 2001, 2002 abfallend**Soll-Ziel:****Zielerfüllungsgrad:****Vergleichende Bewertung:** Leipzig 1789 Euro; Nürnberg 1762 Euro (Werte zum 31.12.2001)**Qualitätsziel „Hohes Angebot an Beschäftigungs- und Ausbildungsplätzen“****Indikator Arbeitslosenquote** (gesamtstädtisch und stadtteilbezogen)

Berechnung stadtteilbez.: Arbeitslose/Einwohner im erwerbsfähigen Alter (18-64 J.)

Berechnung gesamtstädt.: Arbeitslose / abhängige zivile Erwerbspersonen (Quelle: Arbeitsamt)

Ist 1999 16,1 %

Ist 2001 15,9 %

Ist 2002 15,5 %

Handlungsziel: Verbesserung der Beschäftigungs- und Ausbildungssituation; Reduzierung der Arbeitslosenquote**Tendenzielle Zielerfüllung:** zielgerecht, minimale Verbesserung**Soll-Ziel:****Zielerfüllungsgrad:****Vergleichende Bewertung:** Leipzig 19,1 %; Nürnberg 10,3 % (Werte zum 31.12.2001)**Indikator Beschäftigtenquote** (gesamtstädtisch und stadtteilbezogen)

Berechnung: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte/Einwohner im erwerbsfähigen Alter (18-64 J.)

hier: gesamtstädtisch

Ist 1999 69,7 %

Ist 2001 69,2 %

Ist 2002 68 %

Handlungsziel: Verbesserung der Beschäftigungs- und Ausbildungssituation; Erhöhung der Beschäftigtenquote**Tendenzielle Zielerfüllung:** nicht zielgerecht, leichte Abnahme seit 1999**Soll-Ziel:****Zielerfüllungsgrad:****Vergleichende Bewertung:** Leipzig 61,7 %; Nürnberg 81,2 % (Werte zum 31.12.2001)**Indikator Selbstständigenquote** (gesamtstädtisch)

Berechnung: Selbstständige/Einwohner im erwerbsfähigen Alter (18 – 64 Jahre)

Ist 1999 6,7 %

Ist 2001 7,1 %

Ist 2002 6,9 %

Handlungsziel: Verbesserung der Beschäftigungs- und Ausbildungssituation; Erhöhung der Selbstständigenquote**Tendenzielle Zielerfüllung:** nicht zielgerecht, Verschlechterung seit 2001**Soll-Ziel:****Zielerfüllungsgrad:**

Vergleichende Bewertung: Leipzig 6,3 %; Nürnberg 6,5 % (Werte zum 31.12.2001)

Indikator Übereinstimmung von Arbeitstätigkeit und beruflicher Qualifikation

KBU 2002, Auswertung der Frage 66

In Dresden üben etwa drei Viertel der Bevölkerung eine Tätigkeit aus, die ihrer beruflichen Qualifikation entspricht. Die größte Übereinstimmung (82 %) von Qualifikation und Tätigkeit herrscht in der Altersgruppe 25-34 Jahre. Während in Cotta, Löbtau, Naußlitz und Dölzschen 85 % der Einwohner in einem ihrer Qualifikation entsprechenden Beruf arbeiten, trifft das beispielsweise nur für etwas mehr als die Hälfte der Bewohner von Johannstadt (57 %) zu. 27 % der Dresdner gehen einer Beschäftigung nach, die nicht ihrer beruflichen Qualifikation entspricht. Der Hauptanteil dieser Personen hat einen anderen Beruf gelernt (65 %) und/oder schätzt seine Qualifizierung eigentlich höher ein (50 %). Lediglich 2 % geben an, niedriger qualifiziert zu sein.

Bemerkungen

Die Zahl der Einpendler betrug zum 30.6. 2001 78 266; die Zahl der Auspendler betrug 34 765. Der Einpendlerüberschuss betrug damit 43 501.

■ 3.6 Bereich Umwelt/Natur

Qualitätsziel „Verminderung des städtischen Anteils an der globalen Erwärmung“

Indikator CO₂-Emission pro Einwohner und Jahr (gesamstädtisch)

Berechnung: nach der Methodik Klimabündnis / DIFU; Energieverbrauch aus Daten der Stadtwerke, Abschätzung im Verkehrsbereich

Ist 1998 11,4 t/EW/a (10,5 t/EW/a)

Ist 1999 10,5 t/EW/a (10,2 t/EW/a)

Ist 2001 10,3 t/EW/a (10,4 t/EW/a)

Ist 2002 10,8 t/EW/a (10,3 t/EW/a)

Handlungsziel: Reduzierung um 50 % bis 2010 (Bezug: 1987 mit 15,4 t/EW/a)

Tendenzielle Zielerfüllung: seit 1999 nur leicht sinkend, 2002 wieder steigend

Soll-Ziel: für 2010: 7,7 t/EW/a **Zielerfüllungsgrad:** bis 1998 52 % erreicht, 1998 bis 2002 nur weitere 8 %

Vergleichende Bewertung: Ziel der Bundesregierung für 2005: 9,3 t/EW/a

Bemerkungen

Der deutliche Anstieg im Jahr 2002 ist in erster Linie durch das August-Hochwasser bedingt. Die Überschwemmungen der Weißeritz hatten zu einem längeren Ausfall des modernen GuD-Heizkraftwerkes an der Nossener Brücke geführt. Zum Ausgleich dafür wurde in Dresden wieder ein höherer Anteil an Braunkohlestrom eingesetzt, wofür wesentlich höhere CO₂-Emissionen anzurechnen sind.

Die Mengenangabe für die CO₂-Emissionen in Dresden bezieht die Prozesskette der

Energiebereitstellung (Förderung, Transport, Umwandlung) ein, d. h. es werden auch indirekte Emissionen erfasst, die nicht direkt im Stadtgebiet entstehen bzw. die durch die Einwohner der Stadt auch außerhalb des Stadtgebietes verursacht werden (Reiseverkehr).

Ferner erfolgt die Angabe in CO₂-Äquivalentmengen. Es werden auf diesem Wege auch andere Treibhausgase (insbesondere CH₄) einbezogen und die höhere Wirkung des CO₂ in hohen Atmosphären-

schichten (Emissionen des Flugverkehrs) berücksichtigt. Die Vergleichswerte des Bundes weichen etwas von der kommunalen Bilanzierungsmethodik ab.

Die gegenwärtige jährliche CO₂-Reduktionsrate ist zu gering, um das beschlossene Ziel 2010 zu erreichen.

Das beschlossene CO₂-Rahmenprogramm von 1998 wird weitergeführt. Es reicht aber in seiner Reduktionswirkung nicht aus.

Qualitätsziel „Sicherung und Entwicklung des Natur- und Landschaftsraumes“

Indikator Anteil der Schutzgebiete und Fläche der geschützten Biotop (gesamstädtisch)

Berechnung: Fläche Schutzgebiete/Fläche Gesamtstadt x 100

	Landschaftsschutzgebiete	Naturschutzgebiete	Naturdenkmale	Gesetzl. geschützte Biotop
Ist 2001	34,87 %	1,01 %	0,43 %	2,3 %
Ist 2002	34,86 %	1,01 %	0,43 %	3,3 %



Handlungsziel: Erhöhung des Anteils und der Vernetzung
Tendenzielle Zielerfüllung: keine Verschlechterung
Soll-Ziel: **Zielerfüllungsgrad:**
Vergleichende Bewertung: nicht möglich, da die Bedingungen der Städte zu unterschiedlich sind

Indikator Zufriedenheit mit den Grünanlagen in der Stadt und im Wohngebiet, Wichtigkeit der Grünanlagen in der Stadt und im Wohngebiet

KBU 2002, Auswertung der Fragen 52 und 53

Im gesamtstädtischen Mittel wird die Wichtigkeit der Park- und Grünanlagen sowie die der guten Durchgrünung im Wohngebiet jeweils mit 1,4, also sehr hoch bewertet. Mit den städtischen Park- und Grünanlagen sind die Dresdner insgesamt recht zufrieden (2,5), wobei die Bewohner des OA Altstadt (26er Ring, Friedrichstadt) und des OA Blasewitz die positivste Beurteilung (2,3) abgaben. Als eher mittelmäßig (3,0) schätzt man die Situation in der Leipziger Vorstadt und in Pieschen ein. Zufrieden (2,4) ist die Dresdner Bevölkerung auch mit der Durchgrünung in den Wohngebieten. Im OA Loschwitz und im OA Leuben sowie in Schönfeld-Weißig herrscht die größte Zufriedenheit (2,1), die geringste (3,0) in der Leipziger Vorstadt und in Pieschen. Die gesamtstädtische Differenz zwischen Wichtigkeit und Zufriedenheit beträgt auf dem Gebiet der Park- und Grünanlagen 1,1 und bei der guten Durchgrünung der Wohngebiete 1,0.

Bemerkungen

Die einzelnen Schutzgebietskategorien beinhalten sehr unterschiedliche Schutzziele und Schutzbestimmungen. Sie sind deshalb untereinander nicht zu vergleichen. Ferner ist eine Summation der Flächenanteile nicht möglich. Es liegt ein Teil der kleinflächigen Schutzkategorien (Naturdenkmale, geschützte Biotop) innerhalb der größeren Gebiete des Landschafts- und Naturschutzes.

Die Flächenzunahme bei den besonders geschützten Biotopen im Jahr 2002 resultiert nicht aus einer Biotopneuanlage. Diese Zunahme spiegelt lediglich den aus einer fortschreitenden Erfassung resultierenden besseren Kartierungsumfang innerhalb der Landeshauptstadt wider. Daher sind Veränderungen in diesem Flächenanteil zur Charakterisierung einer ökologischen Entwicklung im Stadtgebiet ungeeignet.

Die FFH-Gebiete (gem. Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der EU) in Dresden werden im Teil 9 Umweltschutz erläutert. Sie sind ebenfalls den o. g. Schutzkategorien überlagert.

Die Nennung der geringen Veränderung zwischen 2001 und 2002 bei den Landschaftsschutzgebieten ist gewollt. Sie resultiert aus geringfügigen Ausgliederungen.

Qualitätsziel „Schaffung eines gesunden Wohnumfeldes“

Indikator Einwohner in Wohnungen mit Leq >65 dB (A) an Hauptverkehrsstraßen

(gesamtstädtisch, stadtteilbezogen und straßenabschnittsweise)

Berechnung: Lärmberechnung nach Umweltatlas, Betroffenheitsermittlung durch Kommunale Statistikstelle

hier: gesamtstädtisch

Ist 2001 70,0 Tausend Einwohner

Ist 2002 70,0 Tausend Einwohner

Handlungsziel: Reduktion der Verlärmung

Tendenzielle Zielerfüllung: siehe Bemerkungen

Soll-Ziel: **Zielerfüllungsgrad:**

Vergleichende Bewertung:

Bemerkungen

Die Zahlen zeigen eine Stagnation, obgleich in den höchsten Pegelklassen der Verlärmung eine Reduktion im Jahr 2002 zu verzeichnen war. Diese Minderung von

Spitzenbelastungen hat aber keine Auswirkungen auf die Zahl der Betroffenen, für die ein gesundheitliches Risiko infolge der Belastung mit Mittelungspegeln während

der Tagstunden von mehr als 65dB(A) nicht ausgeschlossen werden kann.

Für 1999 ist keine Aussage möglich.

Indikator Einschätzung der maßgeblichen Gesundheitsbeeinträchtigungen

KBU 2002, Auswertung der Frage 58

Die Dresdner Bevölkerung fühlt sich in ihrer Gesundheit hauptsächlich durch drei Dinge beeinträchtigt: den Stress im Beruf (32 %), die finanzielle Situation (32 %) und die berufliche Unsicherheit (23 %).

Um die 15-17 % der Bürger sehen ihre Gesundheit durch äußere Einflüsse wie Lärm, Luftverschmutzung, motorisierten Straßenverkehr oder Schadstoffe in Lebensmitteln bedroht. Dabei sieht man die größte Gefahr durch motorisierten Individualverkehr in Blasewitz und Striesen, aber auch in der Südvorstadt und in Zschertnitz. Durch Lärm fühlt man sich in der Altstadt (26er Ring, Friedrichstadt) am stärksten belastet.

Immerhin sehen 15 % der Bevölkerung ihre Gesundheit außerdem durch die Einsamkeit gefährdet. In den Stadtteilen Prohlis, Reick und Gorbitz wird dieser Grund von fast einem Viertel der Bürger angegeben. Das sind auch die Bereiche, in denen die Arbeitslosigkeit als Bedrohung für die Gesundheit größer eingeschätzt wird als in den anderen Stadtteilen.

Von 14 % der Bevölkerung wird das Übergewicht als Beeinträchtigung der Gesundheit angegeben, allerdings nur von 7 % das Rauchen.

Anlage 1

Teilräume	Maßnahmen gemäß INSEK	Bewertung der Zielerreichung K.Aktiv./ begonnen...abgeschlossen					Bemerkungen
		0%	25 %	50 %	75 %	100%	
Innenstadt							
Altstadt und Ring um den Altstadt kern	Wiederaufbau der Frauenkirche				X		
	Bebauung der Quartiere des Neumarktes		X				Planungsvorlauf
	Umbauung des Kulturpalastes		X				Planungsvorlauf
	Umbau des Kulturpalastes zur Spielstätte der Philharmonie		X				Planungsvorlauf
	Herstellung der Platzfläche des Altmarktes gemäß dem Wettbewerbsergebnis		X				Planungsvorlauf
	Errichtung der Tiefgarage unter dem Altmarkt		X				Planungsvorlauf
	Errichtung der Bebauung an der Altmarktsüdseite (MK 2, MK 4, MK 6)		X				Planungsvorlauf
	Anschluss der weiteren Bebauung (B-Plan Nr. 135)		X				
	Errichtung der Bußmannkapelle an ihrem historischen Standort		X				Planungsvorlauf
	Umsetzung von Teilen des Freiraumkonzeptes entlang des Dr.-Külz-Ringes und im südlichen Abschnitt der Wallstraße unter Einbeziehung der zugehörigen Verkehrslösung		X ¹⁾			X	¹⁾ Wallstraße
	Aufwertung des Stadtbildes – Umsetzung der Lichtgestaltungs-konzeption		X				
Prager Straße, Wiener Platz, Ferdinandplatz, Georgplatz	Umsetzen der Bebauungskonzeption am Wiener Platz in den unmittelbar dem Hauptbahnhof vorgelagerten Bereichen und im südlichen Abschnitt der Prager Straße (B-Plan Nr. 123), einschließlich der zugehörigen Verkehrslösung		X ¹⁾			X ²⁾	¹⁾ Bebauung ²⁾ Verkehr
	Umsetzen des Gestaltungskonzeptes Wiener Platz			X			
	Umsetzen des Gestaltungskonzeptes Prager Straße Mitte		X				Planungsvorlauf
	Sanierung der Wohnzeile sowie Ergänzung des Gebäudes durch einen in Richtung Prager Straße vorgelagerten Baukörper sowie Überdachung der Freiräume zwischen den Pavillons der Prager Straße Mitte	X					
	Bebauung des Areals Ferdinandplatz/Georgplatz, Initialzündung durch die Ansiedlung des Techn. Rathauses		X				Konzeption Zwischen-nutzung; Ziel Techn. Rat-haus streichen
	Bebauung des Areals zwischen Waisenhausstraße/Prager Straße/Reitbahnstraße		X				
Neue Terrasse Terrassenufer	Bau des Kongresszentrums Umbau des Erlweinspeichers zu einem Kongresshotel			X			
	Gestaltung des unmittelbaren und des weiteren Umfeldes des Kongresszentrums		X				Planungsvorlauf
	Umsetzen von Teilen der Bebauungskonzeption auf dem Areal des Dresdner Druck- und Verlagshauses, bspw. durch Errichtung eines neuen Verlagsgebäudes (B-Plan Nr. 176)		X				Planungsvorlauf
	Ansiedlung einer prominenten Nutzung am Terrassenufer		X				Planungsvorlauf
	Ansiedlung eines Nahversorgungszentrums in der Pirnaischen Vorstadt		X				Planungsvorlauf
	Im Anschluss an das Wettbewerbsverfahren zur Schaffung von Baurecht Beginn eines Bauleitplanverfahrens		X				Planungsvorlauf
Innenstadt West	Entwicklung wesentlicher Bausteine der Postplatzbebauung – Beginn der Umsetzung des städtebaulichen Konzeptes am Postplatz mit Errichtung des Wilsdruffer Kubus und langfristige		X				Planungsvorlauf

Teilräume	Maßnahmen gemäß INSEK	Bewertung der Zielerreichung K.Aktiv./ begonnen...abgeschlossen					Bemerkungen
		0%	25 %	50 %	75 %	100%	
	Sicherung des Konzeptes durch Verkehrsbaumaßnahmen entsprechend dem Verkehrskonzept Innenstadt						
	Stadtreparatur im Kernbereich der Wilsdruffer Vorstadt – durch Bebauung freier Baufelder Zusammenführung der Reste historischer Bebauung zu einem städtischen Gefüge		X				Planungsvorlauf
	Reaktivierung des stadt- und funktionsräumlichen Leerraums Heizkraftwerk Mitte durch Belegung mit einer Nutzung im Kultur- und Freizeitsektor	X					
	Stadträumliche Arrondierung des Freiburger Platzes	X					
	Entwicklung von planerischen Intentionen für das Umfeld des zukünftigen S-Bahnhaltepunktes Freiburger Straße	X					
	Stadt- u. funktionsräumlich adäquate Bebauung d. Platzkanten	X					Wiener Platz
	Durchführung eines städtebaulichen Workshops mit dem Ergebnis eines Rahmenplans zur Ausformulierung langfristig ausgerichteter Konzepte, wie die Entwicklung des in östlicher Richtung orientierten Randbereichs der Seevorstadt West zu einem die Kernstadt ergänzenden Gebiet sowie die Entwicklung einer stadtstrukturellen Stadtsilhouette entlang des 26er Rings				X		
	Anreichern bereits bestehender kultureller Nutzungen und Freizeitnutzungen im Umfeld der Stadtplätze u. a. durch die Ansiedlung der bisher im vorstädtischen Umfeld agierenden Staatsoperette		X				
	Städtebauliche und nutzungsstrukturelle Verdichtung der in die Altstadt weisenden Verkehrsradien: Ostra-Allee, Schweriner Straße, Freiburger Straße, Budapester Straße – als klassische Straßenräume mit erlebbarer Erdgeschosszone		X				
	Qualifizierung des öffentlichen Raumes: Konzipierung einer Folge von unterschiedlich thematisierten Platzräumen: Schützenplatz - Wettiner Platz - Freiburger Platz - Sternplatz entlang einer Wegebeziehung mit hoher Freiraumqualität	X					
	Integration moderner innerstädtischer Wohnformen, Umbau vorhandener Wohnungstypologien entspr. heut. Anforderungen		X				Planungsvorlauf
	Sicherung der Wohnfunktion durch Ausbau von dem Wohnen nachgeordneten Infrastrukturen, u. a. zwei Kinder- und Jugendeinrichtungen	X					
	Sanierung der 16. Grundschule Josephinstraße 6, einschließlich Sporthalle	X					
	Verbesserung der Freiraumqualität des Wohnumfeldes – Anreichern der Quartiere mit ökologisch hochwertigen, funktional und sozial begründeten Freiraumelementen	X					
Innenstadt Ost	Städtebauliche Neubestimmung der Bereiche um den Straßburger Platz und Arrondierung der Grunaer Straße in Folge der Ansiedlung der Gläsernen Manufaktur		X				Planungsvorlauf
	Konzeption der in Richtung Altstadtring und in Richtung St. Petersburger Straße orientierten Gebiete zu die Kernstadt ergänzenden Arealen – Präzisierung der teilweisen großflächigen Planungsüberlegungen	X					
	Langfristige Maßnahmen zum geplanten Neubau einer Straßenbahntrasse in der Pillnitzer Straße		X				Planungsvorlauf

Teilräume	Maßnahmen gemäß INSEK	Bewertung der Zielerreichung K.Aktiv./ begonnen...abgeschlossen					Bemerkungen
		0%	25 %	50 %	75 %	100%	
Innere Neustadt	Erweiterung des Geltungsbereichs der bestehenden Erhaltungssatzung zur Unterstützung der avisierten Stadtreparaturmaßnahmen durch den Einsatz öffentlicher Fördermittel aus dem Programm Städtebaulicher Denkmalschutz. Fortsetzung der geförderten Wiederherstellung bzw. Aufwertung der öffentlichen Räume als wesentliche Rahmenbedingung zur Initiierung weiterer privater Investitionen					X	
	Fortschreibung der Stadtreparatur in der Inneren Neustadt auf Grundlage des Rahmenplanes bzw. der veranstalteten Entwurfswerkstatt. Im Anschluss, ggf. vereinzelt im Parallelverfahren Umsetzung der Entwicklungsziele durch teilräumliche Bauleitplanverfahren			X			
	Städtebauliche Integration und Qualifizierung der vielfältigen Nutzbarkeit von Verkehrsstraßen – hier insbesondere von Albert- bzw. Köpke- und Große Meißner Straße – durch Straßenumgestaltung, Schaffung ebenerdiger Querungen, Anlage von Radwegen etc. Partieller Abbruch von Plattenbausegmenten in Verlängerung der Heinrichstraße und Rähnitzgasse sowie als Auftakt/Einführung der künftigen Kasernenstraße		X				Planungsvorlauf
	Bebauung des Areals Königstraße 14, Sanierung des Hotel Stadt Leipzig zur Abrundung des weit fortgeschrittenen Sanierungsprozesses im Bereich Altendresden		X				Planungsvorlauf
	Neuformulierung der Kopfbebauung Neustädter Markt/Hauptstraße sowie der gesamten Platzfassung als rechtseibischer Auftakt für einen wesentlichen Teil der Dresdner Innenstadt		X				Planungsvorlauf
	Errichtung von privaten und/oder öffentlichen Parkierungseinrichtungen im Bereich Palaisplatz und Metzger Straße, um Gestaltungsspielräume zur Aufwertung des öffentlichen Raumes zu erlangen		X				Planungsvorlauf
	Bauliche Arrondierung der exponierten Fehlstelle am Königsufer zwischen Augustusbrücke und Finanzministerium. Sicherung der kleinteiligen Eigentumssituation zur Steuerung der Entwicklung in diesem Bereich		X				Planungsvorlauf
	Fortsetzung der schrittweisen Etablierung des Regierungsviertels und dessen verbesserte stadträumliche Integration	X					
	Verbesserte fußläufige Anbindung des Neustädter Bahnhofs an die Innere Neustadt sowohl an den Bereich Altendresden über Hainstraße und Wallgäßchen zur Königstraße als auch über den Grünring in Richtung Regierungsviertel		X				Haltestellenbereich
	Bebauung des Standortes vom ehemaligen Alberttheater zur Abrundung der hochwertigen Rundplatzfigur	X					
	Umsetzung der Brückenkopfbebauung Kleine Marienbrücke entsprechend des Gutachterverfahrens u. des B-Plans Nr. 169		X				Planungsvorlauf
	Sanierung des Schul- und Sporthallenstandortes Unterer Kreuzweg 4	X					
Löbtau Rosenstraße	Zentrum Löbtau (Kesselsdorfer Straße/ Wernerstraße) und Aufwertung des zentralen Haltestellenbereichs ÖPNV		X				Planungsvorlauf
	Entwicklung der Weißeritz und ihres Umfeldes	X					
	Neustrukturierung bzw. Rekonstruktion des Hauptverkehrsstraßennetzes (Fröbelstr., Rosenstraße, Fabrikstr.), einschließlich Anbindung Nossener Brücke		X				Planungsvorlauf
	Gestaltung des Umfeldes des S-Bahnhaltepunkt Freiburger Str.		X				Planungsvorlauf

Teilräume	Maßnahmen gemäß INSEK	Bewertung der Zielerreichung K.Aktiv./ begonnen...abgeschlossen					Bemerkungen
		0%	25 %	50 %	75 %	100%	
	Rahmennutzungskonzept Rosenstraße Fabrikstraße	X					
	Entwicklungsbereich Umfeld Hp. Plauen mit Ortsteilzentrum Plauen, einschließlich F.-C.-Weißkopf-Platz				X		
	Umgestaltung Bünauplatz	X					
	Entwicklung des "Städtischen Seniorenpark Löbtauer Straße"		X				Planungsvorlauf
	Wohnumfeldgestaltung des Wohngebietes Altonaer Straße	X					
	Weiterführung Umgestaltung Bonhoefferplatz					X	
	Neubau einer Kindertagesstätte im Bereich Hermsdorfer Straße		X				Abriss, Bauantrag
Friedrichstadt Ostragehege	Bahnhof Mitte (Wiederaufbau, Gestaltung des Vorplatzes, Verbesserung der Verbindung zur Innenstadt), einschließlich der Haltestellenbereiche des ÖPNV			X			
	Bestandssicherung/Äußere Instandsetzung der gefährdeten Altbausubstanz		X				
	Ordnungsmaßnahmen, Gestaltung bzw. Zwischennutzung auf Brachflächen und „Ruinengrundstücken“ insbesondere entlang der Schäferstraße und Weißeritzstr. (Stadteingangssituation)				X		
	Wohnumfeldverbesserungen in der Friedrichstadt		X				
	Ansiedlung adäquater freizeit- und messeorientierter Nutzungen auf der Schlachthofinsel	X					
	Bestandssicherung/Äußere Instandsetzung der gefährdeten Erlweinschen Originalsubstanz auf der Schlachthofinsel sowie Pflege, Aufwertung und Gestaltung der Freiflächen		X				Planungsvorlauf
	Ausbau und Aufwertung der Verbindung zwischen Innenstadt und Ostragehege (Pieschener Allee bis Terrassenufer)		X				
	Entwicklung des Sportgeländes		X				Hochwasserschäden
	Wiedereinrichten einer Fährverbindung nach Pieschen	X					Planungsvorlauf
	Ausbau des Ostravorwerkes als „Tor zum Ostragehege“, u. a. Ansiedlung kultureller Nutzungen	X					
	Aufwertung der Wegeverbindung Friedrichstadt/Ostragehege		X				i.V. m. Sporthallenbau
	Beseitigg. d. Schornsteines/Heizwerkes auf d. Schlachthofinsel	X					
	Inbetriebnahme und Qualifizierung der der Open-air-Anlage im Ostragehege		X				
	Weitere Instandsetzung des Straßennetzes, besonders des Schlachthofringes			X			
	Untersuchungsbedarf zur langfristigen Einordnung einer angemessenen Nutzungsänderung für das Quartier mit dem Straßenbahnhof Waltherstraße	X					
	Baumpflanzungen/Ergänzungspflanzungen entlang der dafür geeigneten Straße		X				
	Anlage eines Parkes auf den gewerblichen Flächen und Kleingartenflächen im westlichen Teil der Schlachthofinsel		X				
	Untersuchung zur Erschließung der Schlachthofinsel mit der Straßenbahn		X				
	Untersuchung von zwei Verkehrstrassen (Brücke Erfurter Str., 3. Marienbrücke) zur Entscheidung der Vorzugsvariante		X				
Leipziger Vorstadt Pieschen	Einordnung des Verkehrsmuseums Dresden am Standort des Alten Leipziger Bahnhofs	X					
	Revitalisierung des Sachsenbades		X				Nutzungskonzept i.A.
	Umnutzung des ehemaligen Straßenbahnhofs Mickten	X					
	Wieder- bzw. Neunutzung denkmalgeschützter Bausubstanz		X				Planungsvorlauf

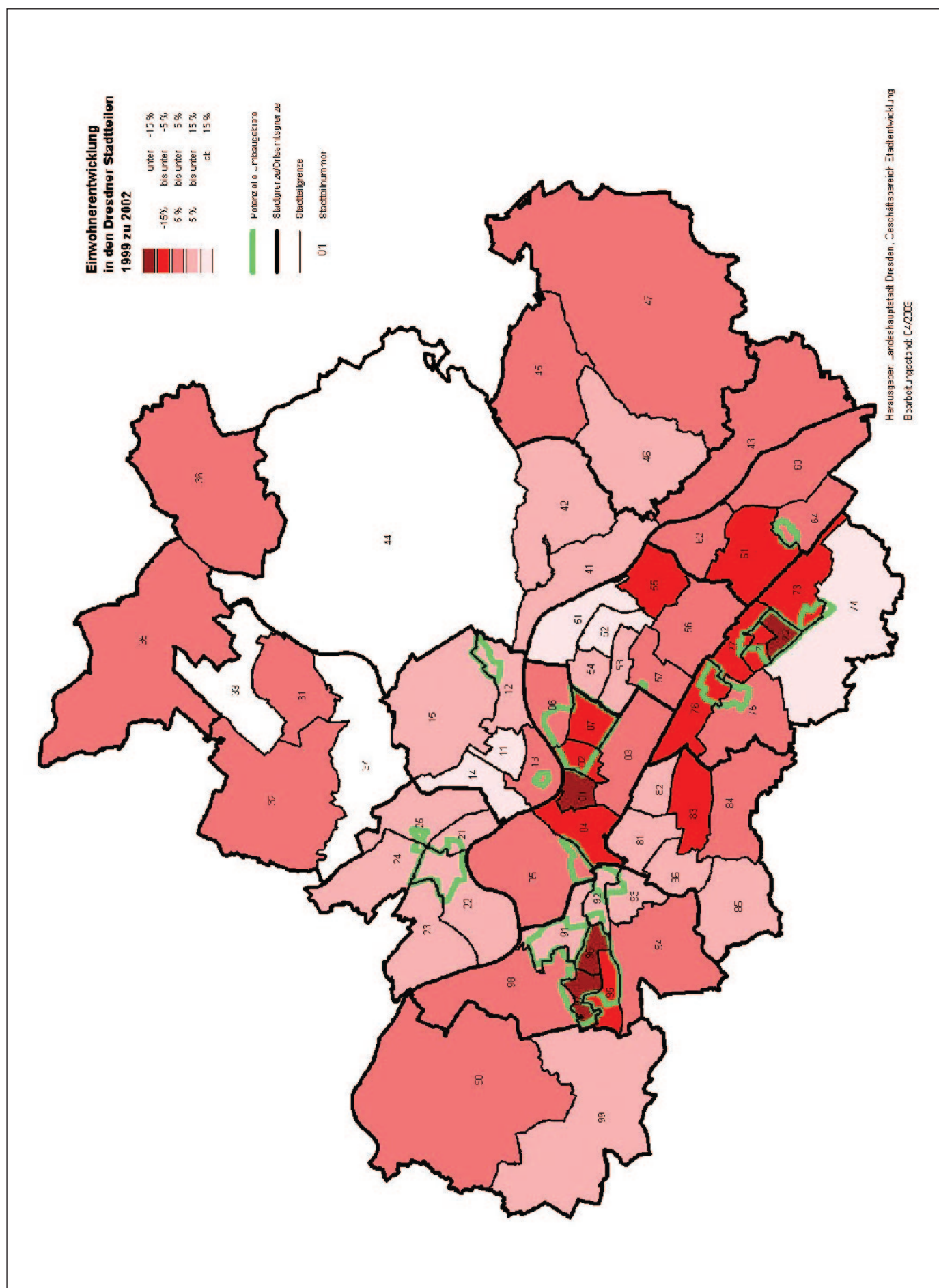
Teilräume	Maßnahmen gemäß INSEK	Bewertung der Zielerreichung K.Aktiv./ begonnen...abgeschlossen					Bemerkungen
		0%	25 %	50 %	75 %	100%	
	für kulturelle bzw. Gemeinbedarfszwecke im Bereich des Alten Schlachthofs						
	Aufwertung des Neustädter Hafens als städtischer Ort mit hoher Aufenthaltsqualität (Blickbeziehungen zur Innenstadt und zur Brühlschen Terrasse)	X					
	Aufwertung der „Stadtteileingänge“ (Bahnunterführungen etc. sowie vor allem der öffentlichen Plätze – Moritzburger Platz, Leisniger Platz, Großenhainer Platz)		X				Planungsvorlauf
	Verlängerung des Königsufers (im Zusammenhang mit der Aufwertung des Neustädter Hafens)	X					
	Weiterführung des Elbradweges bis zum Pieschener Hafen					X	
	Schaffung von Querungsmöglichkeiten der Bahnanlagen, insbesondere im Bereich des Alten Schlachthofes	X					
	Schaffen eines „Kultur-Boulevard“ im Verlauf der Gothaer Str. (Alter Schlachthof) und in der Verlängerung bis zur Elbe	X					
	Einrichtung einer Fährverbindung (Ostragehege – Pieschener Winkel und Neustädter Hafen)		X ¹⁾				Planungsvorlauf ¹⁾ Pieschener Winkel
	Verbesserung der Erreichbarkeit vorhandener Grün- und Freiräume an der Elbe durch das Schaffen bzw. Aufwerten von Wege- u. Grünbeziehungen im Bereich des Neustädter Hafens, der Erfurter Straße und des Pieschener Hafens	X					
	Ausbildung eines innerstädtischen Grünzuges sowie einer Wegebeziehung entlang der im Gebiet vorhand. Bahnanlagen	X					
	Prüfen der Zwischennutzbarkeit des brachliegenden Villeroy & Boch-Areals für flächenintensive (störende) sportliche Aktivitäten (Mountainbiking, Bolzplätze, Flugmodellsport etc.)	X					
	(zutreffend im gesamten Teilraum) Prüfen der Zwischennutzbarkeit von Gebäuden zur Sicherung denkmalgeschützter Bausubstanz	X					
	Fertigstellung Aktivspiel „Eselsnest“ (Eisenberger Straße)		X			Nach HW	neue Förderung
	Sanierung der Kinder- und Jugendeinrichtung Bürgerstraße 68		X				Planungsvorlauf
	Untersuchung von zwei Verkehrstrassen (Brücke Erfurter Str., 3. Marienbrücke) zur Entscheidung der Vorzugsvariante		X				
Äußere Neustadt Hechtviertel	Platzneugestaltung „Schlesischer Platz“ und Umfeld (Dr.-Friedrich-Wolf-Str.), einschließlich Anforderungen zum ÖPNV nach Verkehrskonzept	X					Planungsvorlauf ÖPNV
	Entwicklungsbereich Musikschule, Theater Kleines Haus		X				Planungsvorlauf
	Königsbrücker Platz - Kulturstätte „St. Pauli-Kirchruine“		X				Planungsvorlauf
	Straßenraumgestaltung „Untere Alaunstraße“		X				Planungsvorlauf
	Gewerbebereich Görlitzer Straße (B-Plan 142)		X				Planungsvorlauf
	Platzneugestaltung Bischofsplatz - Neue S-Bahnstation		X				Planungsvorlauf
	A. Bereich „Pfund-Areal“	X					
	B. Schließung des Blockrandes und Baulich-funktionale Neuordnung des Blockes zwischen Rothenburger Straße, Böhmischer Straße, Martin-Luther-Straße und Bautzener Straße	X					
	Albertcenter Äußere Neustadt	X					
	Bereich „Scheune“ Alaun-/Louisenstraße	X					
	Umbau Turnhalle, Grün- und Spielbereich „Panama“		X				Planungsvorlauf
	Prießnitzfußweg		X				Planungsvorlauf
	Platzgestaltung Martin-Luther-Platz	X					

Teilräume	Maßnahmen gemäß INSEK	Bewertung der Zielerreichung K.Aktiv./ begonnen...abgeschlossen					Bemerkungen
		0%	25 %	50 %	75 %	100%	
	Sport- und Freizeiteinrichtung Alaunplatz (B-Plan 125)		X				
	Maßnahmen zur Umgestaltung der Königsbrücker Straße ¹⁾ und Bautzner Straße ²⁾	X ¹⁾				X ²⁾	Planungsvorlauf
	Neubau einer Kindertagesstätte im Bereich Hechtstraße/ Buchenstraße Sanierung der Kinder- und Jugendeinrichtung und Erweiterung des Spielbereiches im Schanzenpark	X ¹⁾	X ²⁾			X ³⁾	¹⁾ Conny e.V. ²⁾ Neubau J.-Meyer-Str. ³⁾ Spielplatz Schanzenpark
	Sanierung der Grundschule Löwenstraße	X					
City Süd Strehleener Straße	Abriss ruinöser Bausubstanz und Zwischennutzungen (Parkstellflächen, Grünflächen im Bereich zwischen Strehleener Straße und Bahntrasse)	X					
	Zwischennutzung auf Brachfläche Fritz-Löffler-Str./Lindenastr.		X				
	Aufwertung der öffentlichen Grünbereiche entlang der Fritz-Löffler-Straße			X			
	Sanierung der Kindertagesstätte Schnorrstraße	X					
Zwickauer Straße Altstadt II	Keine Angaben zu den Maßnahmen						

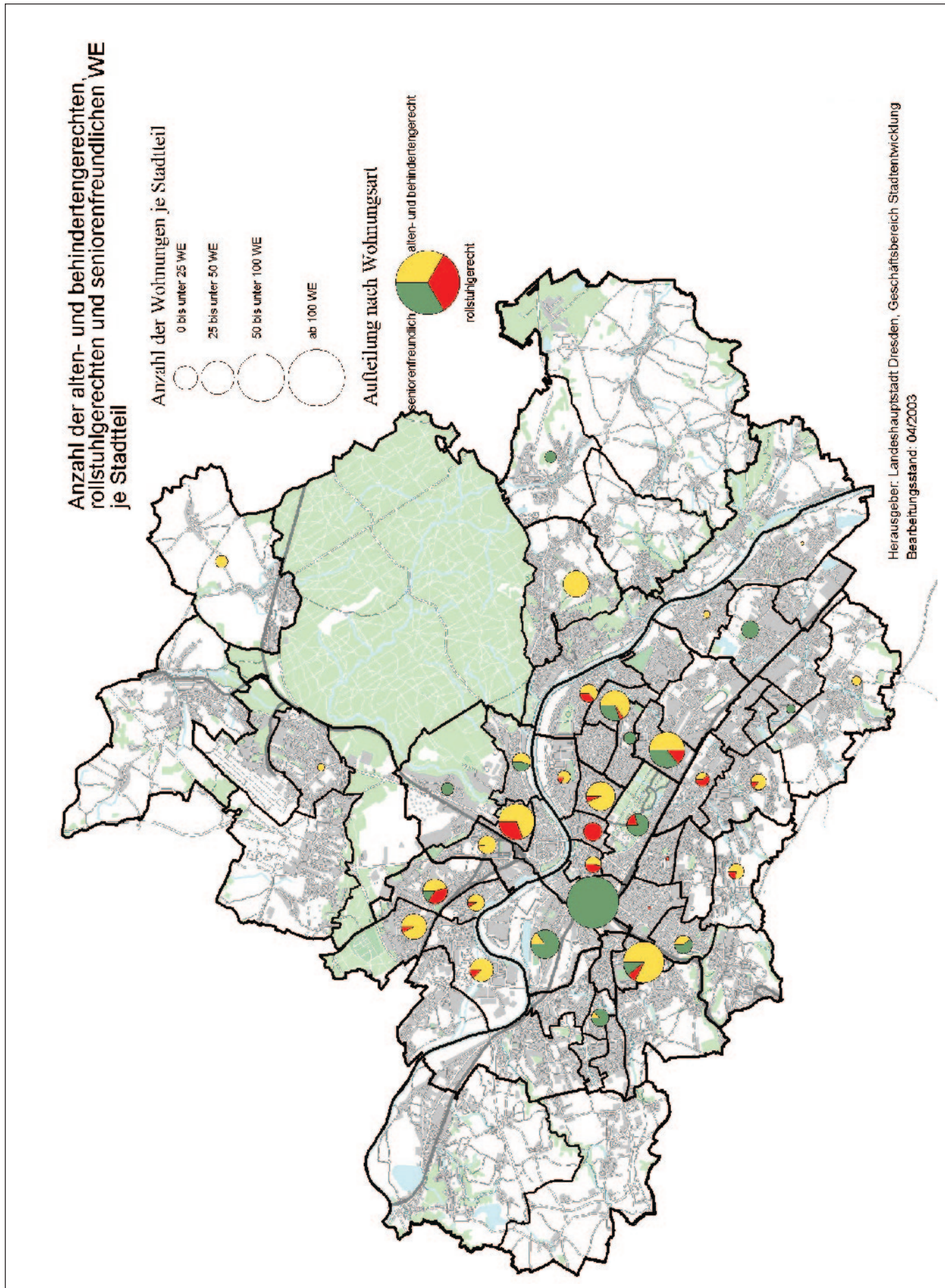
■ Anlage 2



Anlage 3

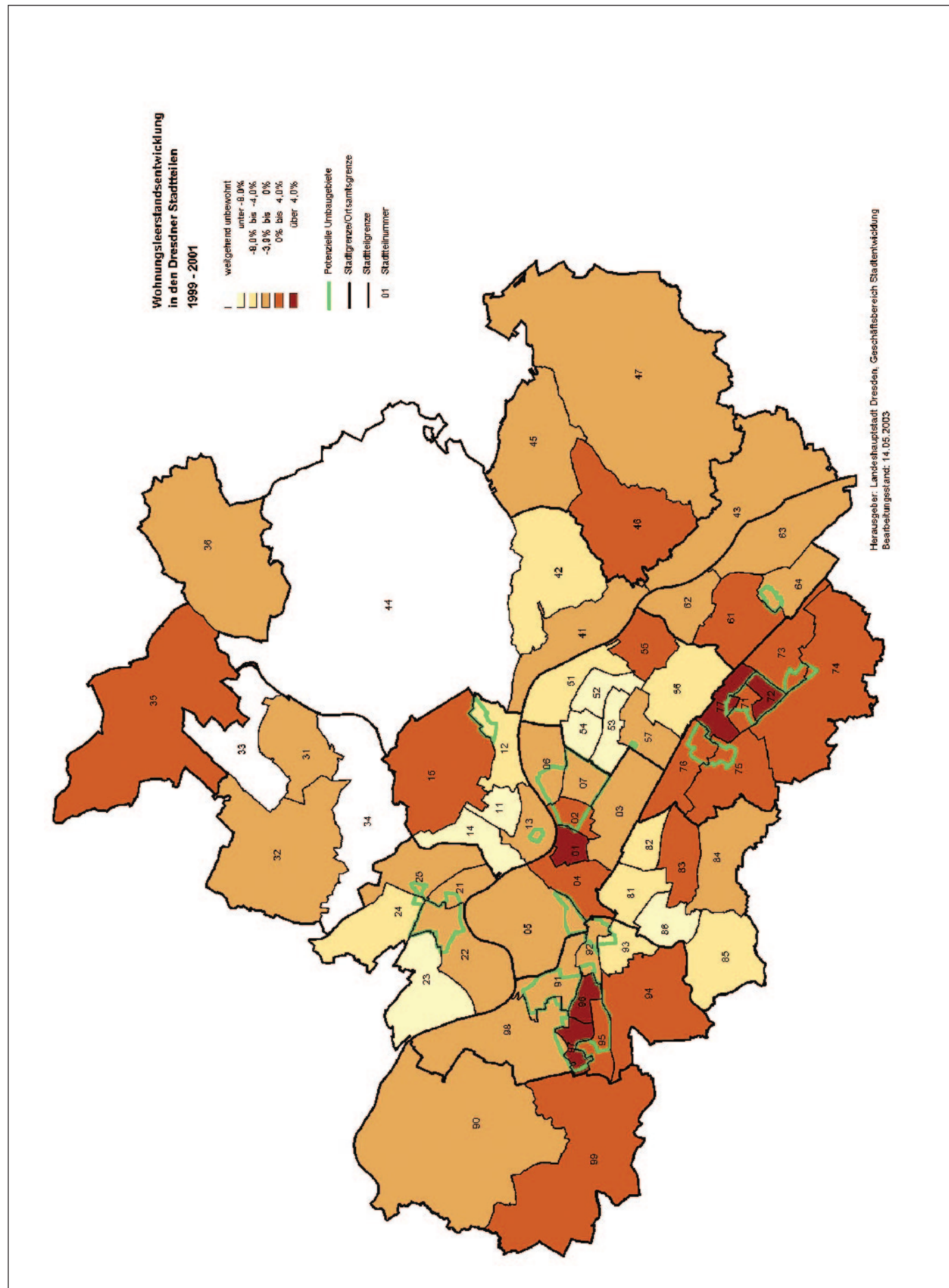


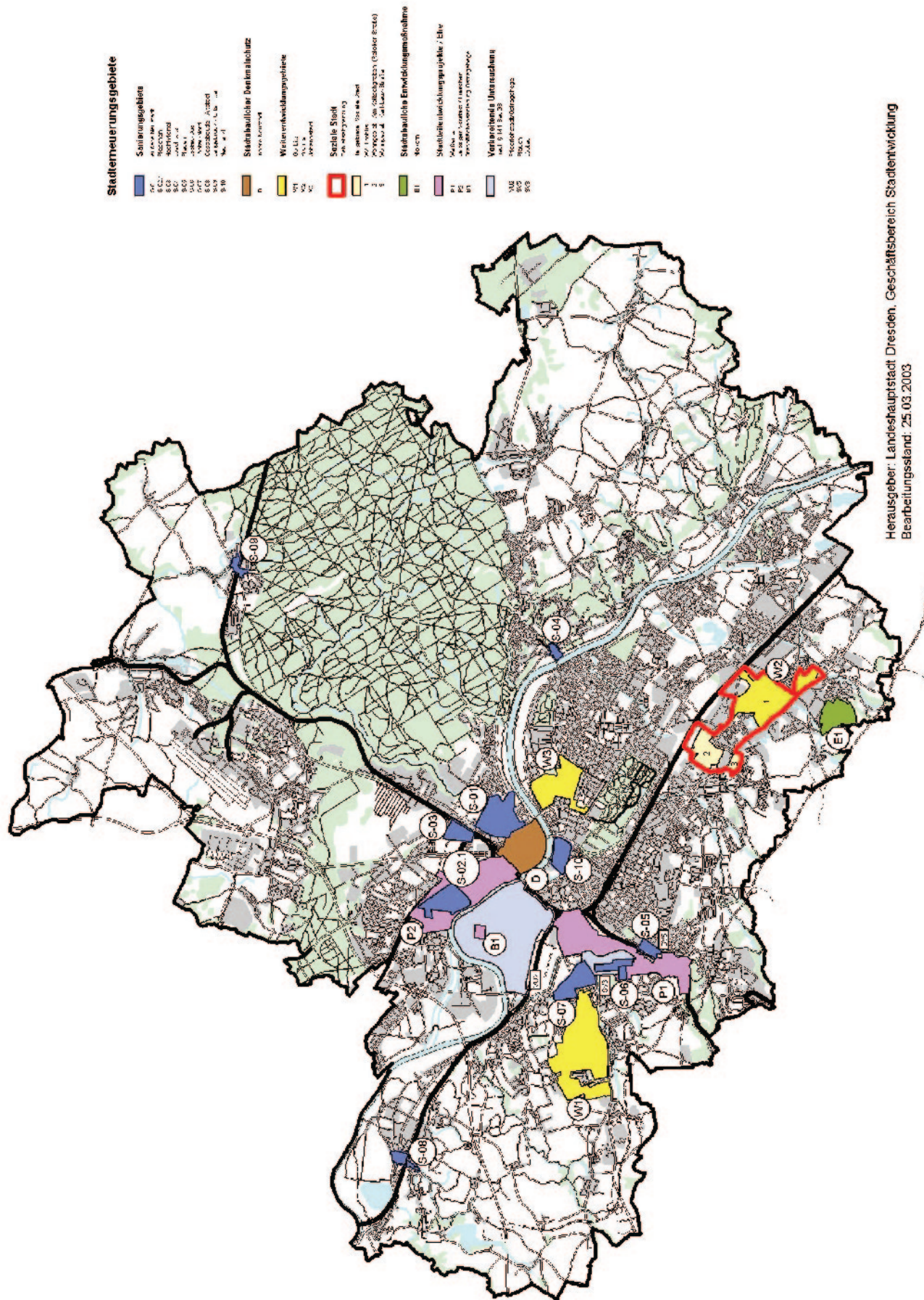
Anlage 4





■ Anlage 5





Anlage 7

Anzahl ausgewählter Einrichtungen je Ortschaft															
Ortsamt/ Ortschaft	Einwoh- nerzahl 0-5 Jahre	Einwoh- nerzahl 6-17 Jahre	Einwoh- nerzahl > 65 Jahre	Kinder- tages- stätten	Kommunale Grund- schulen	Kommunale Mittel- schulen	Sozio- und Stadtteil- kultur	städti- sche Biblio- theken	Kinder- freizeit- einrich- tungen	Jugend- freizeit- einrich- tungen	Senio- ren- heime	Begeg- nungs- stätten	Senioreneinrichtungen Vollsta- tionäre- Pflege	Kurz- zeit- pflege	Tages- pflege
OA Altstadt	1408	3381	16147	17	8	3	2	3	10	27	2	2	14	7	6
OA Neustadt	2172	3095	3724	20	7	4	4	1	12	19	1	2	4	1	2
OA Pieschen	2521	4275	7329	16	6	4	2	1	2	10		2	2	2	1
OA Klotzsche	936	2209	3512	10	4	3	1	1		3		1	1		1
OA Loschwitz	975	1933	3714	10	6	3	1	1		1	1	1	3		
OA Blasewitz	4078	7089	15295	31	11	10	1	3	7	14		2	3	3	2
OA Leuben	1663	3482	7247	13	8	3	3	1	3	5		1	2	2	2
OA Prohlis	2389	6084	9787	19	8	7	3	3	8	16	2	2	6	2	1
OA Plauen	2048	4327	8958	18	8	4	1	2	1	6		2	2	1	
OA Cotta	2808	6968	9346	22	9	10	1	3	8	14	2	3	4	3	2
Cossebaude	260	651	987	3	1	1		1		1		1	1		
Gompitz	126	372	400	1	1										
Mobschatz	71	182	216	1			1								
Weixdorf	282	851	945	1	1	2		1	1	1	1				
Langebrück	212	456	724	3	1		1	1					1		
Schönborn	38	64	73	1											
Schönfeld- Weißig	615	1580	2039	6	2	2		1	1	7			1		
Dresden gesamt	22683	47200	90564	192	81	56	21	23	52	124	9	19	44	21	17







Impressum

Herausgeber:
Landeshauptstadt Dresden
Stadtplanungsamt
Abt. Stadtentwicklung und Stadterneuerung
Telefon (03 51) 4 88 35 28
Telefax (03 51) 4 88 38 13
E-Mail: stadtplanungsamt@dresden.de
Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon (03 51) 4 88 23 90
und (03 51) 4 88 26 81
Telefax (03 51) 4 95 30 96
Postfach 12 00 20
01001 Dresden
E-Mail: presseamt@dresden.de
Internet: www.dresden.de

Fotos:
Stadtplanungsamt

Gesamtherstellung:
designXpress dresden

Druck:
Stoba-Druck GmbH

Redaktionsschluss September 2003

Dieses Informationsmaterial ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Landeshauptstadt Dresden. Es darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern zum Zweck der Wahlwerbung benutzt werden. Den Parteien ist es jedoch gestattet, Informationsmaterial zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

